

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

59. Sitzung
13. Oktober 2025

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 13.55 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton). Den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern ist die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 28. September 2023 vor.

Die Vorsitzende stellt fest, dass sich der Ausschuss darauf verständigt hat, aufgrund der Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung auf die ständigen Tagesordnungspunkte „Aktuelle Viertelstunde“ und „Bericht aus der Senatsverwaltung“ zu verzichten und inhaltlich im Wesentlichen die 2. Lesung der Haushaltsberatungen durchzuführen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0345](#)
GesPflg
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 09 Kapitel 0900 und 0909, 0920 bis
0930 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2709 –
Aufwendungen der Bezirke – Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenWGP vom 29.09.2025
– Z C 2 –

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung
des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

Haushaltsberatung 2026/27
Einzelplan 09 und Kapitel 2709

[0345-01](#)
GesPflg

Zu Punkt 1 der Tagesordnung liegen dem Ausschuss die im Vorfeld der Sitzung eingereichten Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke sowie der AfD-Fraktion vor. Die Änderungsanträge wurden gemeinsam mit den in der 1. Lesung zurückgestellten Titeln, den in der 1. Lesung verabschiedeten Berichtsaufträgen des Ausschusses sowie den hierzu eingebrachten Berichten des Senats in einer Synopse zusammengefasst und liegen als Tischvorlage vor.

Im Rahmen der Generalaussprache nehmen in folgender Reihenfolge Stellung: Frau Abg. Pieroth-Manelli (GRÜNE) und Frau Abg. Gebel (GRÜNE) für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Abg. Zander (CDU) für die Fraktion der CDU, Herr Abg. Schatz (LINKE) für die Fraktion Die Linke, Frau Abg. König (SPD) und Herr Abg. Düsterhöft (SPD) für die Fraktion der SPD sowie Herr Abg. Ubbelohde (AfD) für die AfD-Fraktion.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden werden im Rahmen der Beratung nur diejenigen Titel aufgerufen, beraten und abgestimmt, zu denen Berichte der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege bzw. Änderungsanträge der Fraktionen vorliegen.

Im Verlauf der Beratung nehmen Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer zu den Berichtsaufträgen des Ausschusses und den Änderungsanträgen der Fraktionen Stellung und beantworten gemeinsam mit Herrn Ilte (SenWGP, AL II) und Frau Mutter (SenWGP, I B 3) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Einzelberatung – deren Ergebnisse der Anlage zu entnehmen sind – beschließt der Ausschuss in der Schlussabstimmung wie folgt:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Annahme des Einzelplans 09 Kapitel 0900 und 0909, 0920 bis 0930 sowie Einzelplans 27 Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –, mit den beschlossenen Änderungen (siehe Anlage).

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2655 Neu

**Abschluss des Änderungsvertrages zum Vertrag
zwischen dem Land Berlin und der Charité –
Universitätsmedizin Berlin gemäß § 4 Abs. 1 und 2
Berliner Universitätsmedizingesetz für den Zeitraum
2025 bis 2028**

[0350](#)
GesPfleg
Haupt(f)
WissForsch

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) begründet die Vorlage für den Senat.

Auf eine Beratung wird aus zeitlichen Gründen verzichtet.

Im Ergebnis beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 19/2655 Neu – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und AfD bei Enthaltung LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (60.) Sitzung findet am Montag, 10. November 2025, 9.30 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Silke Gebel

Dr. Klaus Lederer

**Synopse zum Haushaltsplan 2026/2027,
Einzelplan 09 / Kapitel 0900 und 0909, 0920 bis 0930 sowie Einzelplan 27 / Kapitel 2709
Zusammenfassung der Änderungsanträge der Fraktionen und Bericht der Senatsverwaltung**

Ergebnisse der Beratung

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis	
Kapitelübergreifende Fragen								
1.			über- greifend	über- greifend	Altenhilfestruk- turgesetz	In welchem Einzelplan, Kapitel, Titel werden in welcher Höhe finanzi- elle Mittel für das Vorhaben des Altenhilfestrukturegesetzes eingestellt (ausschließlich in Kapitel 2709, Titel 97114 – 1,65 Mio. pro Jahr)?	CDU, SPD	Bericht Nr. 1
2.			über- greifend	über- greifend	Sondervermögen	Nach welchen Kriterien erfolgte die Aufteilung der Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes auf die einzelnen Senatsverwaltungen? In welcher Höhe hatte SenWGP Mittel aus dem Sondervermögen für welche Investitionsvorhaben angemeldet? Nach welchen Kriterien hat SenWGP die in EP 29, Kapitel 2980, MG 09 eingestellten Mittel von 34,75 Mio. € für 2026 und 47,86 Mio. € für 2027 unter den Bereichen Gesundheit/Pflege und Wissen- schaft/Forschung aufgeteilt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 2
3.	a)		über- greifend	über- greifend	ÖGD	Warum gibt es keinen Titel für die ÖGD-Ausgaben? Welche Ausgaben sind für die Erfüllung der ÖGD-Aufgaben ange- dacht? Erbeten wird eine genaue Auflistung der ÖGD-Aufgaben mit den jeweiligen Ausgaben, die für die Aufgabenerfüllung vorgesehen sind. Wie werden die ÖGD-Aufgaben erfüllt, die nicht finanziell abgesichert sind oder wofür keine finanziellen Mittel eingeplant werden? Erbeten wird ebenfalls eine genaue Auflistung dieser ÖGD-Aufgaben mit den jeweiligen Vorhaben, wie diese Aufgaben erfüllt werden (kön- nen).	CDU, SPD	Bericht Nr. 3 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 3 a) - c)
	b)		über- greifend	über- greifend	ÖGD	Wieso werden im Haushaltsplan 2027 weiterhin Stellen und Aufga- ben mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gerecht- fertigt, obwohl dieser 2026 ausläuft?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 3 Gemeinsamer

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					• Welche Planungen werden verfolgt, um die Finanzierung der im Rahmen des Pakts geschaffenen Strukturen ab 2027 sicherzustellen? Erfolgt dies durch zusätzliche Landesmittel oder geht der Senat davon aus, dass der Bund den Pakt über 2026 hinaus fortführt? • Wie stellt sich der Personalaufwuchs in 2024/2025 dar? • Wie hoch waren die jährlichen Mittel, die Berlin aus dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten hat, und welche Summe würde im Jahr 2027 wegfallen? • Welchen Eigenanteil muss das Land Berlin leisten, um die Bundesmittel aus dem Pakt abrufen zu können? • Wie viele Stellen sowie welche Maßnahmen zur Digitalisierung wurden bislang mit Mitteln aus dem Pakt geschaffen und in welchem Umfang besteht darüber hinaus weiterer Bedarf?		Bericht zur lfd. Nr. 3 a) - c)
	c)	über- greifend	über- greifend	ÖGD	1. Welche konkreten Maßnahmen hat der Berliner Senat seit 2023 ergriffen, um die Attraktivität des ÖGD als Arbeitgeber zu steigern – insbesondere im Vergleich zu Klinik und Privatwirtschaft –, wie bewertet er den bisherigen Erfolg dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Gewinnung und langfristige Bindung von ärztlichem und nicht-ärztlichem Fachpersonal? 2. Welche belastbaren Steuerungs- und Controllinginstrumente setzt der Berliner Senat zur Erfolgskontrolle von Personalaufbau und -bindung im ÖGD ein, und inwieweit wurden die im Haushaltsplan formulierten Ziele (z. B. Stellenbesetzungsquote, Abwanderung, Qualifikationsstruktur) bislang erreicht? 3. Welche IT-Systeme wurden seit 2024 für den ÖGD auf Landes- oder bezirklicher Ebene weiterentwickelt (oder neu beschafft), welche Haushaltsmittel wurden hierfür verwendet, und wie wird sichergestellt, dass diese Systeme interoperabel, datenschutzkonform und dauerhaft wartbar sind? 4. Bitte um Aufstellung aller Maßnahmen und der entsprechenden Titel in Bezug auf den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) unter Angabe der jeweiligen Ansätze-/Ist- Werte bzw. Mittelverwendung für 2024/25 sowie 2026/27. 5. Wie stellt sich der Personalaufwuchs (vs. Personalbedarf, VZÄ) in	AfD	Bericht Nr. 3 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 3 a) - c)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					2024 und 2025 dar und wo bestehen die größten Personallücken? Bitte beziehen Sie in ihrem Bericht auch den aktuellen Stand und die Bundesvorhaben bezüglich des ÖGD-Pakts ein.		
4.		über- greifend	über- greifend	–	- Wie viele Stellen sind in welchen Abteilungen in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Pflege seit wann unbesetzt? Wie lange dauert ein Stellenbesetzungsverfahren bei SenWGP durchschnittlich? - Wie sieht die personelle Situation in den sozial-psychiatrischen Diensten der Bezirke aus: wie viele VZÄ gibt es pro Bezirk und wie viele Stellen sind derzeit unbesetzt? - Wie viele VZÄ bearbeiten im LAGeSo die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse (bitte Übersicht 2022, 2023, 2024, 2025)? Ist ein Aufwuchs geplant? - Wie stellt sich die Anzahl an Auszubildenden in den Gesundheitsberufen dar (bitte Auflistung 2022,2023,2024 und 2025)?	CDU, SPD	Bericht Nr. 4
5.		über- greifend	über- greifend	–	Bitte erläutern Sie alle geplanten baulichen und weiteren Maßnahmen, die die Situation im KMV für Personal und Patientinnen und Patienten in welchem zeitlichen Rahmen verbessern sollen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 5
6.		über- greifend	über- greifend	–	Welche Maßnahmen aus dem Sicherheitsgipfel werden im Entwurf weitergeführt? Bitte Aufschlüsselung nach Titel, Projekt und Höhe der Summe in den Haushaltsjahren. Welche Projekte des Sicherheitsgipfel, die von der Senatsverwaltung umgesetzt wurden, entfallen?	CDU, SPD	Bericht Nr. 6
7.		über- greifend	über- greifend	–	Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) wurden im Jahr 2024 und 2025 über den Einzelplan 09 abgebildet und umgesetzt? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels.	CDU, SPD	Bericht Nr. 7
8.		über- greifend	über- greifend	–	Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) sollen im Jahr 2026 und 2027 über den Einzelplan 09 abgebildet und umgesetzt werden? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels.	CDU, SPD	Bericht Nr. 8

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
9.			über- greifend	über- greifend	IGP(P) - Nach welcher fachlichen und organisatorischen Logik wurden Maßnahmen aus einzelnen Titeln in das IGP(P) verschoben, während gleichzeitig der gesamte Bereich Pflege aus der Struktur herausgenommen wurde? Welche Ziele verfolgt die Neustrukturierung? Nach welchen Kriterien wurde entschieden, welche Maßnahmen ins IGP überführt werden und welche nicht? - Wie wird künftig sichergestellt, dass die Pflege trotz der Neustrukturierung systematisch mit den anderen Bereichen der Gesundheitsversorgung verzahnt bleibt? Ist vorgesehen, analog zum früheren Integrierten Gesundheits- und Pflegeprogramm künftig auch ein integriertes Pflegeprogramm aufzulegen und nach welchen fachlichen Kriterien würde eine solche Neustrukturierung erfolgen? - Welche Projekte wurden in welcher Höhe in den Jahren 2024/2025 finanziert (in den Titeln 0920/68406, 0920/68431 und 0930/68406), bitte entsprechend der Handlungsfelder und Projekte aufschlüsseln? Welche Ansätze sind für diese Projekte in 2026/2027 geplant? Sind darüber hinaus neue Projekte geplant? (Jeweils unter Angabe Projekt/Träger/Mittel auflisten – gern tabellarisch.) - Welche Projekte sollen aufgrund der geplanten Kürzungen in den Titeln 0920/68406, 0920/68431 und 0930/68406 nicht weiter finanziert oder in welchem Umfang gekürzt werden (unter Angabe Projekt/Träger/Mittel – gern tabellarisch)?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 9
10.			über- greifend	über- greifend	Sexuelle Gesundheit - Welche Maßnahmen im Bereich der sexuellen Gesundheit/sexuell übertragbare Infektionen, HIV/Aids sind im EP 09 verankert? Bitte projekt- und maßnahmenscharf darstellen - unter Einbezug des IGP. Bitte die Kürzungen im Vergleich zu 2024/2025 im Detail auflisten. - Wie sollen die Ziele der Fast Track City (FST) angesichts der Kürzungen erreicht werden, bis 2030 die Pandemie in Berlin zu beenden? Wird die Umsetzung der FST angesichts der Haushaltssituation angepasst? - Wo sind die Mittel für die „Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung“ im Haushalt abgebildet? Bitte um Aufschlüsselung nach Bezirk und Darstellung der Aufwüchse und Kürzungen in den jeweiligen Bezirken.	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 10

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
11.			über- greifend	über- greifend	Hitzeschutz - In seiner Vorlage "Hitzeaktionsplan für das Land Berlin" (Nr. S-2258/2025 v. 12.08.2025) hat der Senat für die 72 enthaltenen Maßnahmen selbst 8 bis 10 Mio. Euro veranschlagt. Wo im Haushalt finden sich diese Mittel? Welche Maßnahmen betreffen unmittelbar die SenWGP? - Wie hoch müsste der im Einzelplan 9 enthaltene Anteil sein, um die auf SenWGP entfallenen Maßnahmen auskömmlich abzusichern?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 11
12.			über- greifend	über- greifend	Wenckebach - Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag zur Realisierung eines Ausbildungscampus auf dem Gelände des Vivantes Wenckebach Krankenhauses verpflichtet. Angesichts der seit Jahren gestrichenen finanziellen Mittel – wie plant der Senat, die Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsfachkräften dennoch im Rahmen des Haushaltsplans 2026/2027 sicherzustellen? - Da der geplante Ausbildungscampus am Vivantes Wenckebach Krankenhaus aufgrund fehlender Finanzierung nicht mehr realisiert wird, welche alternativen Konzepte hat der Senat, um die kontinuierliche und bedarfsdeckende Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsfachkräfte weiterhin zu gewährleisten? Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele trotzdem zu erreichen? - Wie unterstützt der Senat die Ausbildungskapazitäten beim Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe (BBG)?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 12
13.			über- greifend	über- greifend	Tarifmittelvorsorge - Inwiefern werden in den Ansätzen für zuwendungsfinanzierte Projekte Tarifmittel und Mietkostensteigerungen berücksichtigt (bitte allgemein und für das IGP im besonderen ausführen)? In welcher Höhe sind diese vorgesehen und ist darüber hinaus eine dezentrale oder zentrale Tarifvorsorge geplant, mit welchem Anteil für SenWGP? - Ist in den Tarifmitteln die Verstetigung der Sockelbeträge von 200 Euro pro VZÄ von 2024 sowie die Tarifmittelanpassungen für 2024/25 berücksichtigt (bitte darlegen)? - Inwiefern wird ein Tarifabschluss 2026 eingeplant, wenn nein warum nicht?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 13 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 13, 41 a), b)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
14.			über- greifend	über- greifend	Träger*innen Welche der hier geförderten Einrichtungen und Projekte haben gegen- über dem Senat Mehrbedarfe in welchem Umfang angemeldet, die aber im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt wurden sind?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 14
15.			über- greifend	über- greifend	Verwaltungsreform - LOG – Aufgabensortierung: Bitte um einen Bericht zum Stand der Aufgabenerhebung und -neuordnung für die Politik und Querschnittsfelder des Einzelplanes: – Wie viele Aufgaben wurde insgesamt erhoben? (bitte für die jeweiligen Politik- und ggf. Querschnittsfelder angeben) – Bitte um Darstellung der Handlungsfelder (bitte für die jeweiligen Politik- und ggf. Querschnittsfelder angeben) – Wie viele sogenannte Klärungsfälle sind noch offen? (bitte um eine Übersicht der zugrunde liegenden Aufgaben) – Bitte um die zwei wichtigsten Aufgaben die im Rahmen der potentialorientierten Aufgabenkritik auf der Agenda stehen; jeweils bitte kurz begründen und das Potential eine Neuordnung darstellen. - LOG – Konnexität: Bitte um einen Bericht zur Finanzierung der Aufgaben in Zuständigkeit von Bezirken und Landesämtern für die Politik und Querschnittsfelder des Einzelplanes: – Wie viele Aufgaben sind im jeweiligen Politikfeld aktuell den Bezirken oder einem Landesamt zugeordnet? – Für welche dieser Aufgaben ist der Senatsverwaltung eine finanzielle Unterdeckung bekannt?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 15
16.			über- greifend	über- greifend	1. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass Frauen und Mädchen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe wirksam vor Gewalt und Missbrauch geschützt werden sollen. Wann erfolgt die konsequente Einführung und Überprüfung von Gewaltschutzkonzepten in den Wohneinrichtungen einschließlich der Kontrolle durch die Heimaufsicht? Wird es in den Einrichtungen Frauenbeauftragte geben und wie sollen diese finanziell abgesichert werden (Koalitionsvertrag, S. 76)? Zudem: Wann wird die im Koalitionsvertrag angekündigte Studie zur Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen vorgelegt (S. 77)?	Die Linke	Fragen werden im Rahmen der weiteren Berichte beantwortet. Die Zuordnung erfolgt über Sen-WGP.

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					2. Ist der Verwaltung bekannt, dass die Gewaltschutzambulanz der Charité momentan nur eingeschränkt eine anonyme vertrauliche Spurensicherung durchführt? Grund dafür wird Personalmangel genannt, ist dies zutreffend? 3. Welches Konzept entwickelt die Verwaltung, um ein flächendeckendes und Rund-um-die-Uhr Angebot zur vertraulichen Spurensicherung und zur medizinischen Versorgung nach sexueller Gewalt anzubieten zu können und die Versorgungslücke zu schließen? 4. Seit März 2020 existiert ein kassenfinanzierter Anspruch auf vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation nach sexueller Gewalt/ Vergewaltigung. Wie ist der Verhandlungsstand zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und der Senatsverwaltung, wann wird mit einer Einigung zur Kostenübernahme zu rechnen sein? 5. In welchem Titel findet sich der Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituationen von Frauen mit Behinderungen wieder? Bis wann plant die Senatsverwaltung die Erstellung des Berichts zur Lebens- und Gesundheitssituationen von Frauen mit Behinderungen? 6. Welche Einzelmaßnahmen zur Frauenförderung sind wo im EP 9 abgebildet und wie viel Geld wird jeweils dafür veranschlagt? 7. Für welchen Zeitraum plant die Senatsverwaltung die Novellierung des Berliner Wohnteilhabegesetzes einschließlich der dazugehörigen Mitgestaltungsverordnung (WTG-MitwirkV) und der Wohnteilhabe-Personalverordnung (WTG-PersV)? 8. Für welchen Zeitraum plant die Senatsverwaltung die Novellierung des Berliner Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz? Sind für die Jahre 2026/2027 mögliche Mehrbedarfe bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen bereits im Haushalt vorgesehen? 9. Welche konkreten Maßnahmen plant die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege in den Haushaltsjahren 2026/2027, um die medizinische Versorgung in unterversorgten Regionen der Stadt zu verbessern und wo sind die notwendigen Mittel veranschlagt? Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					der Senatsverwaltung in den Jahren 2024/2025 ergriffen und finanziert? 10. Welche finanzielle Vorsorge hat der Senat für eine mögliche Gerichtsentscheidung in Sachen Klage der nichtstaatlichen Träger gegen den Senat bzgl. Betrauungsakt für Vivantes getroffen? 11. Welche Maßnahmen hat die SenWGP in 2025 in welcher Höhe zur Umsetzung des PartMigG in ihrem Zuständigkeitsbereich unternommen? In welchen Titeln und in welchem Umfang sind dafür Mittel im DHH 2026/27 eingestellt und welche konkreten Maßnahmen sind geplant? 12. Welche Initiativen zur Förderung von Frauen/Gleichstellung verfolgt die Senatsverwaltung? Welche Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung zur Förderung von Frauen im eigenen Haus und wo spiegeln sich diese im Haushalt wider? 13. Wo finden sich im Haushalt Maßnahmen im Rahmen der eingeleiteten Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts wieder? Welche Ersparnisse entstehen der Senatsverwaltung ggf. durch diese Maßnahmen, bspw. durch geringeren Prüfaufwand? Wann ist mit der Umsetzung der Projektförderung mit wiederkehrendem Bedarf zu rechnen? 14. Wie ist der Umsetzungsstand bei den weiteren Teilprojekten im Zusammenhang mit der Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts? 15. Wie haben sich die Kosten für das Land bei der Hilfe zur Pflege in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wie schätzt der Senat die Entwicklung der weiter massiv steigenden Eigenanteile und der dadurch steigenden Belastung durch die Hilfe zur Pflege für den Haushalt des Landes ein? 16. Konnten alle über den EP 9 finanzierten Zuwendungsprojekte die Tarifierhöhungen im TV-L der Jahre 2024 und 2025 für alle Beschäftigten im vollen Umfang nachvollziehen? 17. Welcher finanzielle Mehrbedarf entsteht im EP 09 in Kapitel 0900 und 0909, 0920 bis 0930 durch die Umsetzung der aktuellen und zu erwartenden Tarifabschlüsse im Zuwendungsbereich und wo ist dieser im Haushaltsentwurf 2026/27 abgebildet? Bitte ausweisen,		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					welche Tarifmittel wo, zu welcher Verwendung veranschlagt sind. Bitte zudem angeben, in welcher Höhe die Mittel nachholend für die Jahre 2024 und 2025 bzw. vorausschauend für die Jahre 2026 und 2027 zu verwenden sind? Falls Tarifmittel veranschlagt worden sind, wurden bei der Berechnung auch Stufenaufstiege berücksichtigt? Wie stellt der Senat sicher, dass die Tarifmittel ggf. bei den Beschäftigten ankommen? 18. Welche konkreten Maßnahmen, die sich aus dem Landespflegeplan ergeben haben, sind wo und in welchem Umfang im Haushalt abgebildet? 19. Wo findet sich die im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung versprochene suchtmittelakzeptierende Einrichtung für Frauen im Haushalt? 20. Wird in 2025 oder 2026 mit der Umsetzung des Konzeptes für die Gesundheitszentren für Wohnungslose und nicht ausreichend versicherte Menschen mit Zugangsbarrieren zur Gesundheitsversorgung des runden Tisches medizinische und zahnmedizinische Versorgung obdachloser Menschen in Berlin begonnen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welchen Titeln sind entsprechende Mittel in welcher Höhe etatisiert? 21. Wie sieht die personelle Situation im ÖGD in den einzelnen Bezirken aus? Wie viele Stellen sind derzeit nicht besetzt? Welcher weitere Aufwuchs bzw. Abbau der Stellen ist geplant? 22. Welche investiven Maßnahmen werden in welcher Höhe und mit welcher Begründung zukünftig über Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes oder Transaktionskredite finanziert? 23. An welcher Stelle gehen im EP 9 aufgrund von nicht ausreichend zur Verfügung stehender Kofinanzierungsmittel, Gelder aus Bundes- oder Europaprogrammen verloren?		
17.		über- greifend	über- greifend	Außerplanmäßige Ausgaben	Bitte um Auflistung aller mit einem Ist ausgewiesenen Titel (incl. Ansatz-/Ist-Werte), die im vorangegangenen Haushaltsplan/DHH 2024/25 gar nicht vorgesehen waren.	AfD	Bericht Nr. 16
18.		über- greifend	über- greifend	Neue Titel	Bitte um Auflistung und ausführliche Erläuterung aller im EP 09 neu eingerichteten Titel sowie der dazugehörigen Ansätze für 2026/27 (ohne	AfD	Bericht Nr. 17

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Wissenschaft und Forschung).		
19.		über- greifend	über- greifend	Personalsituation Stellenbesetzung	Bitte um Auflistung aller dem Bereich Gesundheit und Pflege zugeordneten unbesetzten Stellen im EP 09 für 2024, 2025 (Kapitel, Titel, Maßnahme und Erläuterung dazu) und sofern zutreffend, der planmäßigen Ansätze für 2026 und 2027.	AfD	Bericht Nr. 18
20.		über- greifend	über- greifend	Personalsituation Senatsverwaltung für die Abteilungen Gesundheit und Pflege	1. Bitte um Aufstellung aller neu geschaffenen Stellen in 2024/25 sowie für 2026/27 vorgesehene. 2. Bitte um Aufstellung aller unbesetzten und/oder ausgeschriebenen Stellen der Senatsverwaltung nach Abteilungen, Unterabteilungen sowie ihrer nachgeordneten Behörden.	AfD	Bericht Nr. 19
21.		über- greifend	über- greifend	Krankenhaus- finanzierung Krankenhaus- investitionen	1. Bitte um Aufstellung aller Titel und Mittel zur Förderung der Krankenhaus-Investitionskosten (gemäß KHG i. V. mit dem LKG, MG 03) jeweils für 2024/25 sowie 2026/27. 2. Bitte um Aufstellung aller eingeplanten Fördermittel nach den jeweiligen Krankenhausträgern.	AfD	Bericht Nr. 20
22.		über- greifend	über- greifend	Krankenhaus- Transformationsfonds	Der Bund hat im Rahmen des Krankenhaus-Transformationsfonds ein gesetzlich zu verankerndes Finanzierungsmodell vorgesehen, das den bisherigen Kofinanzierungsschlüssel von 50:50 zu Gunsten der Länder verändert. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Bundesmittel ist eine verbindliche Eigenbeteiligung der Länder in Höhe von 30 %. Für Berlin beläuft sich dieser Eigenanteil auf jährlich rund 75 Mio. EUR. Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf stellt der Senat jedoch lediglich 5 Mio. EUR (2026) und 10 Mio. EUR (2027) ein, womit die Kofinanzierungsvoraussetzungen offenkundig nicht erfüllt werden. 1. Wie vereinbart der Senat diese haushaltspolitische Unterfinanzierung mit seiner zuvor erklärten Zustimmung zum Transformationsfonds und den damit eingegangenen Rechtspflichten, insbesondere vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Bundestreue, des Gebots effektiver Mittelverwendung sowie der (aus dem GG folgenden) Verpflichtung zur Sicherstellung einer funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich der Gesundheitsversorgung? 2. Wie rechtfertigt der Senat vor dem Hintergrund der systemrelevanten Bedeutung der Berliner Krankenhäuser, der steigenden Versorgungsrisiken (Energieknappheit, demografische Spannungen u. a.)	AfD	Bericht Nr. 21

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					und der klaren Kofinanzierungsbedingung des Bundes, dass Berlin sehenden Auges auf über zwei Milliarden EUR Bundesmittel verzichtet – und damit nicht nur eine historische Chance verspielt, sondern auch die nachhaltige Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Krankenhausversorgung fahrlässig aufs Spiel setzt?		
23.		über- greifend	über- greifend	Sucht und Gesundheitsvorsorge	Bitte um Ausweisung aller Ist-Einnahmen und -Ausgaben bzw. der tatsächlichen Inanspruchnahme der Mittel für die Bereiche Sucht und Gesundheitsvorsorge in 2024 und 2025. 1. Welche wissenschaftlichen Evaluationen liegen zur Wirksamkeit der Berliner Suchtprävention vor? 2. Welche Steuerungsinstrumente nutzt die Senatsverwaltung, um die Qualität und Zielgenauigkeit der Maßnahmen zu sichern? 3. Welche messbaren Indikatoren (Drogennotfällen, Drogentote, Reichweite von Präventionsprogrammen) liegen den beantragten Haushaltsansätzen im Bereich Suchtprävention zugrunde, und wie wurden bisherige Programme evaluiert? 4. Wie stellt der Senat sicher, dass Landesmittel für Suchtprävention und -hilfe nicht in Parallelstrukturen zu Bundesprogrammen oder kommunalen Angeboten fließen, und wie hoch ist der Anteil der Mittel, die tatsächlich zusätzlich (nicht substitutiv) wirken? 5. Verstetigung von Modellprojekten: Mit welchem Verfahren prüft der Senat vor einer Verstetigung von Modellprojekten (z. B. Konsummobile, Drug-Checking) deren Kosten-Nutzen-Relation, und welche konkreten Evaluationsberichte liegen dem Haushaltsansatz zugrunde? 6. Wie wird sichergestellt, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Erstellung eines berlinweiten Lagebilds zu Drogenhandel und öffentlichem Konsum nicht nur zusätzliche Berichtskosten erzeugt, sondern haushaltswirtschaftlich belastbare Steuerungsdaten liefert? 7. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um bei Zuwendungen an Träger der Suchtprävention eine einheitliche Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen, sodass Wirtschaftlichkeit, Vergleichbarkeit und Transparenz für die Haushalts- und Rechnungsprüfung gewährleistet sind?	AfD	Bericht Nr. 22

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
24.			über- greifend	über- greifend	Pflege Innovative pflegerische Modellprojekte (gem. § 123 SGB XI) Gem. § 123 SGB XI sollen bis 2029 Mittel für innovative pflegerische Modellprojekte zur Verfügung stehen, um neue Versorgungsstrukturen aufzubauen und bestehende Angebote nachhaltig zu verbessern. Die Kofinanzierung durch das Land Berlin ist Voraussetzung für den Zu- griff auf Bundesmittel. Wie stellt der Senat im Rahmen des Doppelhaushalts 2026/27 haushal- terisch sicher, 1. dass die notwendigen landesseitigen Mittel zur Kofinanzierung vollständig und verbindlich eingestellt sind, 2. dass diese Mittel nicht durch Umschichtungen innerhalb der beste- henden Pflegetöpfe, sondern zusätzlich bereitgestellt werden, 3. und wie wird gewährleistet, dass ein transparentes, landeseinheitli- ches Verfahren zur Auswahl förderfähiger Projekte etabliert wird, das die Bedarfe sämtlicher Bezirke berücksichtigt?	AfD	Bericht Nr. 23
25.		8	über- greifend	über- greifend	Einnahmen Hauptgruppe 1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl. Bitte um Darstellung der Ansätze und Ist-Werte für die Jahre 2024/25 insb. bei den Obergruppen 11 und 18; woraus resultieren etwaige Diffe- renzen? 1. Wie sind die steigenden Ansätze für 2026/27 i. Vgl. zum vorherigen DHH zu begründen? 2. Bitte um Erläuterungen insb. zur Obergruppe 18: Um welche Dar- lehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen geht es hierbei und wie kommt es zu den in 2026/27 unterschiedlichen Ansätzen i. Vgl. zu 24/25?	AfD	Bericht Nr. 24
26.		8	über- greifend	über- greifend	Einnahmen Hauptgruppe 2 Einnahmen aus Zuwei- sungen und Zuschüssen mit Ausnahme für In- vestitionen Bitte um Darstellung der Ansätze und Ist-Werte für die Jahre 2024/25 insb. bei den Untergruppen 26 und 28 – woraus resultieren etwaige Differenzen? Wie sind die Ansätze für 2026/27 i. Vgl. zum vorherigen DHH zu erklären? Bitte um Erläuterungen insb. zur Obergruppe 26: Um welche Schulden- diensthilfen und welchen Erstattungen von Verwaltungsausgaben (wel- che Posten) geht es hierbei?	AfD	Bericht Nr. 25
27.		8	über- greifend	über- greifend	Einnahmen Hauptgruppe 3 Einnahmen aus Schul- denaufnahmen, aus Bitte um Erläuterungen und Darstellung der Ansätze und Ist-Werte für die Jahre 2024/25 (incl. Obergruppe 33 und 34). 1. Woraus resultiert der Anstieg in 2026/27 bzw. welche Einzelvorha- ben werden bedient? (Bitte jew. für die Obergruppen 33 und 34.)	AfD	Bericht Nr. 26

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	2. Bitte um Darstellung der Einnahmen aus Schuldenaufnahmen (Ansatz/Ist) jeweils für die Jahre 2024 und 2025 sowie der Vorhaben in 2026/27 jeweils. 3. Wie bewertet der Senat die Tragfähigkeit der geplanten Neuverschuldung in 2026/27 vor dem Hintergrund der Konsolidierungsziele (spätestens zum DHH 2028/29 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden), und welche Tilgungspläne liegen den Schuldenaufnahmen zugrunde? 4. In welchem Umfang stehen die Mittel aus Schuldenaufnahmen und Zuweisungen im Zusammenhang mit Sondervermögen, und wie wird die zweckentsprechende Verwendung kontrolliert? 5. Sind für die Jahre 2026/27 Rückflüsse, Bundes- oder EU-Zuweisungen eingeplant, die zur teilweisen Gegenfinanzierung der Neuverschuldung beitragen, und sofern ja, in welcher Höhe?		
28.	9	über-greifend	über-greifend	Ausgaben Hauptgruppe 4 Personalausgaben	Bitte um Darstellung der Ansätze und Ist-Werte für die Jahre 2024 und 2025. 1. Zur Obergruppe 45, Sonstige personalbezogene Ausgaben: Woraus resultiert die Differenz Ansatz/Ist in 2024/25 und wie sind die Ansätze für 2026/27 zu erklären? Um welche Ausgaben konkret geht es hierbei?	AfD	Bericht Nr. 27
29.	9	über-greifend	über-greifend	Ausgaben Hauptgruppe 5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	1. Wofür wurden die Mittel konkret verausgabt – auch bezogen auf „militärische Beschaffungen“ (unter Angabe v. Ansatz/Ist)? 2. Bitte um Darstellung der Ansatz-/Ist-Werte für die Haushaltsjahre 2024/25. 3. Wie haben sich die Ausgaben für den Schuldendienst seit 2023 jährlich entwickelt? 4. Wie hoch sind ggf. die jährlichen Ausgaben für (welche) Entschädigungsleistungen? 5. Wie erklärt sich die überdurchschnittlich hohe Differenz zwischen Ansatz/Ist in 2024/25 und die höheren Ansätze in 2026/27 angesichts des Ist-Werts in 2024?	AfD	Bericht Nr. 28
30.	9	über-greifend	über-greifend	Hauptgruppe 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	1. Bitte um Darstellung der Ansatz/Ist-Werte für die die Haushaltsjahre 2024/25. 2. Zur Obergruppe 67, Erstattungen an sonstige Bereiche:	AfD	Bericht Nr. 29

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				mit Ausnahme für Investitionen	Wie erklärt sich der erneut überdurchschnittlich hohe Ist-Wert i. Vgl. zu dem Ansatz für 2024? Um welche Erstattungen (größte Posten) geht es dabei?		
31.	9	über-greifend	über-greifend	Hauptgruppe 9 Besondere Finanzierungsausgaben	Bitte um Darstellung und Erläuterung der Ansatz/Ist-Werte für die Haushaltsjahre 2024/und insb. 2025. Welche waren die größten Einzel-posten der besonderen Finanzierungsausgaben jew. in 2024 und 2025?	AfD	Bericht Nr. 30
32.	10	über-greifend	über-greifend	Einnahmen Funktionsgruppe 0 Allgemeine Dienste	Bitte um Darstellung und Erläuterung der Ansatz/Ist-Werte für die Haushaltsjahre 2024/25, jeweils für Kennzahl 01 (Politische Führung und zentrale Verwaltung) und 02 (Auswärtige Angelegenheiten). 1. Warum wurden die Einnahmeansätze in Kennzahl 01 und Kennzahl 02 (erneut) deutlich über dem realisierten Niveau veranschlagt? 2. Warum wurden welche Einnahmen konkret nicht realisiert? Bitte um genaue Erläuterungen. 3. Wurde für den DHH 2026/27 die Schätzmethode angepasst, um künftig realistischere Ansätze zu erreichen? 4. Welche Anteile der Einnahmen sind dauerhaft wiederkehrend und welche projekt- bzw. ereignisabhängig?	AfD	Bericht Nr. 31
33.	10	über-greifend	über-greifend	Einnahmen Funktionsgruppe 2 Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	Bitte um Darstellung der Ansatz/Ist- Werte für 2024 und 2025 und genaue Erläuterungen der jeweils hier resultierenden Abweichungen, getrennt nach den Funktionskennzahlen 21, Verwaltung für soziale Angelegenheiten und 25, Arbeitsmarktpolitik und den jeweils darunterfallenden Funktionen.	AfD	Bericht Nr. 32
34.	10	über-greifend	über-greifend	Einnahmen Funktionsgruppe 3 Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	Bitte um Darstellung der Ansatz/Ist- Werte für 2024 und 2025 und genaue Erläuterungen der hier resultierenden Abweichungen in 2024 und ggf. 2025.	AfD	Bericht Nr. 33
Kapitel 0900 – Politisch-Administrativer Bereich und Service							
35.	19	0900	42201	Bezüge der planmäßi-gen Beamtinnen und Beamten	Wie stellt sich das IST für 2025 dar? Welche Stellen kommen in 2026/2027 neu dazu?	CDU, SPD	Bericht Nr. 34
36.	20	0900	45903	Prämien für besondere Leistungen	1. Bitte um nähere Erläuterungen zu den Prämienarten sowie den Begünstigten. 2. Bitte die Abweichungen Ansatz/Ist für 2024 /25 erläutern sowie die	AfD	Bericht Nr. 35

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					enorme Reduzierung der Ansätze für den DHH 2026/27.		
37.		21	0900	52501	Aus- und Fortbildungen Wie stellt sich das IST für 2025 dar? Bitte begründen Sie, warum eine Verdoppelung der Ansätze erfolgt.	CDU, SPD	Bericht Nr. 36
ÄA		21	0900	52501	Aus- und Fortbildungen Ansatz 2026: 100.000 Ansatz 2027: 100.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: - 50.000 2027: - 50.000 <i>a) Begründung</i> Anpassung an den bisherigen Mittelbedarf. b) 2026: -50.000/2027: -50.000 Einsparung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
38.	a)	23	0900	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) Ist die Befragung in dem Umfang rechtlich für das Jahr 2026 vorgeschrieben und weshalb ist dafür eine Beauftragung Dritter erforderlich?	CDU, SPD	Bericht Nr. 37 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 38 a), c)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag /Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	b)	23	0900	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Mit welchem Ziel wird die Mitarbeitendenbefragung unter TA 2 durchgeführt? Wird die Befragung extern in Auftrag gegeben? Welche Daten sollen erhoben werden und wurde die Befragung mit dem Personalrat abgesprochen?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
	c)	23	0900	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Wodurch resultieren die deutlich höheren Ansätze im DHH 2026/27? Bitte um Darlegung der Kalkulationsgrundlage.	AfD	Bericht Nr. 37 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 38 a), c)
39.	a)	23	0900	54003	Geschäftsprozessoptimierung	Was soll unter den lfd. Nr. 1-8 konkret erfolgen und wie wurde der eingestellte Ansatz je lfd. Nr. berechnet? Bitte begründen Sie die Erhöhung der Ausgaben. Stellen Sie zudem bitte dar, welche Einsparungen durch die geförderten Maßnahmen realisiert werden sollen.	CDU, SPD	Bericht Nr. 38 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 39 a), b)
	b)	23	0900	54003	Geschäftsprozessoptimierung	1. Warum wurden die verfügbaren Mittel in 2024 nicht ausgeschöpft? 2. Die veranschlagten Mittel für die Geschäftsprozessoptimierung betragen im Jahr 2026 rund 3,35 Mio. EUR und steigen 2027 leicht an. Ein erheblicher Teil entfällt dabei auf hausinterne Verfahren der Senatsverwaltung (700.000 EUR jährlich). Anhand welcher Kriterien ist die Priorisierung dieser Mittelverwendung erfolgt, wie wird die Wirtschaftlichkeit und Zielerreichung der Maßnahmen überprüft und wie wird sichergestellt, dass die im E-Government-Gesetz geforderte umfassende Digitalisierung der Verwaltung tatsächlich erreicht? 3. Welche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen oder Kosten-Nutzen-Analysen liegen der Mittelanmeldung zugrunde, und wie wird sichergestellt, dass die eingesetzten 3,4 Mio. EUR nachweislich zu messbaren Einsparungen oder Effizienzgewinnen in den Verwaltungsabläufen führen? 4. Wie wird sichergestellt, dass die zahlreichen Einzelmaßnahmen (Gesundheit, Pflege, Hochschulen, Digitale Akte, hausinterne Verfahren) nicht zu parallelen Strukturen, Doppelarbeit oder Inkonsistenzen bei der Prozessoptimierung führen? Gibt es eine zentrale Steuerung und Priorisierung?	AfD	Bericht Nr. 38 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 39 a), b)

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						5. Bitte um Darstellung, anhand welchen konkreten Stufenplans die Mittel für die Geschäftsprozessoptimierung eingesetzt werden sollen, incl. einer zeitlich gegliederten Übersicht mit Etappen, Zuständigkeiten und messbaren Zwischenschritten, die erkennen lässt, wie die Umsetzung des E-Government-Gesetzes systematisch bis 2027 erfolgen soll. Insbesondere soll nachvollziehbar werden, welche Prozesse bis wann dokumentiert, analysiert, optimiert und digitalisiert werden – einschließlich einer Übersicht darüber, wann, wofür, durch welche fachlich zuständigen Stellen und in welcher Höhe Haushaltsmittel eingesetzt werden, um die Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes systematisch bis 2027 sicherzustellen.		
ÄÄ		23	0900	54003	Geschäftsprozess-optimierung	Ansatz 2026: 3.353.000 Ansatz 2027: 3.425.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
							Änderungsantrag Nr. 2 2026: - 800.000 2027: - 800.000 a) Begründung Die Haushaltsansätze für die Geschäftsprozessoptimierung (GPO) steigen gegenüber den vorherigen Haushaltjahren erheblich, ohne dass eine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse oder ein verbindlicher Umsetzungsplan vorliegt. Die Senatsverwaltung verweist zwar auf fachliche Einschätzungen und die Einbet-	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
							tung in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (Vgl. Bericht 38 der Sammelvorlage), jedoch fehlt eine belastbare Datengrundlage, so auch ein konkreter Stufenplan mit messbaren Zwischenschritten für einzelne Projektmaßnahmen. b) 2026: -800.000/2027: -800.000 Gegenfinanzierung <i>Verbindliche Erl., Prüfauftrag:</i> Die Senatsverwaltung wird bis zum 30.06.2026 einen Bericht darüber vorlegen: – wie die Leitstelle Digitalisierung der SenWGP (der die zentrale Steuerung und Priorisierung obliegt) die Umsetzung und Steuerung der GPO-Maßnahmen begleitet (Vgl. Ausführungen zur Frage 6, Bericht 38, S. 135 der Sammelvorlage), – welche messbaren Effizienzgewinne erzielt wurden, – und wie die Einhaltung der GPM-Standards sichergestellt wird. c) Die (verbleibenden) Mittel im Titel 54003 sind bis zur Vorlage eines schriftlichen Berichts zur Zielerreichung und Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahmen gesperrt.

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag /Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
						Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD		
40.		24	0900	54010	Dienstleistungen	Weshalb kommt es zu einer deutlichen Erhöhung des Ansatzes?	CDU, SPD	Bericht Nr. 39 beschlossen
ÄÄ		24	0900	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 276.000 Ansatz 2027: 276.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD				GRÜNE		LINKE	AfD	
							Änderungsantrag Nr. 3 2026: - 100.000 2027: - 100.000 a) Begründung Die vorgesehene Erhöhung des Titelan- satzes liegt deutlich über dem bisherigen Mittelbedarf. Die Begründung der Se- natsverwaltung verweist auf verschiedene Einzelmaßnahmen, deren Umfang und zeitliche Umsetzung jedoch nicht konkre- tisiert sind (Vgl. Bericht 39 der Sammel- vorlage). Die überproportionale Mittel- anmeldung ohne belastbare Maßnahmen- planung rechtfertigt die Minderung des Ansatzes. b) 2026: -100.000/2027: -100.000	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						Gegenfinanzierung c) (a) Die (restlichen) Mittel sind bis zur Vorlage eines detaillierten Maßnahmenplans mit Zeitrahmen, Kostenstruktur und konkreten Leistungszielen gesperrt. (b) Pandemiebedingte Prüfkosten sind gesondert darzustellen und zu begründen. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
41.	a)	24	0900	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen • Handelt es sich bei den im Jahr 2025 vorgesehenen rund 4 Mio. Euro um die dezentralen Tarifmittel für Zuwendungsempfänger*innen? Wo sind darüber hinaus zusätzliche Tarifmittel für Zuwendungsempfänger*innen eingeplant? • Sind in den Ansätzen 2026/2027 im Epl. 09, Kap. 0920, bei den Titeln 68406 und 68431 bereits Tarifmittel eingerechnet oder ist geplant, dafür zusätzliche Mittel aus der dezentralen Tarifvorsorge einzusetzen? • Wie werden die im Jahr 2024 bereitgestellten Tarifmittel in den Jahren 2026 und 2027 verstetigt? Werden dafür zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 40 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 13, 41 a), b)</i>
	b)	24	0900	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen 1. Geht die Senatsverwaltung davon aus, dass die Tarifmittelvorsorge für das Jahr 2025 vollständig verausgabt wird? 2. Warum beträgt das Ist des Titels in der sog. Ist-Liste 0€? 3. Warum wurde die Tarifmittelvorsorge im Kopfkapitel für die Haushaltsjahre 2026/2027 vollständig gestrichen?	Die Linke	Bericht Nr. 40 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 13, 41 a), b)</i>
ÄA		24	0900	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Ansatz 2026: - Ansatz 2027: -		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE <u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: + 5.600.000 2027: + 7.400.000 a) <i>Begründung</i> Wiederaufnahme einer Tarifmittelvorsorge, die die Steigerungen des Jahre 2025 berücksichtigt und für die Jahre 2026 und 2027 jeweils eine kumulative drei-prozentige Steigerung unterstellt. b) „Die Mittel sind für die Refinanzierung von Tarifierpassungen der Beschäftigten der Träger, die über die Titel 0920 68406, 0920 68431 und 0930 68406 finanziert werden, heranziehen.“ <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	AfD	
42.		24	0900	97203	Pauschale Minderausgaben 1. Rechnet die Senatsverwaltung ohne Minderausgaben, die sich im Laufe des Haushaltsjahres 2026 bzw. 2027 aus der Haushaltswirtschaft ergeben? Wenn doch, mit welchen Minderausgaben rechnet die Senatsverwaltung und warum wird diese Minderausgabe nicht im Haushalt abgebildet? 2. Dürfen im aktuellen Haushalt alle Titel inklusive nicht besetzter Personalstellen zur Auflösung der PMA herangezogen werden?	Die Linke	Bericht Nr. 41

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
ÄA		24	0900	97203	Pauschale Minderausgaben Ansatz 2026: – Ansatz 2027: – [Wegfall des Titels]		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: - 9.748.000 2027: - 9.994.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU, SPD und LINKE gegen GRÜNE und AfD				<u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: - 2.000.000 2027: - 2.000.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung <i>b) Anpassung der Tabelle</i> 2026: +2.000.000 € 2027: +2.000.000 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	<u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: - 15.516.000 2027: - 16.828.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und AfD gegen LINKE		
43.	a)	26	0900 (MG32)	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln 1. Was soll unter den lfd. Nr. 1-9 konkret erfolgen und wie wurde der eingestellte Ansatz je lfd. Nr. berechnet? 2. Zu Nr. 1: Bitte begründen Sie die Notwendigkeit einer Raumbuchungssoftware. 3. Zu Nr. 2: Bitte stellen Sie dar, ob es sich hier um einmalige Ausgaben handelt. 4. Zu Nr. 7: Bitte erläutern Sie, welche Software gekauft werden soll und was durch den Erwerb der Software eingespart werden soll. 5. Zu Nr. 8: Bitte schlüsseln Sie auf, welche Fachverfahren mit einer	CDU, SPD	Bericht Nr. 42 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 43 a) - c)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					bestimmten Software digitalisiert werden, welche Einsparungen erwartet werden und ob es sich um einmalige Ausgaben handelt.		
	b)	26	0900 (MG32)	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln Bitte um Darstellung, was jeweils in den einzelnen Teilansätzen 1 bis 9 konkret geplant wird.	Die Linke	Bericht Nr. 42 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 43 a) - c)</i>
	c)	26	0900 (MG32)	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln Wie begründet der Senat den erheblichen Mittelaufwuchs im Doppelhaushalt 2026/27 gegenüber den Vorjahren – insbesondere im Hinblick auf die konkrete Mittelverwendung, die Abgrenzung gegenüber dem Titel 54003, die bisherige geringe Mittelbindung (Ist 2024: 214.587,78 EUR) und die geplante Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben im Politikfeld Gesundheit? Bitte um genaue Erläuterungen zur Kalkulationsgrundlage.	AfD	Bericht Nr. 42 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 43 a) - c)</i>
ÄA		26	0900 (MG32)	51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln Ansatz 2026: 2.988.000 Ansatz 2027: 3.418.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE		LINKE	
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 4</u> 2026: - 900.000 2027: - 900.000 <i>a) Begründung:</i> Der Mittelaufwuchs ist in Teilen nachvollziehbar, insbesondere für die Digitalisierung in den Abteilungen Pflege und Gesundheit sowie die Einführung von Low-Code-Verfahren (s. TA 2, 5, 6). Die Teilansätze 7–9 zu KI-basierten Lösun-	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
							gen befinden sich jedoch noch in der Konzeptionsphase, ohne konkrete Verfahren oder Einsparpotenziale ((Vgl. Bericht 42 der Sammelvorlage). Eine moderate Kürzung dieser TA ist angezeigt, um die Mittel bedarfsgerecht und projektbezogen zu steuern. b) 2026: -900.000/ 2027: -900.000 Einsparung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD
Kapitel 0909 – Personalüberhang							
Keine Fragen eingereicht.							
Kapitel 0920 – Gesundheit							
Titelübergreifende Fragen für den Bereich Gesundheit							
44.		0920	über- greifend	–	Bitte erläutern Sie, welche Projekte und Maßnahmen für die Suchthilfe (inkl. nicht stoffgebundener Süchte) in welchem Titel und je in welcher Höhe gefördert werden? Welche Aufwüchse oder Kürzungen gibt es hier? Bitte aufschlüsseln nach den Themen Präventionsangebote, Beratung und Behandlung inklusive Schadensminimierung.	CDU, SPD	Bericht Nr. 43
45.	77	0920	23190	Assistierte Reproduktion	Welche Gespräche werden derzeit auf Bundes- oder Landesebene geführt, um die Fortsetzung der Förderung assistierter Reproduktion	Bündnis 90/Die	Bericht Nr. 44

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	91		68406		ab 2026 zu sichern und wie weit sind diese Gespräche? - Wie hoch ist der Zuschuss des Land Berlin zur assistierten Reproduktion, wie hoch soll der Zuschuss in Zukunft sein und auf welcher Ländervergleichsgrundlage hat Berlin diese Entscheidung getroffen? - Welche eigenen Maßnahmen ergreift Berlin, die Förderung assistierter Reproduktion und Unterstützung für Personen mit unerfülltem Kinderwunsch aus medizinischen Gründen weiterhin zu gewährleisten? - Wie viele Paare konnten in den vergangenen Jahren von der Förderung profitieren und in welchem Umfang mussten Neu- oder Folgeanträge im Jahr 2025 aufgrund der Aussetzung des Antragsverfahrens abgelehnt oder zurückgestellt werden?	Grünen	
46.			über- greifend		- Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie 1.1 Wie wird die Qualität der Berliner Gesundheitsberichterstattung sichergestellt, wenn gleichzeitig die Datenbasis in den Bezirken unterschiedlich belastbar ist? 1.2 Wie wird vermieden, dass mehrere Parallelberichte (Senat, Bezirke – und auch RKI und/oder Krankenkassen) zu Mehrarbeit und Mehrkosten führen? - Psychiatrische Versorgung inkl. Maßregelvollzug 2.1 Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um einerseits die äußerst angespannte Situation im Maßregelvollzug rasch zu verbessern und andererseits die stetig steigenden Kosten des Maßregelvollzugs in Berlin effizient einzusetzen, und welche Controllinginstrumente kommen dabei zur Anwendung? 2.2 Wie wird die Verfügbarkeit von Fachpersonal in der psychiatrischen Versorgung angesichts der bekannten Engpässe gewährleistet? - Krankenhausplanung und -förderung 3.1 Wie wird sichergestellt, dass die Förderung a) nicht dauerhaft Defizite einzelner Häuser subventioniert und b) keine Schlechter- bzw. Besserstellung einzelner Häuser erfolgt?	AfD	Bericht Nr. 45 (bei Beantwortung im Rahmen anderer Berichte: Bitte kennzeichnen)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					3.2 Wie überprüft der Senat die Umsetzung der beschlossenen Krankenhausinvestitionen – insbesondere bei Bauverzögerungen und Kostensteigerungen? 3.3 Wie gedenkt der Senat, den Umbau der Berliner Krankenhauslandschaft im Rahmen der Krankenhausreform konkret zu gestalten und unterstützen – insbesondere angesichts der bei Weitem unzureichenden Mittelansätze im Doppelhaushalt 2026/27, der drohenden Verluste von Bundesmitteln aus dem Transformationsfonds und der bislang fehlenden verbindlichen Qualitätsvorgaben für die Krankenhausplanung? 4. Infektionsschutz / Pandemie-Vorsorge 4.1 Welche Lehren aus den Pandemie Jahren sind konkret in den neuen Strukturen des Infektionsschutzes umgesetzt worden, und wie wird deren Wirksamkeit evaluiert? 4.2 Gibt es ein belastbares Personal- und Ressourcencontrolling, um eine erneute Überforderung der Gesundheitsämter zu vermeiden bzw. wurde ein solches bereits etabliert? 5. Gesundheitswirtschaft 5.1 Für welche konkreten Maßnahmen im Bereich Gesundheitswirtschaft wurden Mittel im DHH 2024/25 verausgabt und im Haushaltsplan 2026/27 veranschlagt? 5.2 Wurden die veranschlagten Mittel im DHH 2024/25 vollständig verausgabt? Falls nicht: Welche Gründe liegen vor? 5.3 Inwiefern unterstützt der Senat die Gesundheitswirtschaft strukturell – z. B. durch Innovationsförderung, Fachkräftesicherung oder Digitalisierung? 5.4 Gibt es strategische Programme oder Förderrichtlinien, die über Einzelmaßnahmen hinausgehen? 6. Suchtprävention und Suchthilfe 6.1 Angesichts steigender Zahlen von Drogentoten in Berlin: Welche konkreten, messbaren Effekte erzielen die Programme der Suchtprävention, und wie wurde ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft?		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					6.2 Inwieweit sind die Bezirke in der Lage, die Finanzierung der Suchthilfe nachhaltig zu sichern und inwiefern ist hier die Entstehung verdeckter Finanzierungslücken für den Landeshaushalt ausgeschlossen? 7. Arzneimittel-, Apotheken- und Betäubungsmittelwesen 7.1 Wie stellt der Senat sicher, dass die Aufsichtsfunktion in Berlin effektiv ausgeübt wird, obwohl die Zahl der Apotheken sinkt und gleichzeitig die Versorgungsrisiken zunehmen? 7.2 Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch den Aufbau von Kontrollstrukturen, und wie wird eine Doppelprüfung durch Bundes- und Landesebene vermieden? 8. Krankenhausaufsicht und Krankenhaushygiene 8.1 Wie wird sichergestellt, dass die veranschlagten Mittel zweckentsprechend eingesetzt werden, insbesondere zur Sicherung gesetzlicher Hygienevorgaben, zur Kontrolle nosokomialer Infektionen und zur Umsetzung der KRINKO-Empfehlungen? 8.2 Wie stellt sich die Wahrnehmung dieser Aufgaben qualitativ und quantitativ für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 dar – insbesondere hinsichtlich (a) der Personalausstattung, (b) der Durchführung von Begehungen, (c) der vorgesehenen Digitalisierungsmaßnahmen sowie (d) der fachlichen Steuerung durch die Gesundheitsämter und das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)? In welcher Höhe sind in den Haushaltsjahren 2026/27 Mittel für a) Personal, b) Begehungen und Kontrollen, c) Digitalisierungsvorhaben, d) fachliche Steuerung durch die Gesundheitsämter und das LAGeSo veranschlagt? e) Wie stellt sich dies i. Vgl. zu den zwei letzten Haushaltsjahren dar? 8.3 Welche konkreten Titel (Titelgruppen) des EP 09 enthalten die		

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						Ansätze für dieses Politikfeld in den Haushaltsjahren 2026/27, und wie hoch sind die jeweiligen Mittelansätze? 8.4 Wie dokumentiert der Senat die Mittelverwendung in diesem Politikfeld, und welche Kennziffern oder Indikatoren werden genutzt, um die Wirksamkeit der eingesetzten Haushaltsmittel nachzuweisen? 8.5 Welche Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Ausgaben der letzten beiden Haushaltsjahre (2024/25) bestehen in diesem Politikfeld und wie erklärt der Senat diese? 8.6 Wie reagiert der Senat auf die bekannten Defizite in der Krankenhaushygiene (z. B. Mangel an Hygienefachkräften), und wie wird die Wirksamkeit der Aufsicht evaluiert? 9. Notfallvorsorge / Katastrophenschutz 9.1 Wie ist gewährleistet, dass die Berliner Reserve Gesundheitsschutz (BRGS) tatsächlich einsatzbereit ist, und wie werden Kosten für Lagerung und Verfall von Materialien kontrolliert? 9.2 Welche Strukturen verhindern eine Doppelbelastung von Krankenhausbudgets durch parallele Senats- und Bezirksmaßnahmen im Bereich Katastrophenschutz?		
Bereich Gesundheit								
ÄA		76	0920	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2026: 1.500.000 Ansatz 2027: 1.500.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE	AfD
							<u>Änderungsantrag Nr.3</u> 2026: + 200.000 2027: + 200.000	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
					a) Begründung Gegenfinanzierung			
					Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			
ÄÄ		77	0920	28101	Ersatz von Ausgaben	Ansatz 2026: 20.000 Ansatz 2027: 20.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD				GRÜNE		LINKE		AfD
				<u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: + 180.000 2027: + 180.000 a) Begründung Gegenfinanzierung, sehr hohes IST von über 400.000 € in 2025, sowie auch in den Jahren zuvor. b) Anpassung der Tabelle 2026: 200.000 € 2027: 200.000 € Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und				

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					SPD gegen GRÜNE und AfD bei Enthaltung LINKE			
47.	a)	79	0920	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie stellt sich das voraussichtliche IST für 2025 dar? Welche zusätzlichen Stellen sind dies?	CDU, SPD	Bericht Nr. 46 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild. Nr. 47 a), c)</i>
	b)	79	0920	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wodurch erklärt sich der deutliche Anstieg der veranschlagten Personalmittel für Beamt:innen gegenüber dem Ansatz von 2025?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
	c)	79	0920	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1. Warum lagen die Ist-Ausgaben in 2024 mit 2,93 Mio. EUR deutlich unter dem Ansatz von 3,23 Mio. EUR? Welche Ursachen sieht der Senat für diese Minderausgaben? 2. Der Ansatz steigt 2025 wieder leicht auf 3,36 Mio. EUR – auf welcher Planungsgrundlage basiert diese Erhöhung? 3. Warum ist für 2026 ein sprunghafter Anstieg auf 3,95 Mio. EUR vorgesehen, der deutlich über den Vorjahren liegt? Welche konkreten Stellenmehrungen oder Besoldungssteigerungen rechtfertigen den Anstieg zwischen 2025 und 2026 und 2027? 4. Wie viele Planstellen im Beamtenbereich sind derzeit unbesetzt und wie lange dauert die durchschnittliche Nachbesetzung? 5. Welche konkreten Auswirkungen (in welchen Bereichen bzw. Tätigkeitsfeldern überwiegend) hat die Unterbesetzung auf die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung?	AfD	Bericht Nr. 46 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild. Nr. 47 a), c)</i>
48.		79	0920	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1. Wie lassen sich die überdurchschnittlich hohen Ausgaben i. Vgl. zum Ansatz 2024 (8.000 EUR) erklären? Wie stellen sich die Ansatz-/Ist-Werte in 2025 dar? 2. Bitte um quantitative und qualitative Angaben zur Inanspruchnahme – sowohl die Begünstigten betreffend als auch die Leistungserbringer. (Bitte um Aufschlüsselung der Mittelverwendung nach den jew. Trägern.)	AfD	Bericht Nr. 47
49.		79	0920	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Wodurch erklärt sich die Reduzierung der veranschlagten Personalmittel für Tarifbeschäftigte gegenüber dem Ansatz von 2025?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
ÄA		79	0920	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2026: 7.343.000 Ansatz 2027: 7.563.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: + 98.000 2027: + 100.000 <i>a) Begründung</i> Betreuung/Aufsicht über das Versorgungswerk der Psychotherapeuten <i>c) Änderung im Stellenplan</i> Teilplan A: 2026: + 1 VZÄ E 13 2027: + 1 VZÄ E 13 <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich angenommen mit CDU, SPD, GRÜNE und AfD gegen LINKE								
50.	a)	80	0920	51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	Wie wird die Kürzung der Mittel für Schutzimpfungen für nicht krankenversicherte Menschen begründet und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den Schutz dieser Menschen vor übertragbaren Krankheiten weiterhin sicherzustellen? Wie viele Menschen wurden bisher geimpft? Mit wie vielen Impfungen wird 2025/2026 gerechnet?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 48 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 50 a), b)</i>
	b)	80	0920	51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	Bitte um eine detaillierte Erläuterung zum Mitteleinsatz für die Haushaltsjahre 2024/25 – insbesondere darüber, wofür die Mittel konkret verausgabt wurden, welche medizinischen Zwecke/Leistungen damit finanziert wurden, wie viele Personen davon profitiert haben und wel-	AfD	Bericht Nr. 48 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd.</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						che fachliche Absicht und Planung der Mittelveranschlagung für 2026/27 zugrunde liegt.		Nr. 50 a), b)
51.	a)	82	0920	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Bitte Angabe des voraussichtlichen IST 2025.	CDU, SPD	Bericht Nr. 49 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 51 a)- d)
	b)	82	0920	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	• Warum wird mit einem Anstieg der Kosten für Klageverfahren im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie gerechnet und welche spezifischen rechtlichen Herausforderungen könnten hier weiterhin zu Kostensteigerungen führen? • Welche neuen rechtlichen und administrativen Anforderungen im Bereich der Vergabe- und Vertragsverfahren, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung, erfordern verstärkten Einsatz externer Beratung und führen zu höheren Gerichts- und Verwaltungskosten? • Welche spezifischen IT- und verwaltungsrechtlichen Verfahren sind in den Jahren 2026/2027 geplant, die zusätzliche Gerichts- und ähnliche Kosten nach sich ziehen und wie wird sichergestellt, dass diese Kosten im Rahmen bleiben?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 49 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 51 a)- d)
	c)	82	0920	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	1. Bitte um Darstellung, wofür die veranschlagten Mittel der Teilansätze jeweils konkret verwendet werden sollen, insbesondere zu den neuen TA 3 und 4. 2. Bitte bei TA 4 „Externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren“ auflisten, welche externen Unterstützungsleistungen bei welchem Anbieter zu welchem Zweck in welchem Umfang beauftragt wurden oder beauftragt werden sollen.	Die Linke	Bericht Nr. 49 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 51 a)- d)
	d)	82	0920	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Bitte um eine detaillierte Darstellung der Mittelverwendung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 – insbesondere: Welche konkreten Verfahren wurden mit den verausgabten Mitteln (Nr. 2-3) finanziert, wie viele Fälle wurden bearbeitet, welche Rechtsgrundlagen lagen zugrunde, und wie erklärt der Senat die überproportionale Steigerung des Mittelansatzes auf jeweils 490.000 Euro für 2026 und 2027 im Vergleich zu den Ist-Werten der Vorjahre?	AfD	Bericht Nr. 49 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 51 a)- d)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					1. Bitte um eine detaillierte Erläuterung zum Zweck und Mittelbedarf der Titelgruppe <u>Nr. 2</u>, „Externe Unterstützung bei Klageverfahren zur Krankenhausplanung“ – insbesondere: Um welche konkreten und wie viele Verfahren handelt es sich? Welche Rechtsgrundlagen liegen diesen zugrunde? Sind darüber hinaus Schadensersatzforderungen erwartbar – und wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Schadensgründen? 2. Zur <u>Nr. 3</u>, Klageverfahren infolge der Covid-19 Pandemie: Bitte um Darstellung wie viele Klageverfahren im Rahmen des DHH 2024/25 geführt wurden, wie viele davon aktuell noch anhängig sind, welche Schadenssummen damit verbunden waren bzw. zu erwarten sind, und welche finanziellen Risiken daraus für das Land Berlin in den Haushaltsjahren 2026/27 konkret entstehen. 3. Bitte um Erläuterung zur neu aufgenommenen Titelgruppe <u>Nr. 4</u>, Externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren – insbesondere: Um welche konkreten und wie viele Verfahren handelt es sich? Welche Rechtsgrundlagen liegen diesen zugrunde? Wofür werden die Mittel im Detail eingesetzt? Sind darüber hinaus Schadensersatzforderungen erwartbar – und wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Schadensgründen?		
ÄÄ	82	0920	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Ansatz 2026: 490.000 Ansatz 2027: 490.000 VE 2026: 1.700.000 VE 2027: 1.700.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
				<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 4</u>		
				2026: - 100.000	2026: - 150.000		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				2027: - 100.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung der Bedarfe für Gutachten im Titel 52610 TA 4 und 5 <i>b) Anpassung der Tabelle TA 4</i> 2026: 240.000 € 2027: 240.000 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD	2027: - 150.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung <i>b) TA 3 „Klageverfahren infolge der Covid-19 Pandemie“</i> Ansatz 2026: 50.000 Ansatz 2027: 50.000 TA 4 „Externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren (neu)“ Ansatz 2026: 240.000 Ansatz 2027: 240.000 <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		
52.		82, 85	0920	52601 (Nr. 4), 54010 (Nr. 24)	Gerichts- und ähnliche Kosten Dienstleistungen	Weshalb befindet sich in beiden Titeln ein recht hoher Ansatz für externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren? Wofür sind die Gelder in Abgrenzung zueinander geplant?	CDU, SPD Bericht Nr. 50
53.	a)	82	0920	52610	Gutachten	1. Zu Nr. 1: Wieso 0€ in 2026? Wird kein Suchtsurvey in diesem Jahr erstellt? 2. Zu Nr. 2: Bitte Angabe der Ausgaben 2024 und des IST 2025. 3. Zu Nr. 3: Bitte Erläuterung des zeitlichen und inhaltlichen Rahmens der Evaluierung des PsychKG.	CDU, SPD Bericht Nr. 51 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 53 a)- d)</i>
	b)	82	0920	52610	Gutachten	- Zu Nr. 1: Welche Auswirkung hat der Ansatz von 0 Euro im Jahr 2025 auf die Erstellung des Surveys? - Zu Nr. 2: Wie ist der Stand der Evaluation des PEP und wie viel Mittel wurden hierfür 2024/25 jeweils verausgabt? Falls nicht vollständig i.H.v. 350.000 Euro in 24/25 verausgabt, bitte die Gründe	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 51 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 53 a)- d)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag /Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis	
						dafür erläutern. • Zu Nr. 3: Welche Inhalte umfasst die Evaluation des PsychKG und wer soll mit dieser beauftragt werden?			
	c)	82	0920	52610	Gutachten	1. Warum wird in 2026 kein Geld für den TA 1 Epidemiologisches Suchtsurvey veranschlagt? 2. Wann ist mit Ergebnissen der Evaluation des Psychiatrieentwicklungsprogramms (PEP) und Landespsychiatrieplans zu rechnen? 3. Wann ist mit Ergebnissen der Evaluation PsychKG zu rechnen?	Die Linke	Bericht Nr. 51 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 53 a)- d)	
	d)	82	0920	52610	Gutachten	Bitte um Erläuterungen zum Vorhaben Nr. 2, Evaluation des Psychiatrieentwicklungsprogramms (PEP) und Landespsychiatrieplan: Wie stellt sich die zeitlich und inhaltlich definierte Verwendung der Mittel konkret dar?	AfD	Bericht Nr. 51 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 53 a)- d)	
ÄA		82	0920	52610	Gutachten	Ansatz 2026: 175.000 Ansatz 2027: 156.000			
Änderungsanträge									
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE		AfD
					<u>Änderungsantrag Nr. 4</u> 2026: + 100.000 2027: + 100.000 a) Begründung TA 4 (Neu): Umsetzungsstrategie für ein Haus der Hilfe. TA 5 (Neu): Vorbereitung eines Präventionsgesetz, damit Maßnahmen wie z.B. Babylotsen langfristig im IGP verstetigt werden können, um die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.				<u>Änderungsantrag Nr. 5</u> 2026: + 200.000 2027: +/- 0 a) Begründung: Die bundesweite Krankenhausreform verändert die Berliner Krankenhausland-schaft grundlegend. Neue Leistungsgrup-pen, verbindliche Qualitätsvorgaben so-wie die geplante Zentralisierung und Ambulantisierung erfordern eine Neube-wertung der Versorgungsstruktur.

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				b) Schaffung neuer TAs TA 4 (Neu): „Evaluation Haus der Hilfe“ 2026: 50.000 € 2027: 50.000 € TA 5 (Neu): „Prüfung Rechtsgrundlage Präventionsgesetz“ 2026: 50.000 € 2027: 50.000 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD			Ein wissenschaftliches Gutachten soll die Auswirkungen auf Standorte, Träger, Investitionsbedarfe und die sektorenübergreifende Versorgung bewerten. Es dient der Anpassung des Krankenhausplans, der Umsetzung des Krankenhausversorgungsverbesserungs-gesetzes (KHVVG) sowie der haushaltsrechtlichen Absicherung künftiger Investitionen. b) Nr. 4 (neu): Krankenhausstrukturplanung Erstellung eines wissenschaftlich fundierten Gutachtens zur strategischen Planung der Berliner Krankenhausstruktur. [Anm.: In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Selbstverwaltung] 2026: +200.000 (Die Maßnahme wird durch Einsparungen im Titel 54010/Kapitel 0900 gegenfinanziert.) <i>Ziel und Inhalte:</i> · Analyse der Versorgungsbedarfe nach Sozialräumen und medizinischen Fachrichtungen bzw. Leistungsgruppen · Investitions- und Wirtschaftlichkeitsbewertung · Einbindung digitaler Versorgungsmodelle und sektorenübergreifender Ansätze · Bewertung von Krankenhausstandor-

[illegible]

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 6</u> 2026: - 20.000 2027: - 40.000 a) <i>Begründung</i> Anpassung an den bisherigen Mittelbedarf; b) 2026: -20.000/ 2027: -40.000 Zur Haushaltskonsolidierung. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
55.	a)	84	0920	54004	Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge	Warum sind die Kosten für die Influenzavorsorge um 300.000 Euro pro Jahr gestiegen?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 53 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 55 a), b)</i>
	b)	84	0920	54004	Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge	1. Bitte um Darstellung der Ansätze in 2024 und 2025 unter Angabe der tatsächlichen Mittelverwendung jeweils. 2. Bitte um Begründung des Mittelaufwuchses bei den entsprechenden Vorhaben. (Um quantifizierte Angaben wird gebeten.)	AfD Bericht Nr. 53 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 55 a), b)</i>
56.	a)	85	0920	54010	Dienstleistungen	1. Zu Nr. 1: Bitte inhaltliche Erläuterung. 2. Zu Nr. 2: Bitte inhaltliche Erläuterung. Bitte erläutern Sie auch, welche Art von Dienstleister beauftragt werden soll. 3. Zu Nr. 4: Bitte Darstellung, was im Modellprojekt Naloxon bereits geleistet und umgesetzt wurde und was genau für 2026 und 2027	CDU, SPD Bericht Nr. 54 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 56 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					geplant ist. 4. Zu Nr. 5: Bitte Darstellung, wie weit das Landeskonzept Sucht und Drogen fortgeschritten ist und wofür konkret in 2026 und 2027 Mittel benötigt werden. 5. Zu Nr. 8: Was genau bedeutet die Mittelreduzierung für die Fast Track City Initiative? Wo sind Einsparungen geplant? Welche konkreten Maßnahmen entfallen oder werden eingeschränkt, wenn die Mittel für die Begleitung der Fast-Track-City-Initiative zur Beendigung von Aids und die Öffentlichkeitskampagne von 300.000 Euro im Jahr 2025 auf jeweils 200.000 Euro in den Jahren 2026 und 2027 reduziert werden? Inwieweit betrifft das die Umsetzung eines Aktionsplans in diesem Bereich? 6. Zu Nr. 11: Wieso erfolgen hier Ausgaben, wenn unter 68406 die Mittel gestrichen werden? Bitte Auflistung der konkreten Dienstleistungen und der jeweiligen Kosten. 7. Zu Nr. 13: Bitte Erläuterung des Aufwuchses mit Hinterlegung der jeweiligen Kosten, bitte Erläuterung der Notwendigkeit. Was genau für Datenerhebungen erfolgen mit welchem Ziel und sich daraus ergebenden Handlungserfordernissen? 8. Zu Nr. 14: Welche Maßnahmen werden hiermit finanziert? Ist die Umsetzung abhängig vom BEK im EP 07? 9. Zu Nr. 15: Bitte um Erläuterung des Aufwuchses. 10. Zu Nr. 24: Bitte begründen Sie die Notwendigkeit der externen Dienstleistungen. Bitte begründen Sie zudem, warum hier Mittel veranschlagt werden, wenn es sich um ein zentrales IT-Verfahrensmanagement handelt. Welche Verfahren sollen hier zentralisiert werden und wozu dienen die Rechtsdienstleistungen? Bitte Auflistung der entsprechenden Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren. 11. Zu Nr. 25: Bitte um Erläuterung, weswegen eine Unterstützung des MD erforderlich ist. Bitte begründen Sie insbesondere, weshalb und auf welcher Rechtsgrundlage und welcher Berechnungsgrundlage das Land Berlin an den MD die eingestellten Beträge zahlt. Übernimmt der Bund auch einen Teil der Kosten? Werden diese Beträge dauerhaft zu zahlen sein oder nur in der Startphase der Kranken-		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					hausreform?		
	b)	85	0920	54010	Dienstleistungen • Zu Nr. 4: Wie ist der Stand der Umsetzung und plant der Senat die Mittel auch in den Jahren 26/27 hierfür zu verwenden? • Zu Nr. 5: Wie sind die nächsten Schritte der Konzeption und wofür ist die Mittelverwendung vorgesehen? • Zu Nr. 8: Wie sollen die reduzierten Mittel künftig eingesetzt werden, ohne die Zielerreichung zur Beendigung von HIV und Aids zu gefährden? Warum wird die Maßnahme über einen Dienstleistungstitel etatisiert und nicht über die Titel 68406 oder 68431 veranschlagt? • Zu Nr. 11: Warum liegt die Förderung weiterhin deutlich unter dem Niveau von 2023? Welche Schwerpunkte der Bewegungsförderung sollen mit den Mitteln konkret abgedeckt werden? • Zu Nr. 13: Für welche neuen Aufgaben ist die Erhöhung der Mittel vorgesehen? Wie wird die Auswertung so gestaltet, dass Ergebnisse auch tatsächlich in politische Steuerung einfließen? • Zu Nr. 15: Welche Maßnahmen sind hier konkret geplant? • Zu Nr. 17: Wie soll die Weiterentwicklung des Mustergesundheitsamts gesichert werden, wenn eine Absicherung über 2027 hinaus fehlt? • Zu Nr. 18-23: Welche Folgen haben die vollständigen Streichungen dieser Ansätze? Durch welche Maßnahmen sollen diese Themen künftig aufgefangen werden? – Zu Nr. 18: Welche konkreten Ergebnisse liegen aus den bisher geförderten Maßnahmen vor, und wie wird die Einhaltung von Datenschutz- und IT-Sicherheitsstandards künftig gewährleistet, wenn keine Mittel mehr bereitstehen? – Zu Nr. 19: Auf welche Weise sollen die identifizierten Bedarfe im Bereich Datenschutz und Digitalisierung künftig finanziert und umgesetzt werden, nachdem dieser Posten entfällt? – Zu Nr. 20: Wie wird ohne Mittel sichergestellt, dass valide Daten zur Steuerung und Weiterentwicklung des psychiatrischen Hilfesystems vorliegen? Ist vorgesehen, die Auswertung künftig in ein anderes Programm oder eine andere Finanzierungs-	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 54 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 56 a) - d)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						struktur zu überführen? – Zu Nr. 21: Mit welchem Vorgehen soll die Umsetzung der WHO-Ziele zur Elimination von Masern und Röteln weiterhin unterstützt werden, wenn die bisher eingeplanten Mittel vollständig wegfallen? Welche Alternativen zur Finanzierung sind vorgesehen, um Impflücken in Berlin konsequent zu schließen? – Zu Nr. 23: Welche Strategien zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung für Hitzeschutzmaßnahmen sind vorgesehen, wenn keine Haushaltsmittel für Kommunikationskampagnen eingeplant sind – gerade da der Senat erst den Hitzeaktionsplan vorgestellt hat? Wie sollen besonders vulnerable Gruppen künftig erreicht werden? • Zu Nr. 24: Für welche konkreten Projekte ist der erneute Mitteleinsatz ab 2026 vorgesehen und wie wird deren Priorisierung begründet? • Zu Nr. 25: Nach welchen Kriterien wird die Prüfung der Leistungsgruppen durch den Medizinischen Dienst durchgeführt? Wann soll die Prüfung abgeschlossen sein? Wie wird sichergestellt, dass die Qualitätsprüfungen zu einer bedarfsgerechten und patient*innenorientierten Krankenhausplanung führen?		
	c)	85	0920	54010	Dienstleistungen	1. In welchem Umfang sind bei den TA über die auch Personalstellen finanziert werden, Tarifmittel für die Abbildung der Tarifentwicklung für die Jahre 2026 und 2027 berücksichtigt? 2. Bitte bei TA 1 „Betriebliche Beratungsleistungen zur Zusammenarbeit mit Rechenzentren zum Politikfeld Gesundheit“ auflisten, welche externen Unterstützungsleistungen bei welchem Anbieter zu welchem Zweck in welchem Umfang beauftragt wurden oder beauftragt werden sollen. 3. Bitte bei TA 2 „Beratungsleistungen für Proof of Concepts im Politikfeld Gesundheit“ auflisten, welche externen Unterstützungsleistungen bei welchem Anbieter zu welchem Zweck in welchem Umfang beauftragt wurden oder beauftragt werden sollen. 4. Wie erklärt sich der Mittelaufwuchs beim TA 3 „Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen-	Die Linke	Bericht Nr. 54 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 56 a) - d)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					und Suchthilfe“? 5. Welche Ergebnisse hat das Modellprojekt Naloxon bisher geliefert? Bis wann ist das Projekt abgeschlossen und bis wann wird der Abschlussbericht vorgelegt? 6. Welche konkreten Auswirkungen hat die Kürzung der Mittel für den TA 5 „Landeskonzept Sucht und Drogen“, insbesondere für die Weiterentwicklung der Landesstrategie Sucht in Berlin? Wann soll das Landeskonzept Sucht und Drogen als Senatsbeschluss vorliegen? Welche konkreten Schritte sind bis zum Senatsbeschluss noch erforderlich und wie ist der Zeitrahmen für die Umsetzung? 7. Wie begründet die Senatsverwaltung die Kürzung des TA 8 „Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung Aids und Öffentlichkeitskampagne“, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Ziele der FTCl noch nicht erreicht sind? Was konkret soll gekürzt werden und ist die Koordinierungsstelle betroffen? 8. Welche Maßnahmen sind im Rahmen des TA 12 „Hitzeaktionsplan für Berlin“ geplant? 9. Welche konkreten Studien, Datenerhebungen und Evaluationen sind im Rahmen des TA 13 „Datenerhebungen, Evaluationen im Rahmen der LGK“ geplant? 10. Bitte bei TA 24 „Externe Unterstützung bei Vergabe-, Vertrags- und verwaltungsrechtlichen IT-Verfahren“ auflisten, welche externen Unterstützungsleistungen bei welchem Anbieter zu welchem Zweck in welchem Umfang beauftragt wurden oder beauftragt werden sollen. Wodurch unterscheidet sich der TA 24 im Vergleich zum gleichlautenden TA 4 im Kapitel 0920 Titel 52601? 11. Bitte um konkrete Erläuterung, wie sich die Kosten für die Prüfung im TA 25 „Qualitätsüberprüfungen zur Krankenhausplanung“ zusammensetzen und in welchem Umfang Personalstellen oder Beschäftigungspositionen finanziert werden. Wäre es möglich, die Prüfung der Leistungsgruppen aus dem Transformationsfonds zu finanzieren? Geht die Senatsverwaltung nach der Übergangsphase davon aus, dass die Kosten für die Leistungsgruppenprüfung wieder sinken?		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	d)	85	0920	54010	Dienstleistungen Bitte um Darstellung der Ansatz/Ist-Werte aller unter diesem Titel im DHH 2024/25 fallenden/beschlossenen Maßnahmen: – Wie lässt sich das Ist für das Jahr 2024 erklären – i. Vgl. zum deutlich höheren Ansatz v. 1.526.000 EUR? – Bei jeweils welchen der im DHH 2024/25 bestehenden Maßnahmen wurden die veranschlagten Mittel nicht ausgeschöpft und warum nicht? – Bei welchen der Maßnahmen erfolgte keine Evaluation? – Welche Vorhaben des DHH 2024/25 (unter Angabe der jew. Nr.) werden im neuen DHH nicht mehr verfolgt und warum nicht? Bitte um nähere Erläuterungen zu allen neu aufgenommenen Vorhaben in diesem Titel: 1. Neue Titel – Welche konkreten Ziele verfolgt der Senat mit den neu eingerichteten Titeln (z. B. Beratungsleistungen für Rechenzentren, Proof of Concepts, externe IT-Verfahrensunterstützung, Krankenhausplanungs-Qualitätsüberprüfungen)? – Welche Alternativen wurden geprüft, bevor neue externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Umfang von mehreren Hunderttausend Euro veranschlagt wurden? – Warum können diese Aufgaben nicht durch vorhandene Strukturen oder eigenes Fachpersonal wahrgenommen werden? – Welche Laufzeit haben die Maßnahmen – handelt es sich um einmalige Projekte oder um dauerhafte Vorhaben? Bitte um nähere Erläuterungen. Bitte um nähere Erläuterungen zu allen entfallenen Vorhaben in diesem Titel: 2. Entfallene Titel – Warum werden etablierte Maßnahmen (z. B. Masern-Röteln-Elimination, Auswertung psychiatrischer Daten, Digitalisierungsvorgaben) gestrichen? – Entfallen diese Aufgaben tatsächlich oder werden sie in andere Kapitel/Titel verlagert? Bitte um Erläuterungen. – Wie wird die Kontinuität in der Gesundheitsprävention sichergestellt, wenn bisherige Instrumente nicht mehr finanziert werden?	AfD	Bericht Nr. 54 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 56 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					3. Steigerungen bestehender Titel – Bei welchen Titeln kommt es (jew.) zu Mittelaufwüchsen (z. B. Nr. 13, LGK-Evaluationen, Nr. 15, Digitalisierung Suchtberatung) – und welche fachlichen oder politischen Gründe rechtfertigen diese Erhöhungen (jeweils)? – Welche messbaren Ergebnisse haben die bisherigen Einsätze in diesen Bereichen erbracht, die nun höhere Mittelansätze plausibel machen? – Gab es unabhängige Evaluierungen oder Wirksamkeitsprüfungen, bevor zusätzliche Mittel eingestellt wurden? 4. Verpflichtungsermächtigungen – Warum sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von über 11 Mio. EUR bis 2032 vorgesehen – welche langfristigen Verträge oder Projekte stehen konkret dahinter? – Welche Flexibilität behält das Abgeordnetenhaus bei künftigen Haushaltsentscheidungen, wenn durch mehrjährige Bindungen der Spielraum bereits stark vorgegeben ist? – Wie wird sichergestellt, dass diese langfristigen Bindungen wirtschaftlich und zweckmäßig bleiben, falls sich Rahmenbedingungen ändern? 5. Gesamtentwicklung / Prioritäten – Warum verdoppeln sich die Ansätze von 2025 (1,5 Mio. EUR) auf 2026 (3,39 Mio. EUR), während gleichzeitig mehrere präventive Maßnahmen entfallen? – Welche übergeordnete gesundheitspolitische Strategie steckt hinter der Schwerpunktverlagerung von Prävention hin zu Struktur- und Beratungsaufgaben? – Wie bewertet der Senat den Zielkonflikt: relativ geringe Summen für direkte Präventionsmaßnahmen vs. sehr hohe Ausgaben für externe Beratung und Gutachten?		
ÄÄ	85	0920	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 3.390.000 Ansatz 2027: 2.856.000 VE 2026: 6.414.000		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					VE 2027: 5.255.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 3</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>	
2026: - 250.000 2027: - 250.000				2026: - 19.671 2027: - 20.543	2026: + 100.000 2027: + 100.000	2026: + 100.000 2027: + 100.000	
a) Begründung Stärkung Fast-Track-City-Initiative um 100.000€ und Gegenfinanzierung				a) Begründung TA 8: Finanzielle Absicherung für die Unterstützung der Fast Track City Netzwerks Berlin und dem Checkpoint BLN, um die FTCI-Ziele in Berlin zu erreichen.	a) Begründung Rücknahme der Kürzungen in TA 8 „Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung von AIDS und Öffentlichkeitskampagne“	a) Begründung Nosokomiale Infektionen und Antibiotikaresistenzen stellen ein Versorgungs- und Patientensicherheitsrisiko dar. In Berlin wurden zuletzt über 9.000 MRSA-Fälle registriert; seit 2010 nahm die Zahl der Behandlungen mit multiresistenten Keimen um 32 Prozent zu. Ein wissenschaftlich fundiertes Gutachten soll die Datenlage systematisch aufbereiten und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen für Prävention und Versorgung entwickeln. Ziel ist die Senkung vermeidbarer Infektionsraten und die nachhaltige Verbesserung der Patientensicherheit.	
b) Anpassung der Tabelle (S.85) TA 8: Fast-Track-City-Initiative 2026: 300.000 2027: 300.000				TA 11: Gegenfinanzierung dringender Bedarfe sozialer Träger*innen.	b) TA 8 „Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung von AIDS und Öffentlichkeitskampagne“ Ansatz 2026: 300.000 Ansatz 2027: 300.000	b) Nr. 26 (neu): Prävention und Versorgung nosokomialer Infektionen in Berlin 2026: +100.000/ 2027: +100.000 (Die Maßnahme wird durch Einsparungen bei Titel 54003/ Kapitel 0900 gegenfinanziert.)	
TA 24: Externe Unterstützung Vergabe/IT 2026: 450.000 2027: 450.000				TA 12: Hoher Bedarf an der Umsetzung der Hitzeaktionsplanmaßnahmen.			
TA 25: Qualitätsprüfungen Krankenhausplanung 2026: 1.200.000 2027: 700.000				TA 21: Wiederaufnahme da verstärkte Aufklärung der Bevölkerung und auf eine Erhöhung der Impfquoten weiterhin gegeben ist.			
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU und SPD gegen LINKE und AfD bei Enthaltung GRÜNE				TA 24: Gegenfinanzierung	<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		
				TA 26 (Neu): Verstetigung der Tarifanpassungen.			
				b) Anpassung der Tabelle			

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				TA 8 2026: 300.000 € 2027: 300.000 € TA 11 2026: 0 € 2027: 0 € TA 12 2026: 100.000 € 2027: 100.000 € TA 21 2026: 70.000 € 2027: 100.000 € TA 24 2026: 300.000 € 2027: 300.000 € TA 26 (Neu): „Tarifanpassung“ 2026: 130.329 € 2027: 107.957 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE bei Enthaltung LINKE			c) Die Mittel sind zweckgebunden (und übertragbar) für die Erstellung eines wissenschaftlich fundierten Gutachtens zur Prävention und Versorgung nosokomialer Infektionen. Ergebnisse sind öffentlich zugänglich zu machen; Krankenhäuser, Gesundheitsämter und Fachgesellschaften sind einzubeziehen. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD
57.	a)	86	0920	54053	Veranstaltungen - Bitte das voraussichtliche IST 2025 angeben. - Zu Nr. 3: Welche Veranstaltungen haben 2024 und 2025 hierzu stattgefunden und welche sind in 2026 geplant? - Zu Nr. 4: Bitte Aufwuchs erläutern. - Zu Nr. 7: Bitte Aufwuchs erläutern. - Zu Nr. 10: Bitte Aufwuchs erläutern. - Zu Nr. 12: Bitte Aufwuchs erläutern.	CDU, SPD	Bericht Nr. 55 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 57 a)- b), d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					7. Zu Nr. 14: Wo waren diese Ausgaben in welcher Höhe im letzten Haushalt budgetiert?		
	b)	86	0920	54053	Veranstaltungen Wie begründet die SenWGP den Wegfall des TA 13 „Veranstaltungen zum Thema Organ- und Gewebespenden“? Welche alternativen Maßnahmen zur Steigerung von Organ- und Gewebespenden nutzt die SenWGP, um auf das Thema aufmerksam zu machen und damit zu einer Steigerung von dringend notwendigen Spender*innen beizutragen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 55 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 57 a)- b), d)</i>
	c)	86	0920	54053	Veranstaltungen Welche Veranstaltungen sind im TA 7 „Veranstaltungen im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz“ geplant?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
	d)	86	0920	54053	Veranstaltungen Bitte um Ausweisung des Ist-Werts in 2025. Wie wird die Höhe der Mittelansätze begründet, zumal wiederholt weniger als 50 Prozent der für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Mittel verausgabt wurden?	AfD	Bericht Nr. 55 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 57 a)- b), d)</i>
ÄA		86	0920	54053	Veranstaltungen Ansatz 2026: 130.000 Ansatz 2027: 104.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr.8</u> 2026: - 60.000 2027: - 40.000 <i>a) Begründung</i> Es liegt keine nachvollziehbare Begründung für die Erhöhung der Mittelansätze vor (Vgl. Bericht Nr. 56 der Sammelvorlage). Anpassung an die Mittelabflüsse	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						der Vorjahre. b) 2026: -60.000/2027: -40.000 Die Mittel werden zur haushaltspolitischen Vorsorge zurückgestellt. Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
58.		86 103	0920 54690 68490	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen	• Mit wie viel Mitteln werden welche Projekte aus den Titeln 28290 und 23190 finanziert? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln und Soll und Ist-Werte für die Jahre 2024 und 2025 angeben.) • Wie viele Mittel wurden aus welchen Gründen in den Jahren 2024/2025 nicht verausgabt? • Wie wird sichergestellt, dass verpflichtende Präventionsmaßnahmen nach dem Glücksspielstaatsvertrag weiterhin umgesetzt werden, wenn die Mittel überwiegend für Forschung vorgesehen sind? • Welche konkreten Projekte zur Aufklärung und Beratung von Spieler*innen sollen trotz der Kürzungen nach 2025 fortgeführt werden? • Wie entstand der Rest aus 2024 in Höhe von 150.566,07 Euro und wofür werden diese Mittel verwendet?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 56
59.	a)	87	0920 63201	Ersatz von Verwaltungsausgaben an Ländern	Zu Nr. 1: • Wie erklärt sich die deutliche Kürzung der Mittel 2026 für die Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen, obwohl Berlin vertraglich verpflichtet ist, seinen Anteil an den Kosten zu leisten? • Inwiefern ist durch die Reduzierung gewährleistet, dass Beschäftigte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes weiterhin in ausreichendem Umfang an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen können? • Welche Abstimmungen mit den anderen Bundesländern haben stattgefunden, und wie wirkt sich dies auf die gemeinsame Finanzierung nach dem Abkommen aus? Zu Nr. 7: • Wie viel Mittel wurden hierfür 2024/25 jeweils verausgabt? Wes-	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 57 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 59 a) - b)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					halb sind 2026 keine Mittel vorgesehen, aber für 2027 schon? • Welche konkreten Arbeitsschritte sind bis 2027 geplant, damit die Plattform verpflichtend ab dem 1. Januar 2027 genutzt werden kann? • Wer übernimmt nach Abschluss der Aufbauphase den dauerhaften Betrieb und die Finanzierung der Plattform, um eine verlässliche Nutzung sicherzustellen? • Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern beim Rollout von SHAPTH und XWasser, insbesondere im Hinblick auf die abgestimmte Einführung als verbindlicher Standard ab dem 1. Januar 2027? Zu Nr. 8: • Wenn der ÖGD eine Priorität ist, warum wird die Imagekampagne auf 0 Euro gesetzt?		
	b)	87	0920	63201	Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder <u>Zu Nr. 8, ÖGD-Pakt-Umsetzung: Imagekampagne ÖGD</u> Bitte um Erläuterung zu den Ansatz-/Ist-Werten für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 sowie um eine Bewertung der Wirksamkeit und Zielerreichung dieser Maßnahme, insbesondere im Hinblick auf Reichweite, Zielgruppenansprache und die intendierte Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Inwiefern erfolgte eine Evaluation? Sofern ja, was waren die wichtigsten Erkenntnisse?	AfD	Bericht Nr. 57 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 59 a) - b)</i>
60.		87	0920	63203	Ersatz von Ausgaben an Länder Welche Gründe liegen der Erhöhung der Mittel für den Vertrag zur Nutzung der Tuberkulose-Absonderungseinrichtung am Bezirksklinikum Obermain zugrunde und mit welchen Entwicklungen wird bei der Auslastung gerechnet, die den Defizitausgleich künftig erforderlich machen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 58
61.	a)	88	0920	67101	Ersatz von Ausgaben 1. Bitte um Erläuterung des Aufwuchses und Angabe des IST 2025. 2. Zu Nr. 3: Wo waren die Kosten für das Hörscreening zuvor etatiert bzw. wer hat diese Kosten zuvor getragen? Wie berechnet sich der Ansatz? 3. Zu Nr. 4: Wie erklärt sich der Aufwuchs? 4. Zu Nr. 7: Woraus ergibt sich die Steigerung des Ansatzes um ca. 50 Prozent? 5. Zu Nr. 10: Wie viele regionale Kinderschutzambulanzen gibt es an	CDU, SPD	Bericht Nr. 59 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 61 a) - c)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					welchen Standorten in Berlin? Wozu wird der Aufwuchs verwendet? 6. Zu Nr. 11: Wozu wird der Aufwuchs verwendet? 7. Zu Nr. 12: Wozu wird der Aufwuchs verwendet? 8. Zu Nr. 14: In welchem Titel wurden diese Mittel in welcher Höhe bisher veranschlagt? Wie viele Welcome-Bags wurden 2024 und 2025 bereitgestellt und mit welcher Anzahl wird für 2026 und 2027 gerechnet? Wie hoch ist der Stückpreis und was befindet sich in den Welcome-Bags? Gibt es eine Abnahmeverpflichtung für eine bestimmte Anzahl und wie lange ist das Land Berlin vertraglich gebunden? Was sind die Voraussetzungen („Notsituation“), um ein Welcome-Bag zu erhalten? Gibt es parallel ähnliche Unterstützungsangebote, die die Frauen über andere Stellen beziehen können (Stichwort Doppelstruktur)?		
	b)	88	0920	67101	Ersatz von Ausgaben • Zu Nr. 3: Welche langfristigen Auswirkungen werden von dem Neugeborenen-Hörscreening erwartet und wird deren Nutzen im Laufe der Zeit evaluiert? Wie viele Neugeborene werden durch diese Maßnahme erreicht und ab wann und wo soll es angeboten werden? • Zu Nr. 9: Aus welchem Grund werden die Kosten für Geburten nicht-krankenversicherter Migrant*innen über diesen Titel abgerechnet und nicht – wie eigentlich vorgesehen – über die Clearingstelle? • Zu Nr. 11: Bitte projekt- und maßnahmenscharf darstellen. • Zu Nr. 14: Wie viele Frauen und Familien konnten in den letzten fünf Jahren durch die Welcome-Baby-Bags erreicht werden (aufgeschlüsselt nach Jahr)? Welche Lebenslagen führten konkret dazu, dass Frauen und Familien eine Welcome-Baby-Bag erhalten haben? Bitte differenziert nach Kategorien wie Flucht, Wohnungslosigkeit, Krankheit oder finanzielle Notlagen. Wie ist die Zielvorgabe des Projektes bzgl. der Frauen und Neugeborenen, bitte für die einzelnen Jahre ausweisen? Wie stellt die Senatsverwaltung sicher, dass die Welcome-Baby-Bags nicht nur akute Hilfe leisten, sondern auch als Brücke in weiterführende Unterstützungsangebote wirken?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 59 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 61 a) - c)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	c)	88	0920	67101	Ersatz von Ausgaben	Wie ist der Mittellaufwuchs in diesem Titel zu begründen, zumal die veranschlagten Mittel in 2024 nicht vollständig verausgabt wurden? Bitte um Ausweisung des Ist-Werts in 2025. 1. Bitte um Erläuterungen: Bei jeweils welchen Vorhaben (und Nr.) im DHH 2024/25 konnten die veranschlagten Mittel nicht verausgabt werden und warum nicht? 2. Wie sind die höheren Ansätze bei <u>Nr. 4</u> zu erklären? 3. Zu <u>Nr. 7</u> , an Krankenhäuser und Hilfsorganisationen für die staatliche Daseinsvorsorge im Rahmen des Gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes Wie stellt sich die Mittelverwendung für 2024/25 dar und woraus resultieren die höheren Ansätze für den DHH 2026/27? 4. Zu <u>Nr. 10</u> , Regionale Kinderschutzambulanzen in Berlin Bitte um Darstellung der Mittelverwendung nach Art/nach Entstehungsgrund sowie des aktuellen Umsetzungsstands des Vorhabens und zukünftigen Bedarfs. 5. <u>Zu Nr. 14</u> , Welcome-Baby-Bag Bitte um detaillierte Erläuterung zum Vorhaben – insbesondere darüber, wofür die Mittel konkret eingesetzt werden, welche Leistungen damit finanziert werden sollen, wer die Zielgruppe ist, wie viele Personen davon profitiert und welche Absicht der Mittelveranschlagung zugrunde lag.	AfD	Bericht Nr. 59 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 61 a) - c)</i>
ÄÄ		88	0920	67101	Ersatz von Ausgaben	Ansatz 2026: 5.978.000 Ansatz 2027: 6.182.000 VE 2026: 5.562.000 VE 2027: 3.605.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE	
Änderungsantrag Nr. 4							AfD	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
2026: - 145.000 2027: - 155.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung b) Anpassung der Tabelle (S.88) TA 14: Welcome-Baby-Bag 2026: - 2027: - <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD								
62.		89	0920	67112	Ersatz von Personal- aufwendungen	Bitte um Aufschlüsselung der Aufwendungen (Angaben zur Art der Aufwendungen wie Personal-, Sach- und Verwaltungskosten o. a.), der Mittelverwendung unter Angabe der Ansatz/Ist-Werte für die Jahre 2024/25.	AfD	Bericht Nr. 60
63.	a)	90	0920	68268	Zuschuss an Einrich- tungen des Maßregel- vollzugs	• Wie viele Stellen (Vollzeitäquivalente) sind im Maßregelvollzug vorgesehen und wie viele davon tatsächlich besetzt? • Welche konkreten Maßnahmen plant die Senatsverwaltung, um den gravierenden Personalmangel im Maßregelvollzug zu beheben und neues Fachpersonal zu gewinnen – insbesondere im Hinblick auf die geplante Aufnahme von rund 125 zusätzlichen Patient*innen? • Welche Schritte unternimmt die Senatsverwaltung, um die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und ärztliches Personal so zu verbessern, dass Überlastung verhindert wird und eine fachgerechte Versorgung der Patient*innen dauerhaft gesichert ist? • An welchen Standorten sollen die geplanten zusätzlichen Plätze entstehen und welche baulichen Maßnahmen sind dafür konkret vorgesehen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 61 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 63 a) - c)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag /Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						- Wie wird sichergestellt, dass die geplante Kapazitätserhöhung im Maßregelvollzug tatsächlich eine Verbesserung der Versorgung der Patient*innen bedeutet und nicht lediglich die bestehende Überlastung noch weiter verschärft? - Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass Patient*innen im Maßregelvollzug nur so lange wie unbedingt nötig untergebracht werden? Gibt es Konzepte oder Modelle, die darauf abzielen, die Aufenthaltsdauer zu reduzieren und gleichzeitig die Rückfallgefahr zu minimieren?		
	b)	90	0920	68268	Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs	- Wie setzt sich der Aufwuchs zusammen? Erklärt er sich ausschließlich über die steigende geplante Belegung? Welche Mehrkosten für Gebäude und Instandsetzung sind berücksichtigt? - Welche weiteren Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind beim KMV geplant und wo sind diese ggf. etatisiert.	Die Linke	Bericht Nr. 61 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 63 a) - c)
	c)	90	0920	68268	Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs	- Bitte um Darstellung der Ansatz/Ist-Werte für die Jahre 2024 und 2025; welche der im DHH 2024/25 beschlossenen Vorhaben wurden umgesetzt und welche nicht bzw., warum nicht und mit welchen Konsequenzen für die Einrichtungen des Maßregelvollzugs? - Bitte um Darstellung aller Maßnahmen/Vorhaben und den im DHH 2026/27 entsprechend bereitgestellten Mittel, die eine Verbesserung der Lage im Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV) (im EP 09 veranschlagt, incl. Angabe des Kapitels/Titels) zum Ziel haben.	AfD	Bericht Nr. 61 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 63 a) - c)
64.	a)	91	0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	- Sind in diesem Titel Mittel für die Tarifmittelmehrbedarfe vorgesehen? - Zu Nr. 3: bitte erläutern, um welche Projekte genau es sich handelt und wie viel Förderungen welches Projekt erhält. Bitte den Aufwuchs erläutern. - Zu Nr. 4: Wie hoch war das IST 2024 und was sind das aktuelle IST und die Prognose IST 2025? - Zu Nr. 5: Bitte alle Zuwendungsprojekte mit den jeweils beantragten und den jeweils geplanten Summen aufführen. Bitte aufführen, was die einzelnen Bezirke an kommunalen Strategien zur Gesundheitsförderung und Prävention finanziert haben.	CDU, SPD	Bericht Nr. 62 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 64 a) - d)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Bitte ausführen, welche Projekte im Rahmen von „gesund aufwachsen“ und „gesund arbeiten“ gefördert werden. 5. Zu Nr. 6: Wenn „Berlin bewegt sich“ gestrichen wird, warum werden dann unter 54010 Gelder für eine Dienstleistung eingestellt? 6. Zu Nr. 7: Welche Träger werden hier jeweils mit welcher Summe gefördert und wie hoch ist der tatsächliche Bedarf? Stehen weiterhin Verstärkungsmittel zur Verfügung? 7. Zu Nr. 8: Bitte listen Sie die einzelnen Projekte mit jeweiligem Träger auf: Um welche Maßnahmen handelt es sich, in welchem finanziellen Volumen, und wurden einige bisher anderweitig finanziert?“ 8. Zu Nr. 9: Bitte erläutern Sie die eingestellten Summen für 2026 und 2027 mit einer Auflistung der einzelnen Projekte, ihrer Träger sowie des jeweiligen finanziellen Volumens. Welche konkreten Maßnahmen werden in 2026 reduziert, und wie soll die Bindung von Fachkräften gewährleistet werden, wenn Maßnahmen 2026 gekürzt und 2027 mit einem Mittelaufwuchs wieder ausgeweitet werden, was ggf. eine erneute Einstellung von Fachkräften erfordert? Bitte geben Sie das IST 2024 sowie das voraussichtliche IST 2025 an. Weshalb wird der Betrag für 2026 im Vergleich zum Ansatz 2025 um ca. 20 Prozent gekürzt und in 2027 wieder nahezu auf den Stand von 2025 angehoben? Welche Projekte werden in diesem Teilansatz in welchem Umfang gefördert?“ 9. Zu Nr. 10: Welche Bedarfe sieht die Senatsverwaltung und inwiefern sind diese durch die eingestellten Mittel gedeckt? 10. Zu Nr. 11: Bitte Auflistung der geförderten Projekte und Erläuterung der Arbeit der einzelnen Projekte. Welche Projekte und Angebote fallen mit der Kürzung weg? Wie sollen Fachkräfte gehalten werden, wenn Maßnahmen in 2026 gekürzt werden und in 2027 wieder ein Mittelaufwuchs zur Verfügung steht, für den ggf. erneut Fachkräfte eingestellt werden müssen? 11. Zu Nr. 12 und 13: Bitte jeweils erläutern, welche Träger konkret für welche Projekte gefördert werden. Wie viele Plätze gibt es derzeit in den Krankenhäusern und ist ein Aufwuchs an Plätzen ge-		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					plant? Wie viel Plätze sind für Hospiz- und Palliativpatientinnen und Patienten vorgesehen? Wie viele Personen wurden in 2024 und 2025 (Stand 31.7.25) in der Krankenwohnung behandelt und wie lang ist die durchschnittliche Verweildauer? Mussten Patienten aufgrund Vollausslastung abgewiesen werden? Wo können Obdachlose in Berlin niedrigschwellig einen Gesundheitscheck durchführen und sich medizinisch versorgen lassen? 12. Zu Nr. 14: Bitte Erläuterung des Aufwuchses. 13. Zu Nr. 15: Bitte Erläuterung der stufenweisen Anhebung des Ansatzes und starken Differenz zwischen 2026 und 2027. Welche Maßnahmen durch welche Träger befinden sich in diesem Teilansatz? Sollen die Mittel in die Fachstelle für Suchtprävention fließen? 14. Zu Nr. 16: Bitte Auflistung der einzelnen geförderten Projekte und Maßnahmen. Welche Maßnahmen sind dies? Was wird genau mit den Mitteln gemacht? 15. Zu Nr. 17: Bitte Erläuterung des Aufwuchses. 16. Zu Nr. 18: Welche Projekte werden hier konkret mit welchen Summen gefördert? 17. Zu Nr. 19: Bitte Erläuterung, welche Projekte hier gefördert werden? Wie viele Kinder können über Patenschaften derzeit betreut werden? Wie lang ist die Warteliste? 18. Zu Nr. 20: Welche Projekte werden hier mit welcher Summe gefördert? 19. Zu Nr. 21: Welche Versorgungsformen und -projekte werden hier konkret mit welcher Summe gefördert? Welche zusätzlichen /weiteren Projekte an welchen weiteren Standorten sind ggf. geplant? Wie erklärt sich die Mittelreduzierung? Welche Projekte sollen wegfallen? Wie ergeben sich die Kürzungen? 20. Zu Nr. 23: Welche konkreten Projekte werden hier mit welcher Summe gefördert? Konnte der geplante Fortbildungsverbund für psychosoziale Fortbildung im Kontext Migration/Flucht wie geplant unterstützt werden? 21. Zu Nr. 24: An welchen Standorten der Berliner Krankenhäuser ist		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					eine vertrauliche Spurensicherung möglich? Welche Leistungen konnten über die eingestellten Mittel finanziert werden? 22. Zu Nr. 25: Welche Projekte werden hier mit welcher Summe gefördert? Wie viele Berliner Krankenhäuser verfügen über Gewaltschutzteams und an welchen Krankenhäusern gibt es pro-aktive Beratungsangebote? Wie viele Beratungen konnten in den Jahren 2024 und 2025 (Stand 31.Juli) angeboten werden? Warum wird hier um ein Drittel gekürzt, wie erklärt sich die Mittelreduzierung und welche Auswirkungen wird diese haben? 23. Zu Nr. 28: Welche Angebote leistet Senioren fit @home 2BWerk? Welchen Bedarf sieht die Senatsverwaltung für dieses Angebot?		
	b)	91	0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen - Für welche Maßnahmen/Projekte sind VE in welcher Höhe aus welchem Grund vorgesehen und wie ist die Projektlaufzeit? - Zu Nr. 3: Für welche Einrichtungen sind die Zuwendungen geplant? - Zu Nr. 5: Bitte geben Sie alle Projekte sowie die jeweiligen Fördersummen und Projektlaufzeit an. Inwiefern sind in den Mitteln Tarifsteigerungen eingepreist? - Zu Nr. 8: Was genau umfasst die Kofinanzierung des Landes für Projekte im Rahmen des Förderinstrumentes 15 (FI 15)? Bitte erläutern Sie, welche spezifischen Projekte hier gefördert werden und wie die Aufteilung der Mittel zwischen den ESF+-Mitteln (max. 40 %) und den Kofinanzierungsmitteln (mind. 60 %) erfolgt. Welche Ziele und Maßnahmen sind mit dieser Förderung verbunden? Bitte um Aufschlüsselung der Projekte und Benennung des Verfahrens. - Zu Nr. 9: Sind über die Zuschüsse an die Fachstelle Suchtprävention weitere Förderungen geplant, wenn ja welche? (Bitte entsprechend aufschlüsseln) - Zu Nr. 10: Inwiefern ist durch den Ansatz eine Ausweitung des Drugchecking-Angebots geplant? (Wenn möglich in Proben angeben.) - Zu Nr. 11: Bitte Ist-Werte für 2024/25 angeben. Wird durch die Kürzung das Angebot eingeschränkt, wenn ja in welchem Umfang/welche Angebote sind betroffen? - Zu Nr. 12: Bitte listen Sie die Ist-Werte für die Mittelvergabe der	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 62 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 64 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen auf. – Was ist die Ursache dafür, dass die Mittel für die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen im Jahr 2026 um 800.000 Euro gekürzt werden? Stellen Sie bitte die Patient*innenzahlen dar und was eine Kürzung in dieser Größenordnung für die Patient*innen bedeuten würde. – Wie viele wohnungslose Menschen wurden im vergangenen Jahr durch die medizinische Versorgung tatsächlich erreicht? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Angebote der medizinischen Versorgung für wohnungslose Menschen noch gezielter bekannt zu machen? – Welche spezifischen Maßnahmen werden ergriffen, um nicht-deutschsprachige wohnungslose Menschen über die medizinischen Versorgungsangebote zu informieren und sicherzustellen, dass auch diese Zielgruppe erreicht wird? • Zu Nr. 13: – Bitte listen Sie die Ist-Werte für die Mittelvergabe der Krankenwohnungen inkl. Palliativversorgung auf. – Wie viele Plätze und Krankenwohnungen werden konkret geschaffen? Bitte auflisten nach Kranken- und Palliativplätzen. – Im Rahmen des IGP-Titels wurde das gesamte Handlungsfeld Palliativ, Hospiz und Pflege verlagert. Welche konkreten Projekte aus diesem Handlungsfeld wurden im Jahr 2024/2025 gefördert? In welcher Höhe sollen diese Projekte im Jahr 2025 weiter gefördert werden? • Zu Nr. 15: Welche konkreten Projekte sollen in welcher Höhe gefördert werden? • Zu Nr. 18: Welche konkreten Projekte sollen in welcher Höhe gefördert werden? • Zu Nr. 21: Bitte um Gesamtbericht zur Förderung. Woraus resultieren die sinkenden Ansätze? Wie kann das Angebot in sozial belasteten Stadtteilen trotz Kürzungen aufrechterhalten werden? • Zu Nr. 22: Welche konkreten Projekte sollen in welche Höhe gefördert werden (bitte auflisten), welche Auswirkungen haben die Kür-		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					zungen um ca. 300.000 Euro auf die einzelnen Maßnahmen jeweils zum Vorjahr (2025) und was bedeutet dies für die Umsetzung der Berliner Suizidpräventionsstrategie? Die Telefonseelsorge ist seit Jahren chronisch unterfinanziert – wird sie von Kürzungen ausgenommen? Erachtet die SenWGP die Fachstelle für Suizidprävention als zwingend notwendiges Projekt zur Umsetzung der Berliner Suizidpräventionsstrategie? • Zu Nr. 25: Bitte um Erläuterung der Zielsetzung, Planungskonzept von Maßnahmen und Aufschlüsselung nach Trägerschaft der Ansätze für 2026/2027. Welche Projekte sollen in welcher Höhe gefördert werden? Woraus resultieren die sinkenden Ansätze? • Zu Nr. 28: Woraus resultieren die sinkenden Ansätze?		
	c)	91	0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen 1. In welchem Umfang wurde für die in diesem Titel finanzierten Projekte jeweils eine Tarifvorsorge für die Abbildung der Tarifentwicklung für die Jahre 2026 und 2027 getroffen? 2. Mit welcher Begründung werden die TA 2, 4, 6, 22 und 26 ab 2026 in das IGP verlagert? 3. Warum wurde der TA 8 „Kofinanzierung des Landes für Projekte“ geschaffen? Bitte auflisten welche Projekte in welchem Umfang zusammen mit welchen Partnern finanziert werden. Wo waren diese Projekte zuvor im Haushalt etatisiert? 4. Wie begründet sich die Kürzung im TA 9 „Maßnahmen der Suchtprävention“ um 323.710 Euro in 2026 gegenüber 2025? Wie soll die Arbeit der über diesen TA finanzierten Fachstelle für Suchtprävention im vollen Umfang erhalten und das Personal gehalten werden? 5. Hält die Senatsverwaltung den in TA 10 „Fortführung eines Projekts analysegestützte Beratung – Drugchecking“ eingestellten Ansatz in den Jahren 2026 und 2027 für ausreichend, um die Nachfrage beim Projekt Drugchecking zu bedienen? Falls nicht, warum wird das Projekt nicht ausgeweitet? 6. Welche Angebote im TA 11 „Maßnahmen zur Suchtprävention im Partysetting“ sind konkret von welchen Auswirkungen durch die Kürzungen betroffen?	Die Linke	Bericht Nr. 62 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 64 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					7. Inwiefern ergibt sich bei den im TA 12 „Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen“ verbliebenen Projekten eine Verstärkung oder Kürzung im Vergleich zum Jahr 2025? 8. Welche einzelnen Projekte werden im TA 13 „Krankenwohnungen inkl. Palliativversorgung“ in welchem Umfang finanziert? Bitte jeweils die Ansätze von 2025, 2026 und 2027 angeben. Bitte zudem angeben, ob und in welcher Höhe die Koordinierungsstelle zur Versorgung Wohnungsloser mit lebensbegrenzender Erkrankung in Berlin (KoWohl) aus diesem TA finanziert wird. Falls sie nicht aus diesem Titel finanziert wird, bitte angeben, wo sie stattdessen etatisiert ist. 9. Bitte um Darstellung, was im TA 14 „Caritas Ambulanz am Bahnhof Zoo“ mit dem Aufwuchs konkret zusätzlich finanziert werden soll. 10. Ist der TA 15 „Cannabisbezogene Maßnahmen der Prävention und Frühintervention“ für die Fachstelle für Suchtprävention Berlin vorgesehen, um die in 2025 gestarteten Maßnahmen zur Prävention von Nikotin- und Cannabiskonsum fortzusetzen? Falls ja, warum wurde dafür ein eigener TA geschaffen, der zu Mehraufwand bei Beantragung und Prüfung erzeugt? 11. Wie begründet sich die Kürzung im TA 21 „Landesprogramm für integrierte Gesundheit“? Welche Auswirkungen hat die Kürzung insbesondere für die Beschäftigten? Muss ggf. Personal abgebaut werden? 12. Welche einzelnen Projekte werden aus dem TA 25 „Versorgung/Beratung nach häuslicher, geschlechtsspezifischer Gewalt; proaktives Beratungsangebot; Ausbau traumatherapeutische Versorgung“ finanziert und wo konkret werden die Kürzungen realisiert mit welcher Konsequenz für die betroffenen Projekte?		
d)	91	0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Bitte um Darstellung der Ansätze/Ist-Werte aller Vorhaben (unter Angabe der zugehörigen Nr.) in 2024 und 2025. 2. Bitte um Darstellung aller neuen Maßnahmen in diesem Titel unter Angabe der jeweiligen Nr., des Ansatzes sowie des damit verbundenen Zwecks, der Ziele, der Umsetzungskonzepte, Art bzw. Um-	AfD	Bericht Nr. 62 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 64 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					fang und Fristen der zu erbringenden Leistungen sowie der Träger. 3. Bitte um Darstellung aller Vorhaben (unter Angabe der jeweiligen Nr.), die im neuen Doppelhaushalt 2026/27 entfallen, einschließlich einer Erläuterung über die Mittelverwendung, die Zielerreichung und Wirksamkeit der Maßnahmen, vorliegenden Evaluationsergebnisse sowie der Begründung für den jeweiligen Entfall. 4. Warum werden die mittel bei Nr. 25, Versorgung/Beratung nach häuslicher, geschlechtsspezifischer Gewalt; proaktives Beratungsangebot; Ausbau traumatherapeutische Versorgung, reduziert? 5. Was kann über die Zielerreichung und den Erfolg der Maßnahme Nr. 28, Senioren fit @home 2BWork, berichtet werden und anhand welcher Indikatoren stellt sich dies (nachweislich) dar?		
ÄA	91	0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 14.132.000 Ansatz 2027: 15.279.000 VE 2026: 5.510.000 VE 2027: 2.322.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE		LINKE	
<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>		<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>	
2026: + 7.993.000 2027: + 7.738.000 <i>a) Begründung</i> Stärkung der Förderung um prognostische Personalausgabensteigerungen von 3% je Jahr für von Personalausgaben betroffene TA, 40.000 € je Jahr für HaLT, 160.000 € je Jahr für Erstellung				2026: + 943.309 2027: + 877.547 <i>a) Begründung</i> TA 9: Bestehendes Angebot der Fachstelle zu sichern. TA 10: Erhöhung aufgrund des entsprechenden Bedarfs.		2026: + 350.000 2027: + 140.000 <i>a) Begründung</i> Rücknahme der Kürzungen bzw. Aufstockung der TA 9, TA 10, TA 11 und TA 28 sowie Gegenfinanzierung durch TA und Umbenennung des TA 9 zur Klarstellung, wer der die Zuwendung erhält.	
						AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>	
						2026: - 448.000 2027: - 858.000 VE 26: - 448.000 VE 27: - 858.000 <i>a) Begründung</i> TA Nr. 7, Sicherstellung der sprachlichen Verständigung im Gesundheitsbe-	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
Landeskonzeption Suizidprävention, 500.000 € je Jahr für Krisenintervention bei jungen Erwachsenen, 300.000 € bzw. 230.000 € für Sicherstellung der sprachlichen Verständigung, 350.000 € für Maßnahmen der Suchtprävention, 50.000 € für Drugchecking, 50.000 € für Suchtprävention Partysetting, 40.000 € für Interkulturelle Öffnung, 20.000 € für Kinder psychisch kranker Eltern, 150.000 € für Beratung nach häuslicher Gewalt				TA 15: Gegenfinanzierung	b)		<i>reich mit nicht deutschsprachigen Zuwanderern</i>
				TA 25: Hoher Bedarf an Versorgungs- und Beratungsangeboten durch die Umsetzung der Istanbul Konvention.	TA 9 „Maßnahmen der Suchtprävention“ Ansatz 2026: 1.100.000 Ansatz 2027: 1.200.000 Der TA wird in „Fachstelle für Suchtprävention“ umbenannt.		Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung selbst prognostizierten, mittelfristig rückläufigen Zuwanderungszahlen erscheint die Beibehaltung des bisherigen Ansatzes ausreichend. Damit wird eine bedarfsgerechte Versorgung gesichert, ohne zusätzliche Haushaltsmittel über das notwendige Maß hinaus einzusetzen.
				TA 27: Wiederaufnahme und vollumfänglich finanziert durch das Land Berlin, um Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit anbieten zu können.	TA 10 „Fortführung eines Projekts analysengestützte Beratung – Drugchecking“ Ansatz 2026: 218.000 Ansatz 2027: 325.000		
<i>b) Anpassung der Tabelle (S.91)</i>				TA 29 (Neu): Verstetigung der Tarifanpassungen.	TA 11 „Maßnahmen der Suchtprävention im Partysetting“ Ansatz 2026: 210.000 Ansatz 2027: 370.000		TA Nr. 15, Cannabisbezogene Maßnahmen der Prävention und Frühintervention
TA 1: Woche der seelischen Gesundheit 2026: 8.700 2027: 8.700				<i>b) Anpassung der Tabelle</i> TA 9: Neufassung eines Teilansatzes: „Fachstelle Suchtprävention“ 2026: 1.125.000 € 2027: 1.200.000 €	TA 15 „Cannabisbezogene Maßnahmen der Prävention und Frühintervention“ Ansatz 2026: 100.000 Ansatz 2027: 100.000		Die Beibehaltung des bisherigen Ansatzes gewährleistet wirksame Prävention und Frühintervention, ohne den tatsächlichen Bedarf zu überschreiten. Eine deutliche Mittelerhöhung ist angesichts der warnenden Stellungnahmen aus Kinder- und Jugendmedizin sowie der politischen Unsicherheit um das Cannabisgesetz (u. a. Rückabwicklungsankündigungen der CDU/CSU) nicht sachgerecht und haushalterisch nicht vertretbar.
TA 2: Förderung von Tabea e. V. 2026: 61.500 2027: 63.000				TA 10 2026: 263.000 € 2027: 275.000 €	TA 28 „Senioren fit @home 2Bwerk“ 2026: 300.000 2027: 300.000		
TA 3: Zuwendungen im Bereich Gesundheitswirtschaft 2026: 336.000 2027: 336.000				TA 15 2026: 0 € 2027: 300.000 €	<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE		TA Nr. 28, Senioren fit@home 2Bwerk
TA 4: Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung/ Anonymer Krankenschein 2026: 5.600.000 2027: 5.725.000				TA 25 2026: 450.000 € 2027: 450.000 €			Die Maßnahme befindet sich noch in einer sehr frühen Umsetzungsphase (Vgl. Bericht 62 der Sammelvorlage). Bislang liegen keine belastbaren Evaluationsergebnisse oder Indikatoren zur Zielerreichung vor. Gleichzeitig existieren in Ber-
				TA 27			

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
TA 5: Aktionsprogramm Gesundheit 2026: 1.543.300 2027: 1.579.400 TA 6: Berlin bewegt sich 2026: - 2027: - TA 7: Sicherstellung der sprachlichen Verständigung im Gesundheitsbereich mit nicht deutschsprachigen Zuwande- rern 2026: 2.000.000 2027: 2.200.000 TA 8: Kofinanzierung des Landes für Projekte 2026: 2.852.000 2027: 2.852.000 TA 9: Maßnahmen der Suchtprävention 2026: 1.150.700 2027: 1.178.400 TA 10: Fortführung eines Projekts analy- segestützte Beratung 2026: 256.700 2027: 261.700 TA 11: Maßnahmen der Suchtprävention im Partysetting 2026: 250.000 2027: 250.000				2026: 100.000 € 2027: 100.000 € TA 29 (Neu): „Tarifanpassung“ 2026: 543.309 € 2027: 577.547 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE			lin bereits etablierte Strukturen (Pfle- gestützpunkte, Beratungsstellen der Bezirke und Krankenkassen), die entsprechende Leistungen anbieten. Eine zusätzliche Projektförderung würde Doppelstruktu- ren schaffen. b) TA Nr. 7 2026: -200.000/ 2027: -400.000 TA Nr. 15 2026: -98.000/2027: -298.000 TA Nr. 28 2026: -150.000/ 2027: -160.000 Gegenfinanzierung. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
TA 12: Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen 2026: 215.100 2027: 220.200								
TA 13: Krankenwohnungen inkl. Palliativversorgung 2026: 1.597.500 2027: 1.720.400								
TA 14: Caritas Ambulanz Bahnhof Zoo 2026: 681.000 2027: 711.700								
TA 15: Cannabisbezogene Maßnahmen der Prävention und Frühintervention 2026: 200.000 2027: 400.000								
TA 16: Projekte zur interkulturellen Öffnung im Gesundheitswesen 2026: 329.400 2027: 336.400								
TA 17: Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung 2026: 225.000 2027: 240.000								
TA 18: Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Verhaltenssüchten 2026: 300.000 2027: 320.000								
TA 19: Förderung Projekt Kinder psy-								

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				chisch kranker Eltern 2026: 226.700 2027: 231.700			
				TA 20: Projekt Förderung der psychi- schen Gesundheit 2026: 340.000 2027: 350.000			
				TA 21: Landesprogramm für Integrierte Gesundheit 2026: 1.680.000 2027: 1.715.000			
				TA 22: Suizidprävention 2026: 400.000 2027: 415.000			
				TA 23: Projekte zur psychosozialen Ver- sorgung von Menschen mit besonderen Bedarfen 2026: 90.000 2027: 90.000			
				TA 24: Umsetzung der vertraulichen Spurensicherung und Dokumentation nach sexueller Gewalt und Misshandlung (§27 i.V.m. §132k SGB V) 2026: 320.000 2027: 330.000			
				TA 25: Versorgung/Beratung nach häus- licher, geschlechtsspezifischer Gewalt; pro-aktives Beratungsangebot; Ausbau traumatherapeutische Versorgung			

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
2026: 460.800 2027: 471.900 TA 26: Aufbau Anlaufstellen für Betroffene von Long/Post Covid, Post Vac 2026: 350.000 2027: 350.000 TA 27: Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion 2026: - 2027: - TA 28: Senioren fit @home 2BWerk 2026: 150.000 2027: 160.000 TA 29: Krisenintervention für junge Heranwachsende 2026: 500.000 2027: 500.000 <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich angenommen mit CDU, SPD und LINKE gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE								
65.		95	0920	68410 (neu)	Partizipationsmaßnahmen	Mit welchen Ausgaben und Maßnahmen ist im Rahmen des Titels zur Erhöhung der Partizipation von Menschen mit Migrationserfahrung und Geflüchteten am Gesundheitssystem zu rechnen? Bitte beziffern Sie projekt- und maßnahmenscharf die geplanten Ausgaben und erläutern Sie, wie diese Mittel im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter verwendet werden, insbesondere im Hinblick auf den Ausgleich höherer Ausgaben durch Verstärkungsmittel.	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 63

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
66.	a)	95	0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	1. Bitte Auflistung aller Projekte mit jeweiliger Fördersumme, die über das IGP 2024 und 2025 finanziert werden. Bitte Erläuterung der ggf. jeweiligen Aufwüchse und Absenkungen in den Jahren 2026 und 2027. Bitte um Aufschlüsselung nach Handlungsfeld. 2. Bei welchen IGP-Projekten sind Kürzungen in welcher Höhe vorgesehen? Welche Kriterien werden oder wurden für die Entscheidungen zur Kürzung angesetzt? Gibt es Projekte, die komplett aus der Förderung rausfallen? Welche neuen Projekte werden in die IGP-Förderung aufgenommen? In welcher Höhe sind Mittel für Tarifsteigerungen vorgesehen? 3. Mit welchen Summen werden die Projekte Tabea e.V., Clearingstelle, Berlin bewegt sich, Suizidprävention, Anlaufstellen Post Covid, die aus dem Titel 68406 in das IGP gewechselt sind, in 2026 und 2027 je gefördert? Sind von den Kürzungen nur die bisherigen IGP-Projekte betroffen oder auch die Projekte, die aus dem Titel 68406 überführt worden sind? 4. Welche Projekte /Träger werden im Bereich Essstörungen mit welcher Summe (bitte im Vergleich zum Vorjahr aufführen) gefördert? Wie viele Stellen (VZÄ) können durch diese Förderungen finanziert werden? 5. Welche Projekte/Träger werden im Bereich Suizidprävention mit jeweils welcher Summe gefördert (bitte im Vergleich zum Vorjahr aufführen)? 6. Erhält die Telefonseelsorge einen Aufwuchs im Vergleich zur Förderung der letzten Jahre? 7. Sind Kürzungen in der Suchthilfe geplant, obwohl diese im PsychKG verankert ist? 8. Wie viel Mittel werden im Vergleich zum Doppelhaushalt 24/25 für Drogenkonsumräume bereitgestellt? Wie viele Mittel wurden 2024 und Stand jetzt 2025 für Drogenkonsumräume verausgabt. Bitte aufschlüsseln nach Material-, Personal- und Mietkosten. Wie viele Räume (stationär und mobil) können damit jeweils mit welchen Öffnungszeiten finanziert werden, welche Träger betreiben diese und wo befinden sich diese? Wie viele Personen wurden in	CDU, SPD	Bericht Nr. 64 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 66 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Drogenkonsumräumen in den Jahren 2024 und Stand 2025 berlinweit versorgt? Wie schätzt die Senatsverwaltung den Bedarf in den kommenden Jahren ein? Bitte begründen. Wie hat sich die Zahl der Drogentoten in 2023, 2024 und 2025 entwickelt? Was plant der Senat, um die Anzahl der Drogentoten in Berlin zu senken? Welche Einrichtungen werden hier mit je welchen Beträgen finanziert? 9. Wie weit fortgeschritten sind die Verhandlungen über einen neuen Rahmenfördervertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren?		
	b)	95	0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden • Bitte die Projekte pro Handlungsfeld und der jeweiligen geplanten Mittel pro Projekt auflisten. • Ist eine Veränderung der Anzahl der Projekte im Vergleich zu 2024/2025 geplant? Wenn ja, projektscharfe Darstellung der Veränderungen im Vergleich zu 2024/2025 inkl. Zuwendungshöhe. • Die folgenden Projekte wurden vom 68406 in den Titel 68431 verlagert: TA 2: Förderung Tabea e.V., TA 4: Clearingstelle für gesundheitliche Versorgung, TA 6: Berlin bewegt sich, TA 22: Suizidprävention, TA 26: Long/Post-Covid. Bitte auflisten, in welcher Höhe und in welchem Handlungsfeld diese Projekte weiterhin hier abgebildet sind. • Darstellung der Vorsorge der Tarifmittelmehrbedarfe innerhalb des Titels. Inwiefern sind in den Mitteln Tarifsteigerungen eingepreist und wie stellt der Senat sicher, dass Übertragungen von Tarifsteigerungen nicht zu einer faktischen Kürzungen des bestehenden Angebots führen? • Wie stellt sich die Soll-Veränderung im Vergleich zu 2025 für die jeweiligen Handlungsfelder und Projekte dar - unter Berücksichtigung der Überführung der genannten Projekte aus 68406 in das IGP. • Das Haushaltsfeld Altenhilfe, Pflege und hospizliche Strukturen wird ab 2026 von Titel 68431 (IGP) nach Kap. 0930, Titel 68406 übertragen. Welcher Betrag wird dadurch aus dem IGP herausgelöst? Decken sich die Mittel, die aus Titel 68406 in das IGP übertragen werden, mit den Mitteln, die durch das Herauslösen des	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 64 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 66 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Haushaltsfeldes Altenhilfe, Pflege und hospizliche Strukturen aus dem IGP in einen anderen Titel verschoben werden? • Sieht der Senat weniger Bedarfe in Berlin, insbesondere im Handlungsfeld Drogen und Sucht oder wie werden die Kürzungen gerechtfertigt? • Wofür sind die VEs geplant? • In welchem Umfang stehen in den Jahren 2026 und 2027 Mittel aus dem Sicherheitsgipfel zusätzlich zur Fortführung der im IGP verankerten Maßnahmen bereit? Ergänzung im Rahmen der Beratung: • Haus der Hilfe: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung und wie wird nach Abschluss erfolgreicher Gespräche eine verlässliche Finanzierung sichergestellt?		
	c)	95	0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden 1. In welchem Umfang wurde für die in diesem Titel finanzierten Projekte jeweils eine Tarifvorsorge für die Abbildung der Tarifentwicklung für die Jahre 2026 und 2027 getroffen? 2. Mit welcher Begründung wird das Handlungsfeld Altenhilfe, Pflege, hospizliche Strukturen in das Kapitel 0930 / 68406 verlagert? 3. In welchem Umfang werden die aus dem Titel 68406 übertragenen TA im IGP in den Jahren 2026 und 2027 veranschlagt, insbesondere die Clearingstelle? 4. Wie hoch fällt das Ist für die Clearingstelle im Jahr 2024 aus und wie ist der aktuelle Stand für 2025? Wie hat sich der Bedarf hinsichtlich der Übernahme von medizinischen Leistungen für Menschen ohne Krankenversicherung entwickelt? 5. Nach den Verschiebungen in das bzw. aus dem IGP ergibt sich eine Kürzung von über 4 Mio. Euro für die verbliebenen Projekte. Verteilt sich die Kürzung pauschal auf die verbliebenen Projekte oder sind einzelne Projekte überproportional betroffen? Welche Projekte sind ggf. von einer überproportionalen Kürzung in welchem Umfang betroffen? 6. Bitte für jedes im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) geförderte Projekt auflisten (jeweils für 2025 und 2026), in welcher Höhe Mittel im Doppelhaushaltswurf vorgesehen sind.	Die Linke	Bericht Nr. 64 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 66 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Zudem bitte darstellen in welcher Höhe jeweils Mittel in den Jahren 2024 und 2025 beantragt wurden und in welcher Höhe Mittel jeweils genehmigt wurden. 7. Bitte um Auflistung aller im Rahmen des Sicherheitsgipfels finanzierten Maßnahmen und Projekte und der jeweils verausgabten Mittel in den Jahren 2024 und 2025. Wo und in welchem Umfang werden die im Rahmen des Sicherheitsgipfels geförderten Maßnahmen und Projekte ab 2026 im Haushalt abgebildet? 8. In welcher Höhe sind Mittel für die Ausweitung der Öffnungszeiten bestehender Drogenkonsumräume und den Ausbau der Beratungs- und Kontaktstellen vorgesehen? Hält der Senat an dem Ziel der Ausweitung des Angebots fest?		
	d)	95	0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden 1. Bitte um Bericht zu den Entwicklungen und den aktuellen Umsetzungsstand in den drei Handlungsfeldern – Handlungsfeld besondere gesundheitliche Bedarfslagen, – Handlungsfeld HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatiden – Handlungsfeld Verbundsystem Drogen und Sucht unter Auflistung der jew. Zuwendungsempfänger. 2. Wie verteilen sich die Mittel auf die drei Handlungsfelder? 3. Bitte um synoptische Darstellung aller Projektträger und der jew. Förderansätze/tatsächlichen Mittelverwendung in 2024 und 2025. 4. Bitte um Darstellung aller Maßnahmen (unter Angabe der jew. Handlungsfelder) in diesem Titel, bei denen Mittelaufwüchse eingeplant sind. 5. Wie beurteilt der Senat die Zielerreichung im DHH 2024/25? 6. Wer ist für die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendungen dieses Titels zuständig und wie oft erfolgten solche bisher? 7. Welche belastbaren Indikatoren werden für die Erfolgskontrolle der geförderten Maßnahmen herangezogen, insbesondere vor dem Hintergrund unvollständiger bzw. anonymer Nutzungsdaten? Bitte um Erläuterungen/Bericht über die bisher stattgefundenen Erfolgskontrollen bzw. die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen Nach welchen Kriterien wurden die Ansätze für 2026/27 (34,5 Mio. EUR/34,8	AfD	Bericht Nr. 64 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 66 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Mio. EUR) deutlich unterhalb der Vorjahresausgaben angesetzt? 8. Wie erklärt der Senat die starke Anhebung der VE ab 2030 (über 40 Mio. EUR) gegenüber den niedrigeren Ansätzen in den Planjahren? 9. Unter welchen Bedingungen sollen die Sperrvermerke in beiden Planjahren aufgehoben werden?		
ÄÄ	95	0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	Ansatz 2026: 34.500.000 Ansatz 2027: 34.775.000 VE 2026: 184.743.000 VE 2027: 166.681.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 6</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>	
2026: + 2.052.000 2027: + 2.661.000 VE 26: + 11.647.000 <i>Davon fällig:</i> 2027: 37.436.000 2028: 38.335.000 2029: 39.256.000 2030: 40.199.000 2031: 41.164.000 VE 27: + 34.425.000 <i>Davon fällig:</i> 2028: 38.335.000 2029: 39.256.000 2030: 40.199.000				2026: + 1.326.362 2027: + 1.314.496 <i>a) Begründung</i> Verstetigung der Tarifierpassungen, damit soziale Träger*innen, darunter u.a. Dick & Dünn, Tabea e.V. und die Clearingstelle, abgesichert sind. b) Anpassung der Tabelle 2026: 35.826.362 € 2027: 36.089.496 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	2026: + 6.568.000 2027: + 6.293.000 <i>a) Begründung</i> Rücknahme der Kürzungen im IGP sowie Verstetigung der Verstärkungsmittel für den Sicherheitsgipfel. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE	2026: +/- 0 2027: +/- 0 <i>a) Begründung</i> Schwerpunktsetzung/Priorisierung (titelneutral) b) Handlungsfeld „Verbundsystem Drogen vista – Projekte für Kinder aus suchtbelasteten Familien, 2026: +100.000/2027: +100.000 NACOA Deutschland – Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien e. V. 2026: +30.000/2027: +30.000	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
2031: 41.164.000 2032: 42.152.000 a) Begründung Stärkung der Förderung um prognostische Personalausgabensteigerungen, entspr. Anpassung der VE, Ausweis von fünf Maßnahmen als TA bei 68406 (wie im DHH 2024/25) b) Aufnahme in die textlichen Erläuterungen (S.95): Darunter sind Mittel für „Dick und Dünn“ (zusätzlich 70.000 € in 2026 bzw. 80.000 € in 2027), „Open Med“ (zusätzlich 45.000 € je Jahr) und konfessionelle Telefonseelsorge (zusätzlich 30.000 € je Jahr) enthalten. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich angenommen mit CDU, SPD und LINKE gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE						c) Die Mittel sind entsprechend der im Änderungsantrag vorgenommenen Schwerpunktsetzung zu verwenden. Für die übrigen Maßnahmen des Titels erfolgt die Mittelverteilung unter Berücksichtigung der verbleibenden Ansätze und der haushaltsrechtlichen Zweckbindung. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD		
67.	a)	100	0920	68450	Förderung der Berufsausbildung	Bitte um Erläuterung der Kalkulation: Wie viele Plätze welches Ausbildungsganges können finanziert werden? Wie hat sich die Nachfrage nach den Ausbildungsplätzen jeweils seit 2022 entwickelt?	CDU, SPD	Bericht Nr. 65 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 67 a) - b)</i>
	b)	100	0920	68450	Förderung der Berufsausbildung	1. Wie hoch ist der Ist-Werte für 2025 und wie erklären sich etwaige Abweichungen vom Ansatz im DHH 2024/25? 2. Welche konkreten Maßnahmen wurden mit den Mitteln zur Förderung der Berufsausbildung finanziert? 3. Wie viele Auszubildende haben von den Maßnahmen profitiert, und	AfD	Bericht Nr. 65 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 67 a) - b)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					in welchen Berufsfeldern (Pflege, MTA, OTA etc.)? (Sofern dazu die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind, wann wird damit gerechnet?) 4. Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel im Hinblick auf die Fachkräftesicherung im Gesundheits- und Pflegebereich in Berlin? Welche Evaluationsmechanismen wurden zur Erfolgskontrolle der Maßnahmen eingesetzt, und welche Ergebnisse liegen vor? 5. Wie erklärt sich der Mittelansatz im Doppelhaushalt 2026/27 und welche strategischen Ziele verfolgt der Senat damit?		
ÄA		100	0920	68450	Förderung der Berufsausbildung Ansatz 2026: 5.372.000 Ansatz 2027: 5.372.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE <u>Änderungsantrag Nr. 8</u> 2026: - 720.000 2027: - 720.000 <i>a) Begründung</i> Gegenfinanzierung, Anpassung an das niedrigere IST, weil die Berufsausbildung zunehmend akademischer wird und zudem zwei Schulen geschlossen haben. <i>b) Anpassung der Tabelle</i> 2026: 4.652.000 € 2027: 4.652.000 €	LINKE	AfD	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD und LINKE gegen GRÜNE bei Enthaltung AfD			
68.	a)	101	0920	68487	Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz Wie stellen sich das voraussichtliche IST 2025 und der aktuelle Mittelabfluss dar? Bitte um Erläuterung des Aufwuchses in 2026. Welche Träger können mit jeweils wie vielen VZÄ an welchen Standorten ihr Angebot ausweiten bzw. weitere Beratungsstellen eröffnen? In welchen Bezirken gibt es jeweils welche Beratungsstellen mit jeweils wie vielen VZÄ und welchen Öffnungszeiten? Erfüllt Berlin mit diesem Doppelhaushalt den gesetzlich festgelegten Beratungsschlüssel?	CDU, SPD	Bericht Nr. 66 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 68 a) - c)</i>
	b)	101	0920	68487	Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz Wie wird der zwischenzeitlichen Rückgang (2026) und der anschließende Wiederanstieg (2027) der Mittel begründet? Worauf basiert die Grundlage der Berechnung?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 66 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 68 a) - c)</i>
	c)	101	0920	68487	Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz 1. Wie hoch fällt das Ist für das Jahr 2025 derzeit aus? 2. Ist es weiterhin geplant, die qualifiziert gesperrten Mittel für das Jahr 2025 im Hauptausschuss zu entsperren? 3. Welche Möglichkeiten bestehen für Träger der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, bisher nicht verausgabte Mittel aus dem Jahr 2025 zu beantragen? 4. Welche Beratungsstellen (kommunal und freie Träger) werden aus diesem Etat finanziert? Bitte aufschlüsseln je Bezirk und nach Personalkosten sowie Sach- und Verwaltungsgemeinkosten. 5. Welche neuen Beratungsstellen sind 2025 an den Start gegangen und welche Beratungsstellen wurden 2025 personell aufgestockt?	Die Linke	Bericht Nr. 66 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 68 a) - c)</i>
69.	a)	103	0920	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen Zu Nr. 3: Warum beschränkt sich die Förderung auf 2026? Warum erfolgt in den Jahren 2025 und 2027 keine Förderung?	CDU, SPD	Bericht Nr. 67 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 69 a) - c)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	b)	103	0920	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	Zu Nr. 1: Welche Maßnahmen wurden hierdurch in den Jahren 24/25 finanziert (Bitte auch Ist-Summen für 2024/25 angeben)?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 67 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 69 a) - c)
	c)	103	0920	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	Bitte um Erläuterungen zum neu vorgesehenen Vorhaben Nr. 3, Frühinterventionsprojekt für Kinder und Jugendliche mit riskantem Alkoholkonsum (HaLT), im Rahmen der zweckgebundenen Zuschüsse – insbesondere zur geplanten Mittelverwendung, zur Zielgruppe und Reichweite, zur vorgesehenen Umsetzung durch Träger sowie zur angestrebten Wirksamkeit und zur Einbindung in bestehende suchtpreventive Strukturen.	AfD	Bericht Nr. 67 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 69 a) - c)
ÄA		103	0920	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	Ansatz 2026: 573.000 Ansatz 2027 550.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE	
					Änderungsantrag Nr. 9 2026: + 150.000 2027: + 150.000 a) Begründung TA 2: Wiederaufnahme und vollumfänglich finanziert durch das Land Berlin, um Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit anbieten zu können. b) Anpassung der Tabelle TA 2		AfD	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
				2026: 150.000 € 2027: 150.000 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE, LINKE und AfD				
70.	a)	104	0920	68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	Welche Einrichtungen werden in welchem Umfang gefördert? Bei welchen Einrichtungen gab es Veränderungen in welchem Umfang?	CDU, SPD	Bericht Nr. 68 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 70 a) - b)</i>
	b)	104 91	0920	68492 68406 (TA 8)	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	• Welche Projekte wurden hierdurch in den Jahren 24/25 finanziert (Bitte auch Ist-Summen für 2024/25 angeben)? • Wie viele Mittel sind aus dem Einnahmetitel in den Jahren 24/25 nicht abgerufen worden, weil die Projektbewilligung nicht erfolgen konnte? • Bis wann ist geplant, die Projekte für die Jahre 2024/25 zu bescheiden, da es in den letzten Jahren wiederholt zu Verzögerungen kam und die Projekte erst (spät) während des laufenden Betriebs Finanzierungszusagen erhielten? Welche Projekte könnten in 2028 wegfallen, wenn sie in 2026/27 keine Förderung erhalten? • Wer entscheidet nach welchen Vorgaben über die Bezuschussung mit ESF-Mitteln?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 68 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 70 a) - b)</i>
71.	a)	105	0920	68550	Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben	Zu Nr. 4: Bitte umfassende Erklärung des Teilansatzes: Woher kommt diese Förderung? Warum sind diese Mittel nicht im Wissenschaftshaushalt? Wo waren diese Mittel bisher abgebildet?	CDU, SPD	Bericht Nr. 69 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 71 a) - b)</i>
	b)	105	0920	68550	Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben	• Zu Nr. 4: Warum wurde das neue Projekt für Vorhalteleistungen im Bereich Embryonaltoxikologie geschaffen und welche konkreten Ziele sollen mit den Mitteln erreicht werden? • Zu Nr. 3: Warum werden die Mittel für die integrierten Organisationseinheiten des ehemaligen BBGes gekürzt und welche konkreten Auswirkungen hat diese Kürzung auf die bestehenden Programme	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 69 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 71 a) - b)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis	
					und Aufgaben? Gibt es konkrete Pläne zur Reduzierung von Projekten oder Umstrukturierungen in den integrierten Organisationseinheiten, um die Kürzung der Mittel zu kompensieren? Zu Nr. 5: Warum wird die Finanzierung der Ambulanz vollständig gestrichen, und welche Auswirkungen hat dies auf die Versorgung von Patient*innen mit ME/CFS und LongCovid? Gibt es bereits alternative Finanzierungsmöglichkeiten oder Ersatzprojekte, um diese Lücke zu füllen?			
72.		105	0920	68625	Zuschuss an das Klinische Krebsregister	Bitte konkrete Erläuterung des Aufwuchses mit Darlegung der gestiegenen Kosten. Gibt es Aktivitäten, um den extrem gestiegenen Kosten entgegenzuwirken?	CDU, SPD	Bericht Nr. 70
73.		106	0920	89162	KMV, Erneuerung der Heizungsleitungen, Olbendorfer Weg 70	Welcher Zeitrahmen ist für die Erneuerung der Heizungsleitungen am Olbendorfer Weg 70 vorgesehen? Wird der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin eingehalten oder gibt es Verzögerungen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 71
74.	a)	107	0920	89185	KMV, Erneuerung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen, Olbendorfer Weg 70	Im Doppelhaushalt 2024/2025 wurden die Mittel für die Erneuerung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen am Olbendorfer Weg 70 mit 4,5 Mio. Euro veranschlagt. Nun wurden die Kosten auf 8.930.000 Euro aufgestockt, mit der Möglichkeit einer weiteren Steigerung auf 11.157.838 Euro aufgrund baupreisindizierter Baukosten. Was sind die Gründe für diese fast doppelte Kostensteigerung und welche Faktoren haben zu dieser signifikanten Erhöhung geführt?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 72 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 74 a) - b)
	b)	107	0920	89185	KMV, Erneuerung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen, Olbendorfer Weg 70	Bitte um Erläuterungen und Darstellung der anfallenden Ausgaben unter entsprechender Zugrundelegung der zeitlich definierten Etappenschritte, dem Zeitpunkt der Fertigstellung sowie der fiktiven Gesamtkosten der jew. Bau-/Sanierungsmaßnahme (die sich aus der baupreisindexbasierten Hochrechnung der Gesamtkosten zum Fertigstellungszeitpunkt ergeben) – bezogen auf dieses Vorhaben sowie auf alle weiteren Bau-/Sanierungsvorhaben i. V. m. dem KMV.	AfD	Bericht Nr. 72 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 74 a) - b)
75.		107	0920	89186	KMV, Sanierung des Hauses 5, Olbendorfer Weg 70	- Wie ist der derzeitige Planungsstand der Sanierung des Hauses 5 am Olbendorfer Weg 70? Welche konkreten Schritte wurden bereits umgesetzt und welche befinden sich noch in der Planungsphase? - Welcher Zeitrahmen ist für die Sanierung des Hauses 5 am Olbendorfer Weg 70 vorgesehen? Wird der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin eingehalten oder gibt es Verzögerungen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 73

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
76.		108	0920	89187	KMV, Sanierung Sanitär und Heizungstechnik Hs 6 und 10	• Welche konkreten Ergebnisse hat die fachtechnische Stellungnahme zur Heizungstechnik aus dem Jahr 2024 erzielt? Gibt es eine detaillierte Aufschlüsselung der geschätzten Kosten in dieser Stellungnahme? • Warum wird für die Sanitärtechnik erst 2027 eine Bauplanungsunterlage erwartet? Gibt es Gründe für diese späte Fertigstellung der Planungsunterlagen, und inwiefern könnte dies die Sanierungsarbeiten verzögern? • Gibt es Risiken, dass sich die ursprünglich geschätzten Kosten von 4.410.000 Euro weiter erhöhen könnten, insbesondere angesichts der Verzögerungen bei der Planung der Sanitärtechnik? • Welche konkreten Zeitpläne bestehen für die verschiedenen Phasen der Sanierung der Sanitär- und Heizungstechnik in den Häusern 6 und 10? Sind alle Arbeiten geplant, um im vorgegebenen Zeitraum abgeschlossen zu werden?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 74
77.	a)	109	0920	89188	KMV, Sanierung Haus 7	• Wie ist der derzeitige Planungsstand der Sanierung des Hauses 7? Welche konkreten Schritte wurden bereits umgesetzt und welche befinden sich noch in der Planungsphase? • Welcher Zeitrahmen ist für die Sanierung vorgesehen? Wird der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin eingehalten oder gibt es Verzögerungen? • Da für die Umsetzung der Sanierung Ausweichkapazitäten in der Vollzugsinfrastruktur erforderlich sind - wie wird sichergestellt, dass diese Kapazitäten zur Verfügung stehen? Welche konkreten Schritte werden unternommen, um diese Kapazitäten bereitzustellen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 75 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 77 a) - b)
	b)	109	0920	89188	KMV, Sanierung Haus 7	Wie soll die Finanzierung der Sanierung des Hauses 7 realisiert werden, wenn nur ein Ansatz von 1.000 Euro etatisiert wurde, die Baukosten sich jedoch auf mindestens 2.430.000 Euro belaufen werden?	Die Linke	Bericht Nr. 75 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 77 a) - b)
78.	a)	109	0920	89360	Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für	Was ist das aktuelle IST 2025? Für welche Investitionen wurden die Mittel in den Jahren 2024 und 2025 abgerufen?	CDU, SPD	Bericht Nr. 76 Gemeinsamer

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Standardanpassungen (Investitionen)	Welche Bedarfe sieht der Senat in den Jahren 2026 und 2027? Ist die Anschaffung weiterer mobiler Konsumräume geplant? Welche Verzögerungen gab es bei der Anschaffung aktuell vorhandener Mobile (bitte begründen)? Welche Anpassungen sind geplant, um Einrichtungen an den zunehmenden Konsum von Crack in Form von Rauchen anzupassen?		Bericht zur lfd. Nr. 78 a) - c)
	b)	109	0920	89360	Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen)	• Welche Investitionen sind für 2026/2027 geplant und wie begründet der Senat die Reduzierung des Ansatzes? • Ist die Anschaffung von mobilen Angeboten (z.B. Konsummobil oder Rauchzelten) geplant, wenn nein, warum nicht?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 76 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 78 a) - c)
	c)	109	0920	89360	Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen)	1. Bitte um maßnahmenbezogene Aufschlüsselung/Darstellung der Mittelansätze und -verwendung in 2024 und 2025. 2. Wie hat sich die Zahl und Inanspruchnahme der Drogenkonsumräume/ Kontaktläden (separat) in den Jahren 2024/25 entwickelt? 3. Wie stellt sich der (zunächst in den besonders belasteten Innenstadtbezirken Mitte, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf geplante) beabsichtigte weitere Ausbau dar? 4. Liegt eine unabhängige Evaluation der bisher finanzierten Maßnahmen vor (z. B. Drogenkonsumräume, Konsummobile, Umbauten)? 5. Welche Indikatoren nutzt der Senat, um Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen zu messen? 6. Gibt es Zielwerte (z. B. Rückgang Drogentote, Nutzungszahlen, Entlastung öffentlicher Räume), an denen der Mitteleinsatz überprüft wird? Wie haben sich diese während des Zeitraumes 2023 bi 2025 entwickelt? Inwiefern führten die Vorhaben zu einer Reduzierung der Drogentotenzahlen in Berlin? 7. Wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt (Kosten pro Nutzer/Konsumvorgang, Kosten pro Einrichtung)? 8. Wie hoch ist der Anteil der Mittel, der in Investitionen (Umbauten, Fahrzeuge) fließt, im Vergleich zu laufenden Angeboten (Betrieb, Personal, Beratung)? 9. Wurden vor Bewilligung von Umbauten Alternativen (z. B. Nut-	AfD	Bericht Nr. 76 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 78 a) - c)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					zung bestehender Immobilien, mobile Angebote) geprüft? Welche? 10. Welche Maßnahmen konnten aufgrund von Immobilienmangel oder Fachkräftemangel nicht umgesetzt werden – und welche Kosten sind dadurch wirkungslos gebunden? 11. Warum wurden die im parlamentarischen Verfahren auf 401.000 EUR / 801.000 EUR erhöhten Ansätze 2024/25, nun für 2026/27 wieder auf 350.000 EUR/650.000 EUR abgesenkt? 12. Wie stellt der Senat sicher, dass die Mittel bedarfsgerecht verteilt werden und nicht projektgetrieben nach Einzelinitiativen? 13. Welche laufenden Betriebskosten entstehen aus den bisher finanzierten Umbauten? 14. Wie werden diese in den Jahren 2026/27 gedeckt – aus Titel 89360 oder aus anderen Ansätzen? 15. Ist absehbar, dass zusätzliche Mittelanforderungen im Nachtragshaushalt nötig werden?		
79.		110	0920, übergreifend	MG03, übergreifend	Transformationsfonds Bitte umfangreiche Erläuterung der MG03. In welchem Titel finden sich die Mittel, die das Land Berlin für den Krankenhaus-Transformationsfonds zur Verfügung stellt und stellt das Land Berlin sicher, dass es die Berliner Bundesmittel für den KHTF (130 Mio. Euro pro Jahr) vollständig abrufen wird? Welchen Betrag hält der Senat für eine erfolgreiche Transformation der Berliner Krankenhauslandschaft im Rahmen der Krankenhausreform für erforderlich? Reichen die auf Berlin entfallenen 2,6 Mrd. € für die nächsten zehn Jahren aus? Teilt der Senat die Ansicht, dass das Land Berlin bestrebt sein sollte, in den ersten vier Jahren, in denen der Bund seinen Anteil an den Transformationskosten von 50 % auf 70 % erhöht hat, einen hohen Eigenanteil des Landes vorzusehen, um von dieser Regelung optimal profitieren zu können? Ist die Zusage der erhöhten Förderung des Bundes auf einen Höchstbetrag pro Jahr begrenzt oder könnte das Land Berlin auch davon profitieren, wenn es theoretisch in den Jahren 2026 und 2027 einen Betrag von jeweils mehr als 130 Mio. € als Eigenanteil vorsähe? Wäre das Projekt „Wenckebach-Campus“ über den Transformationsfonds förderfähig?	CDU, SPD	Bericht Nr. 77

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
80.		110	0920, übergreifend	MG03, übergreifend	Förderung nach dem KHG i. V. m. dem LKG	Bitte um ausführliche Erläuterungen und Aufstellung aller unter der MG 03 fallenden Titel und Förderungen gem. KHG i. V. m. dem LKG. Sind die eingespeisten Mittel ausreichend, um die Berliner Krankenhäuser auskömmlich zu finanzieren?	AfD	Bericht Nr. 78
81.	a)	110	0920 (MG03)	89102	Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH	• Aus welchem Grund wird die Investitionspauschale für Vivantes gekürzt? Welche konkreten Maßnahmen oder geplanten Investitionen bei Vivantes können durch die Kürzung nicht oder nur eingeschränkt realisiert werden? • Welche Auswirkungen erwartet der Senat auf die Investitionsfähigkeit von Vivantes in Bezug auf Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen sowie Ersatzbeschaffungen? • Wie wird sichergestellt, dass trotz der Kürzung die in § 10 LKG vorgesehenen Investitionskosten und den Investitionskosten gleichstehenden Kosten (z. B. Darlehenstilgung, Zinsen, Nutzung von Anlagegütern) weiterhin gedeckt werden können? • Inwiefern berücksichtigt die Kürzung den aktuellen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der Vivantes-Kliniken?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 79 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 81 a) - c)
	b)	110	0920 (MG03)	89102	Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH	1. Wie begründet der Senat die Kürzung der Investitionspauschale für Vivantes um über 15 Prozent vor dem Hintergrund des wachsenden Investitionsstaus bei den Krankenhäusern? 2. Wodurch begründet sich die erhebliche Verpflichtungsermächtigung im dreistelligen Millionenbereich ab dem Jahr 2031? 3. Im Kapitel 2980 / 89235 „Zuschüsse für Investitionen aus dem Transformationsfonds an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger“ werden Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro in 2026 und 10 Mio. Euro in 2027 für den Landesanteil am Transformationsfonds eingestellt. Wie hoch sind die Mittel, die 2026 und 2027 aus dem Transformationsfonds von den Krankenhäusern abgerufen werden können? Geht der Senat davon aus, dass sämtliche Mittel, die aus dem Transformationsfonds an die Berliner Krankenhäuser über die Laufzeit des Fonds, im vollen Umfang durch die Krankenhäuser abgerufen werden können, oder muss davon ausgegangen werden, dass aufgrund fehlender Landesmittel nicht alle Mittel abgerufen werden können?	Die Linke	Bericht Nr. 79 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 81 a) - c)

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
	c)	110	0920 (MG03)	89102	Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH	Bitte um Darstellung der von der Vivantes GmbH gemeldeten erforderlichen (kurz-, mittel- und langfristigen) Investitionsmaßnahmen bzw. der jew. Investitionsbedarfe.	AfD	Bericht Nr. 79 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 81 a) - c)</i>
82.		111	0920 (MG03)	89132	Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH	- Aus welchem Grund wurden die bislang jährlich vorgesehenen Haushaltsmittel (2024/2025) für die Jahre 2026 und 2027 auf 0 Euro bzw. einen Merkposten von 1.000 Euro reduziert? Hat der Senat bereits alle nach § 14a KHG für Berlin verfügbaren Fördermittel vollständig abgerufen oder ist das Programm (für Berlin) damit faktisch abgeschlossen? - Welche Investitionsprojekte wurden bislang aus dem Krankenhauszukunfts fonds gefördert und in welcher Höhe? Welche Projekte stehen noch zur Umsetzung oder befinden sich im Antrags- oder Prüfverfahren? - Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der Mittelreduzierung auf die digitale Infrastruktur, die IT-Sicherheit sowie die Modernisierung von Vivantes? - Welche langfristige Strategie bspw über den Transformationsfonds verfolgt der Senat, um die nach Auslaufen des Krankenhauszukunfts fonds weiterhin bestehenden Investitionsbedarfe zu decken?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 80
83.		111	0920 (MG03)	89204 (neu)	Zuschlag zur Investitionspauschale	- Nach welchen Verfahren und Kriterien erfolgt die Vergabe dieser Zuschläge und wie wird die wirtschaftliche Vertretbarkeit im Sinne des § 12 LKG überprüft? - Wie gestaltet sich der Beantragungszeitraum, und wie werden die Krankenhausträger über die Antragsmodalitäten informiert? - Welche Krankenhäuser haben bislang einen Antrag gestellt, und welche Einrichtungen konnten bereits berücksichtigt werden? - Für welche Maßnahmen sind Zuschläge konkret vorgesehen – insbesondere im Hinblick auf die in § 12 LKG genannten Fördertatbestände sowie die im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) verankerten Förderlinien? Bitte einzeln auflisten und jeweils in welcher Höhe. - Welche fachliche und finanzpolitische Begründung liegt der Ein-	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 81

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						führung dieses neuen Titels zugrunde, obwohl bereits eine Investitionspauschale für Krankenhäuser besteht? Wie wird die Zweckbindung der Zuschläge gegenüber der bestehenden Investitionspauschale und den übrigen Förderlinien abgegrenzt, um Doppelstrukturen oder Überschneidungen zu vermeiden?		
84.	a)	111	0920 (MG03)	89218	Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	• Warum wird die Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger gekürzt? • Welche Auswirkungen erwartet der Senat auf die Versorgungssicherheit und die Investitionsfähigkeit der betroffenen Einrichtungen? • Welche Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger sind von der Kürzung besonders betroffen und welche geplanten Investitionen können dadurch nicht umgesetzt werden? Bitte auflisten nach Trägern. • Mit welchen Maßnahmen stellt der Senat sicher, dass die nichtöffentlichen Krankenhäuser trotz Kürzung ihre bauliche und technische Infrastruktur sowie Ausbildungsplätze angemessen sichern und weiterentwickeln können?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 82 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 84 a) - c)</i>
	b)	111	0920 (MG03)	89218	Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	1. Wie begründet der Senat die Kürzung der Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger um über 15 Prozent vor dem Hintergrund des wachsenden Investitionsstaus bei den Krankenhäusern? 2. Wodurch begründet sich die erhebliche Verpflichtungsermächtigung im dreistelligen Millionenbereich ab dem Jahr 2031?	Die Linke	Bericht Nr. 82 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 84 a) - c)</i>
	c)	111	0920 (MG03)	89218	Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	1. Bitte um Auflistung der Investitionspauschalen der einzelnen Krankenhausträger für die Jahre 2026/27. 2. Woraus resultiert die Kürzung der Investitionspauschale in 2026/27? 3. Wie wird sichergestellt, dass die Verpflichtungsermächtigungen nicht als haushaltspolitischer Spielraum genutzt werden, sondern der gesicherten Umsetzung konkreter Maßnahmen dienen?	AfD	Bericht Nr. 82 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 84 a) - c)</i>
85.		112	0920 (MG03)	89230	Zuschüsse für Investitionen aus dem Strukturfonds II an Krankenhäuser nichtöffentlicher	1. Bitte um Erläuterungen zu den jeweils realisierten strukturverbessernden Projekten in 2024 und 2025. 2. In welcher Höhe belief sich (2024 und 2025) insgesamt und jeweils für die einzelnen Projekte die anteilige Kofinanzierung des Landes?	AfD	Bericht Nr. 83

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
				Träger	3. In welcher Höhe wurden 2024 und 2025 Fördermittel beim BAS beantragt, bewilligt und in welcher Höhe ausgeschöpft?		
86.	a)	112	0920 (MG03)	89232	Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger • Aus welchem Grund wurden die bislang jährlich vorgesehenen Haushaltsmittel (2024/2025) für die Jahre 2026 und 2027 auf 0 Euro bzw. einen Merkposten von 1.000 Euro reduziert? Hat der Senat bereits alle nach § 14a KHG für Berlin verfügbaren Fördermittel vollständig abgerufen oder ist das Programm für Berlin damit faktisch abgeschlossen? • Welche Investitionsprojekte Berliner Krankenhäuser wurden bislang aus dem Krankenhauszukunfts fonds gefördert und in welcher Höhe? Welche Projekte stehen noch zur Umsetzung oder befinden sich im Antrags- oder Prüfverfahren? • Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der Mittelreduzierung auf die digitale Infrastruktur, die IT-Sicherheit sowie die Modernisierung der Krankenhäuser in Berlin? • Welche langfristige Strategie verfolgt der Senat, um die nach Auslaufen des Krankenhauszukunfts fonds weiterhin bestehenden Investitionsbedarfe zu decken?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 84 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 86 a) - b)</i>
	b)	112	0920 (MG03)	89232	Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger 1. Bitte um Ausweisung des Ist-Werts für 2025. 2. Welche Vorhaben konkret wurden gefördert? 3. Wie stellt der Senat sicher, dass die verfügbaren Bundesmittel aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser vollständig ausgeschöpft werden, insbesondere durch die rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung des Landesanteils gemäß § 14a KHG?	AfD	Bericht Nr. 84 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 86 a) - b)</i>
87.	a)	112	0920 (MG03)	89280	Zuschüsse für Investitionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger • Welche Maßnahmen zur Konzentration der akutstationären Versorgungskapazitäten werden finanziert? Inwiefern wird das Projekt flankiert durch Maßnahmen zur Verbesserung der Notfallversorgung, palliativen Strukturen oder durch telemedizinische Netzwerke, wie sie ebenfalls durch den Strukturfonds förderfähig sind? Was geschieht mit dem Standort des Franziskus-Krankenhaus nach dem Umzug? • Welche Maßnahmen werden zur Sicherstellung einer zweckentsprechenden Mittelverwendung und zur Erfolgskontrolle des Projekts ergriffen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 85 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 87 a) - b)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						- Welche Maßnahmen plant der Senat, um die betroffenen Beschäftigten und Patient*innen im Zuge der Konzentration und Umstrukturierung abzusichern? - Welche Lehren hat der Senat aus diesem Transformationsprojekt gezogen, um sie auf die anstehenden Transformationsprojekte im Krankenhaussektor Berlins anzuwenden?		
	b)	112	0920 (MG03)	89280	Zuschüsse für Investitionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	1. Was ist das Ist in 2025? 2. Bitte um Erläuterung zum aktuellen Umsetzungsstand der jew. Maßnahme und den jeweiligen Vorhabenplanung incl. der Mittelanträge für 2026/27.	AfD	Bericht Nr. 85 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 87 a) - b)
88.		113	0920 (MG32)	51168	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die verfahrensabhängige IKT	Werden die Maßnahmen ausschließlich aus den Haushaltsmitteln für den ÖGD finanziert?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 86
89.	a)	113	0920 (MG32)	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Zu Nr. 1 Bitte begründen sie diese erhebliche Steigerung. Zu Nr. 3 Bitte erläutern und begründen Sie diese Maßnahme. Zu Nr. 4: Wie wurde der Betrag ermittelt? Wie hoch werden nach vollständiger Implementierung die laufenden Kosten sein? Gibt es bereits bestehende Systeme in anderen Bundesländern, so dass eine Auswahl nach dem Best-Practice-Prinzip erfolgen kann?	CDU, SPD	Bericht Nr. 87 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 89 a) - c)
	b)	113	0920 (MG32)	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Werden die Maßnahmen ausschließlich aus den Haushaltsmitteln für den ÖGD finanziert?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 87 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 89 a) - c)
	c)	113	0920 (MG32)	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	1. Wie begründet der Senat die hohen Verpflichtungsermächtigungen von jew. über 33 Mio. Euro bei gleichzeitig gesperrter Mittelverfügbarkeit in den Jahren 2026 und 2027 – und wie wird sichergestellt, dass die geplanten IKT-Vorhaben priorisiert, gesteuert und haushaltsrechtlich abgesichert umgesetzt werden? 2. Bitte um Bewertung der Wirksamkeit und des Nutzens bisher und der geplanten Einzelprojekte wie IVENA, Notfallregister, Kranken-	AfD	Bericht Nr. 87 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 89 a) - c)

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						hausplanungssoftware und BI-Lösung – Wie wird deren Interoperabilität und Nachhaltigkeit sichergestellt? 3. Bitte um eine genaue Erläuterung zum Vorhaben Nr. 1, Sicherstellung des laufenden Betriebs der verfahrensabhängigen IKT auf der bezirklichen Prozessebene im Politikfeld Gesundheit – insbesondere zum konkreten Zweck, zur Entwicklung des Mittelaufwuchses sowie zur detaillierten Mittelverwendung: Wofür genau werden die Mittel eingesetzt, welche Leistungen werden damit finanziert, und wie wird die Funktionsfähigkeit der bezirklichen IKT-Infrastruktur sichergestellt? 4. Wie wird der laufende Betrieb der bezirklichen und abteilungsbezogenen Fachanwendungen im Politikfeld Gesundheit gewährleistet – insbesondere angesichts der gestiegenen Ansätze und der Abhängigkeit von gesperrten Verpflichtungsermächtigungen?		
90.		114	0920 (MG32)	52536	Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT	Wie wird der Anstieg der Ansätze von 100.000 Euro finanziert?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 88
Kapitel 0921 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin								
91.		129	0921	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie erklärt der Senat die deutliche Unterschreitung des Ist-Werts im Haushaltsjahr 2024 gegenüber dem veranschlagten Ansatz – und wie hoch ist der tatsächliche Ist-Wert für das Haushaltsjahr 2025?	AfD	Bericht Nr. 89
Kapitel 0922 – Gemeinsames Krebsregister								
Keine Fragen eingereicht.								

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag /Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
Kapitel 0930 – Pflege								
Titelübergreifende Fragen für den Bereich Pflege								
92.			0930	über- greifend		Wie sind die Landespflegebeauftragte und die Beschwerdestelle personell und finanziell pro Haushaltsjahr ausgestattet? Welche konkreten Aufgaben haben die Landespflegebeauftragte und die Beschwerdestelle?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 90
Bereich Pflege								
93.		143	0930	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Auf welcher Grundlage erfolgt die Berechnung der Ansätze für 2026 und 2027 angesichts des IST in 2024?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
ÄA		143	0930	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2026: 30.000 Ansatz 2027: 30.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
						<u>Änderungsantrag Nr. 8</u> 2026: + 270.000 2027: + 270.000 a) Begründung Gegenfinanzierung <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD		

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
94.		143	0930	41201	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	Der Aufwuchs für die Jahre 2026 und 2027 resultiert alleine aus der Aufwandsentschädigung für den Schiedsstellenvorsitz? Gab es bisher keine Aufwandentschädigung? Wie hoch ist die Entschädigung pro Verfahren?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
95.	a)	143	0930	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche zusätzlichen Stellen sind dies?	CDU, SPD	Bericht Nr. 91 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 95 a) - b)</i>
	b)	143	0930	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterungen zum Mittelaufwuchs im DHH 2026/27.	AfD	Bericht Nr. 91 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 95 a) - b)</i>
96.	a)	144	0930	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Welche Veröffentlichungen gab es im laufenden Haushalt und welche sind für 2026/2027 geplant? Welche Veröffentlichungen gab es 2025 in leichter Sprache? Welche sind jeweils in 2026 und 2027 in 2026 und 2027 geplant?	Die Linke	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
	b)	144	0930	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Wie lässt sich die (erneut) deutliche Unterschreitung des Ansatzes in 2024 erklären? Wie hat sich die Nachfrage entwickelt? Bitte um Begründung des Mittelaufwuchses im DHH 2026/27.	AfD	Nach Aussprache in der 1. Lesung erledigt.
97.	a)	145	0930	53319	Landespflegestrukturplanung	- Wie wird die Arbeitsgruppe Landespflegestrukturplanung konkret vorgehen, um die Datengrundlagen und die Pflegeberichterstattung weiterzuentwickeln? Welche spezifischen Maßnahmen sind geplant, um eine verbesserte Datenerhebung und -analyse im Bereich Pflege zu gewährleisten? - Inwiefern werden die Bezirke bei der Umsetzung der Pflegestrukturplanung unterstützt, insbesondere bei der Planung von sozialen und Versorgungsstrukturen auf kleinräumiger Ebene? Welche konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben die Bezirke dabei und wie wird sichergestellt, dass die regionalen Akteur*innen und Sozialraumexpert*innen aktiv in die Planung eingebunden werden? - Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass alle	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 92 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 97 a) - c)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						an der Pflege beteiligten Gruppen (Pflegebedürftige, pflegende Angehörige, professionelle Pflegekräfte, Kostenträger*innen, Verwaltung und Leistungserbringer*innen) gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse des LPA eingebunden werden? • Welche Themen und Herausforderungen sieht der LPA für die kommenden Jahre als besonders drängend an? • In welchen weiteren Titeln werden Mittel für die Landespflegestrukturplanung veranschlagt?		
	b)	145	0930	53319	Landespflegestrukturplanung	1. Wofür sollen die Mittel in den Jahren 2026 und 2027 konkret aufgewendet werden? 2. Wie viele Mittel wurden in den Jahren 2024 und 2025 aufgewendet, um die Gruppe der pflegenden Angehörigen im Landespflegeausschuss zu unterstützen? Welche Maßnahmen zur Unterstützung der Gruppe der pflegenden Angehörigen sind in den Jahren 2026 und 2027 geplant?	Die Linke	Bericht Nr. 92 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 97 a) - c)</i>
	c)	145	0930	53319	Landespflegestrukturplanung	1. Wofür wurden die Mittel in 2024 und 2025 konkret eingesetzt? Warum wurden die Mittel in 2024 nicht vollständig ausgeschöpft und wie stellt sich dies in 2025 soweit dar? 2. Welche konkreten Ergebnisse wurden durch die Erweiterung des Landespflegeausschusses erzielt? 3. Ist die Verdopplung der Mitgliederzahl (von 14 auf 30) sachlich und finanziell gerechtfertigt bzw. wie genau trägt der erweiterte Ausschuss zur Verbesserung der Pflegestrukturplanung bei? 4. Gibt es messbare Fortschritte oder Empfehlungen, die aus den Sitzungen hervorgegangen sind? 5. Entspricht die Maßnahme den Vorgaben aus § 8a SGB XI und § 8 Abs. 3 LPAV?	AfD	Bericht Nr. 92 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 97 a) - c)</i>
98.	a)	145	0930	54010	Dienstleistungen	1. Bitte um Erläuterung des Aufwuchses des Gesamttitels. 2. Zu Nr. 1: Wie begründet sich der Aufwuchs? Welche konkreten Angebote werden mit welchen Summen gefördert? 3. Zu Nr. 2: Wie begründet sich die hier geminderte Förderungssumme? Welche konkreten Projekte und Angebote werden gekürzt? Was	CDU, SPD	Bericht Nr. 93 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 98 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					sind die Folgen dieser Kürzung? 4. Zu Nr. 3: Wieso wird das Angebot in 2026 quasi halbiert und in 2027 auf null gesetzt? 5. Zu Nr. 4: Was konkret soll hier in welchem Umfang finanziert werden und worin besteht der Mehrbedarf? 6. Zu Nr. 6: Wie begründet sich die Reduzierung der Mittel und welche Angebote werden gekürzt? 7. Zu Nr. 7: Wie begründet sich der Aufwuchs? 8. Zu Nr. 8: Wie begründet sich der Aufwuchs? 9. Zu Nr. 9: Bitte Auflistung der konkreten Maßnahmen / Träger mit den jeweiligen Summen.		
	b)	145	0930	54010	Dienstleistungen • Bitte die Projekte sowie die Höhe der Fördermittel für jeder dieser Maßnahmen in diesem Titel auflisten sowie auflisten, ob die Mittel auch für die Jahre 2026 und 2027 gesichert sind. • Wie viele Mittel und aus welchen Gründen wurden in den Jahren 2024/2025 nicht ausgeschöpft? • Zu Nr. 1: Welche Gründe sprechen für die Einrichtung einer neuen Beratungsstelle zur Anwerbung internationaler Pflegekräfte, obwohl bereits bestehende Strukturen wie das LAGeSo und spezialisierte Träger*innen wie ASGIVA solche Aufgaben übernehmen? Wie wird verhindert, dass durch parallele Beratungsangebote Doppelstrukturen entstehen, die Ressourcen binden, anstatt den Prozess der Anerkennung und Integration zu vereinfachen? Nach welchen Kriterien soll die neue Beratungsstelle arbeiten, und wie ist ihre Rolle im Zusammenspiel mit den bestehenden Einrichtungen definiert? Welche weiteren Maßnahmen neben der Anwerbung internationaler Fachkräfte sind geplant, um die Fachkräftesicherung in der Pflege langfristig und nachhaltig abzusichern? • Zu Nr. 2: Welche Ergebnisse hat die Kampagne #PflegeDeineZukunft bisher erzielt, und welche Neuerungen sind in der Fortführung vorgesehen? Nach welchen Kriterien soll das berlinweite Netzwerk zwischen Pflegeeinrichtungen, Berufsfachschulen, allgemeinbildenden Schulen und der Agentur für Arbeit aufgebaut werden und wie wird seine Wirksamkeit überprüft? Wie wird das begleitende	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 93 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 98 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Evaluation- und Monitoringverfahren ausgestaltet, damit die Qualität der Pflegeausbildung nachhaltig gesichert wird? • Zu Nr. 3: Welche konkreten Maßnahmen im Handlungsfeld Pflege 4.0 wurden bislang umgesetzt und welche weiteren Schritte sind in den kommenden Jahren vorgesehen? • Zu Nr. 4: Welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen, um im Rahmen der Landespflegestrukturplanung und des Landespflegegesetzes abgestimmte und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln? Wie soll die Implementierung der bezirklichen Pflegestrukturplanung konkret erreicht werden und welcher Zeitplan ist für das Landespflegegesetz vorgesehen, um die in dem Landespflegeplan vorgesehene sozialräumliche Vernetzung von Beratungs-, Hilfe- und Unterstützungsprojekten sowie die Qualität der Planung und Beteiligung sicherzustellen? Welche Rolle spielt das Altenhilfestrukturgesetz bei der Weiterentwicklung der Landespflege- und Altenhilfestrukturen, wie werden beide Planungsinstrumente miteinander verzahnt und in welcher Höhe erhalten die Berliner Bezirke Mittel für die Umsetzung? Inwiefern wird die Prozessbegleitung im Rahmen des Altenhilfestrukturgesetzes auch über 2025 hinaus weiterhin benötigt und in welchen Bereichen könnte eine externe Unterstützung für das Vorhaben weiterhin sinnvoll sein? • Zu Nr. 5: Der Senat wird ersucht, detailliert darzulegen, welche konkreten Schutzmaßnahmen für Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen und in der häuslichen Pflege aus diesem Ansatz finanziert, wie evaluiert und wie eine berlinweite Umsetzung sichergestellt wird. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen wurden im Bereich Pflege mit Klimaanpassungsbezug mit den in den vergangenen Jahren veranschlagten Mitteln bereits entwickelt und ergriffen? • Zu Nr. 6: Was verbirgt sich hinter der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung? • Zu Nr. 7: Wie wird hier die Pflege als Berufsstandsvertretung eingebunden? Wie verfolgt der Senat das Ziel der Selbstverwaltung?		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
c)	145	0930	54010	Dienstleistungen	1. Welche Erfahrungen wurden im Rahmen des TA 1 „Fachkräftesicherung in der Pflege“ in den Jahren 2024 und 2025 gemacht? Welche konkreten Maßnahmen sind für die Jahre 2026 und 2027 geplant? Wie begründet sich die Reduzierung des Ansatzes im Vergleich zum Jahr 2025? 2. Welche Erfahrungen wurden in TA 2 „Ausbildung in der Pflege“ bisher mit der Kampagne #PflegeDeineZukunft gemacht? Wie soll die Weiterentwicklung aussehen? Mit welchem Ziel soll ein berlinweites Netzwerk ausgebaut werden? 3. Welche konkreten Maßnahmen sind in TA 3 „Innovation und Digitalisierung für die Pflege“ in den Jahren 2026 und 2027 zur Weiterentwicklung geplant? 4. Für welche konkreten Maßnahmen sind die Mittel im TA 4 „Landespflegestrukturen und Altenhilfestrukturen“ vorgesehen und wie verteilen sie sich auf diese? Wie lautet das Ist der Einzelmaßnahmen für 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025? Sind im EP 09 über diesen TA hinaus weitere Mittel zur Erarbeitung bzw. Umsetzung des Altenhilfestrukturengesetzes eingestellt? 5. Geht es bei TA 5 „Krisenvorsorge und Klima im Bereich Pflege“ auch um die die Entwicklung von Maßnahmen wie z.B. ein Pflege-nottelefon? Welche konkreten Maßnahmen zum Hitzeschutz sind in den Jahren 2026 und 2027 geplant? Sofern es alleine um die Entwicklung von Maßnahmen geht: Wer entwickelt welche Maßnahmen? Ist geplant Externe einzubeziehen? In welcher Höhe sind dafür Kosten eingeplant? 6. Welche konkreten Maßnahmen sind im Rahmen des TA 6 „Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII“ geplant? 7. Welche konkreten Maßnahmen sind im Rahmen des TA 7 „Weiterentwicklung der Pflege in Berlin“ geplant?	Die Linke	Bericht Nr. 93 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 98 a) - d)</i>
d)	145	0930	54010	Dienstleistungen	1. Bitte um Auflistung aller Dienstleister unter Angabe der entsprechenden Maßnahmen und Nr. sowie der jew. Ansätze und Ist-Werte im DHH 2024/25. 2. Was ist der aktuelle Stand bei den einzelnen Maßnahmen (Nr. 1-5)? – Sind die Maßnahmen dauerhaft oder zeitlich begrenzt?	AfD	Bericht Nr. 93 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 98 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					– Wie wird ihr Erfolg gemessen (Indikatoren, Entwicklung)? – Leisten sie einen nachhaltigen Beitrag im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln? – Gibt es Anschlussfinanzierungen nach Projektende? – Wie wird die Mittelverwendung dokumentiert und kontrolliert? – Wie wird Doppelarbeit mit bestehenden Strukturen vermieden? – Wer ist jeweils für die Umsetzung verantwortlich? – Wie sind die Maßnahmen mit bestehenden Zuständigkeiten und Strategien abgestimmt? – Sind die Maßnahmen (1-7) auf Dauer angelegt oder handelt es sich um zeitlich begrenzte Projekte? – Wie wird die Verstetigung nach Projektende sichergestellt? – Gibt es Anschlussfinanzierung? – Wie wird die Mittelverwendung dokumentiert und kontrolliert? – Wie fügen sich die einzelnen Projekte in die Gesamtstrategie des Bereichs Pflege des Landes Berlin ein? 3. Wann und von wem wurden im DHH 2024/25 Evaluationen bei welchen Vorhaben durchgeführt? 4. Welche Vorhaben aus dem DHH 2024/25 entfallen im neuen DHH 2026/27 und warum? Wofür wurden die veranschlagten Mittel in 2024/25 (unter Angabe des jew. Vorhabens) eingesetzt? Wie wirksam waren diese Vorhaben nachweislich – bitte einzeln konkret erläutern. 5. Welche der Maßnahmen wurden bisher auf ihre Wirksamkeit geprüft/evaluiert? (Mit welchem Ergebnis, sofern zutreffend?) Bitte auflisten bzw. erläutern. 6. Wie stellt sich die Eindämmung des Leistungsmissbrauchs in der Pflege (quantifiziert) dar? Um welches Leistungsmissbrauchsaufkommen handelt es sich und welche Pflegebereiche sind davon betroffen? In welcher Höhe wurden hierfür Mittel in 2024/25 bereitgestellt und verausgabt? Wie stellt sich die Fortsetzung des Vorhabens in 2026/27 dar? 7. Bitte um Erläuterungen zum Vorhaben Nr. 1, Fachkräftesicherung in der Pflege – insbesondere: Wie setzen sich die geplanten Ausga-		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					ben zusammen, wie verteilen sich die Mittel auf einzelne Maßnahmen, wofür wurden die Mittel in den Vorjahren konkret eingesetzt und mit welchem Ergebnis? Bitte um konkretere Erläuterungen des aktuellen Stands zur Schaffung einer Beratungsstelle zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung, Anerkennung und Integration internationaler Pflegekräfte. Wie erfolgreich war/ist die Maßnahme und wie wird dies festgestellt/quantifiziert? Fanden bisher Erfolgskontrollen im Hinblick auf Wirkung und Zielerreichung statt? Wie erfolgte soweit die Vernetzung, der Austausch und Kooperation welcher Akteure) regelmäßig beteiligt (bitte um quantitative Angaben)? Bitte um Angaben zur Mittelverwendung in 2024/25. Warum werden die Mittel im Doppelhaushalt 2026/27 reduziert? 8. <u>Zu Nr. 5</u>, Krisenvorsorge und Klima im Bereich Pflege Welche Maßnahmen der Notfallvorsorge sind konkret geplant und werden wann umgesetzt? Bitte um Bericht über den Umsetzungsstand des Vorhabens bzw. den aktuellen Stand. Wie erfolgreich war (nachweislich) die Maßnahme bisher? 9. <u>Zu Nr. 6</u>, Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII Wie erfolgreich war die Maßnahme bisher? Bitte um Erläuterungen und konkrete Darstellung, wie die landeseigene Pflegeinfrastruktur erweitert werden konnte; welche neuen kommunalen Pflegeeinrichtungen konnten wie beabsichtigt bisher geschaffen werden? Wie ist das Ziel an der zukunftsorientierten Versorgungslandschaft mitwirken zu wollen in dem Berliner Bau-Geschehen (incl. der hier herrschenden Probleme) eingebettet? Wie sieht eine zukunftsorientierte Versorgungslandschaft idealer- und realistischerweise aus? Werden Konzepte zur Maßnahme erstellt? 10. <u>Zu Nr. 7</u>, Weiterentwicklung der Pflege in Berlin Bitte um detaillierte Angaben zum Vorhaben und der hier geplanten Maßnahmen sowie der damit verfolgten Ziele (incl. zeitliche Angaben).		

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
ÄA		145	0930	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 1.958.000 Ansatz 2027: 2.132.000 VE 2026: 764.000 VE 2027: 1.435.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
							<u>Änderungsantrag Nr. 11</u> 2026: - 20.000 2027: - 70.000 <i>a) Begründung</i> Nr. 1, Fachkräftesicherung in der Pflege Die vorgesehene Beratungsstelle für internationale Pflegekräfte darf nicht zu Doppelstrukturen mit bestehenden Angeboten (LAGeSo, IQ-Netzwerke) führen. b) 2026: -70.000/2027: -70.000 Gegenfinanzierung <i>a) Begründung</i> Nr. 2, Ausbildung in der Pflege Die unter Nr. 2 vorgesehene Maßnahme Kampagne #PflegeDeineZukunft hat bislang eine nur geringe Reichweite erzielt. So wurden bei YouTube lediglich rund 20.700 Views erreicht, auch die Resonanz in anderen sozialen Medien ist	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
							nachweislich schwach (Vgl. Sammelvorlage, Bericht 93). Angesichts des hohen Mitteleinsatzes erscheint die Wirksamkeit der Kampagne nicht gegeben. b) 2026: +/- 0 /2027: +/- 0 Priorisierung innerhalb des Teilansatzes. c) (Mindestens) 30 Prozent der für die Maßnahme <i>Kampagne #PflegeDeineZukunft</i> vorgesehenen Mittel sind auf praktische Unterstützungsmaßnahmen bzw. auf die in diesem TA (Nr. 2) neu aufgenommene Maßnahme „Übernahme Anschubkosten der Pflegeschulen – CurAP“ umzuwidmen. a) <i>Begründung</i> Nr. 3, Innovation und Digitalisierung b) 2026: +/-0/ 2027: +/-0 Zweckbindung c) Mittel dürfen ausschließlich für praxisorientierte Pilotprojekte (z. B. digitale Anwendungen in stationären Einrichtungen) verwendet werden. a) <i>Begründung</i> Nr. 6, Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII Die Prüfungen nach § 76a SGB XII i. V.

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
							m. § 78 SGB XII dienen der Missbrauchsbekämpfung und können langfristig Einsparungen in Millionenhöhe generieren. Die Aufstockung soll die Prüfkapazitäten erhöhen. b) 2026: + 100.000/ 2027: +100.000 c) Die Mittel sind haushaltsrechtlich gesperrt und dürfen erst nach Freigabe durch den Hauptausschuss verwendet werden, die an die Vorlage eines schriftlichen Berichts mit folgenden Inhalten gebunden ist: · konkret geplante Umsetzungsoption im Land Berlin zur Durchführung der Prüfungen nach § 76a Abs. 2 SGB XII i. V. m. § 78 SGB XII, · Auswahlkriterien und das Vergabeverfahren für die Beauftragung Dritter, · geplante Ausgestaltung des Pilotprojekts inkl. Zeitplan, Evaluationskonzept und Qualitätsstandards, · Einschätzung zur haushalterischen Wirksamkeit und zur erwarteten Einsparwirkung. a) Begründung Nr. 7, Weiterentwicklung der Pflege in Berlin Die Mittel sind – wenig konkret –, „nach Bedarf“ für „Dienstleistungen, Beratung-

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					gen, Studien, Konzepterstellung, Gutachten und Evaluationen“ vorgesehen (Vgl. Bericht 93 der Sammelvorlage). b) 2026: - 50.000/ 2027: -100.000 Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD		
99.	a)	147	0930	63430	Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegeberufe	- Wie wirkt sich die Erhöhung der Haushaltsmittel auf die Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze im Pflegebereich aus? Werden die zusätzlichen Mittel verwendet, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen oder in andere Bereiche der Ausbildung zu investieren? - Wie viele Ausbildungsplätze werden mit dem Sondervermögen jährlich und pro Einrichtung finanziert?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 94 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild. Nr. 99 a) - b)</i>
	b)	147	0930	63430	Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegeberufe	- Bitte um Erläuterungen zu dem aktuellen Umsetzungsstand. - Wurden die veranschlagten Mittel vollständig verausgabt? Falls nicht: aus welchen Gründen? - Welche zeitlich definierten spezifischen Aufgaben waren damit verbunden? - Wie entwickeln sich die bisherigen und erwarteten Schülerzahlen? - Wie wird die Sicherstellung von Lehr- und Praxispersonal gewährleistet? - Welche Gründe liegen dem Mittelaufwuchs zugrunde und wie ist dieser haushalterisch und fachlich begründet?	AfD Bericht Nr. 94 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild. Nr. 99 a) - b)</i>
100.	a)	147	0930	68148	Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung	Wie lässt sich die Kostenreduktion von 550.000 Euro auf 50.000 Euro begründen?	CDU, SPD Bericht Nr. 95 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild. Nr. 100 a) - d)</i>
	b)	147	0930	68148	Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung	Wie wird das Förderprogramm zur Pflegelehrkräftequalifizierung konkret umgesetzt und welche Maßnahmen werden ergriffen, um mehr Lehrkräfte für die Pflegefachassistenten- und Pflegefachkraftausbildung zu gewinnen?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 95 <i>Gemeinsamer Bericht zur Ild.</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						- Wie viele zusätzliche Pflegelehrkräfte sollen durch das Förderprogramm ausgebildet werden und wie wird die Nachfrage nach diesen Lehrkräften prognostiziert? Wie viele Lehrkräfte wurden bisher ausgebildet? - Wie wirken sich die Kürzungen im Programm zur Pflegelehrkräftequalifizierung auf die geplanten Maßnahmen aus? Gibt es Anpassungen in den ursprünglichen Zielen oder Prioritäten? Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass trotz der Kürzungen genügend qualifizierte Lehrkräfte für die Pflegefachassistenten- und Pflegefachkraftausbildung zur Verfügung stehen?		Nr. 100 a) - d)
	c)	147	0930	68148	Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung	Welche Qualifikationsmaßnahmen wurden im Jahr 2025 bisher durchgeführt? Welche Maßnahmen sind für die Jahre 2026 und 2027 geplant?	Die Linke	Bericht Nr. 95 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 100 a) - d)
	d)	147	0930	68148	Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung	- Bitte um Erläuterungen zu den Ansatz-/Ist-Werten (und Abweichungen) im DHH 2024/25, dem aktuellen Stand des Vorhabens und der Zielerreichung bisher. - Wer wurde über das Förderprogramm zur Lehrkräftebildung in welcher Höhe gefördert (Träger)? - Bitte um Angaben zu Kapazitäten, Zeitschienen/Zeiträume, dazugehörige (Teil-)Aufgaben, Anzahl der (jährlich) Auszubildenden sowie die konkreten Vorhaben für den kommenden DHH 2026/27.	AfD	Bericht Nr. 95 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 100 a) - d)
101.	a)	148 ff.	0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	- Bitte Erläuterung des Aufwuchses des Gesamttitels. - Zu Nr. 1: Wie begründet sich der Aufwuchs? Welche konkreten Angebote werden mit welchen Summen gefördert? - Zu Nr. 2: Wie stellt sich das IST 2025 dar? Wie begründet sich die hier geminderte Förderungssumme? Welche konkreten Projekte und Angebote werden gekürzt? - Zu Nr. 3: Warum läuft das Programm aus? Wieso wird das Angebot in 2026 quasi halbiert und in 2027 auf Null gesetzt? - Zu Nr. 4: Welche konkreten Angebote, Maßnahmen und Projekte werden hier jeweils in 2025 und ab 2026 mit welchen Summen ge-	CDU, SPD	Bericht Nr. 96 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 101 a) - d)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					fördert? Wie begründet sich der Aufwuchs? 6. Zu Nr. 6: Wie begründet sich die Reduzierung der Mittel und welche Angebote werden gekürzt? 7. Zu Nr. 7: Wie begründet sich der Aufwuchs? 8. Zu Nr. 8: Wie begründet sich der Aufwuchs? 9. Zu Nr. 9: Bitte Darstellung der Mittelverteilung auf die jeweiligen Projekte gebeten und Angabe der Ansätze für 2025, 2026 und 2027. 10. Zu Nr. 10: Um welche Modellprojekte handelt es sich (bitte jeweilige finanzielle Ausstattung nennen)?		
	b)	148 ff.	0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen - Wie erklärt sich die Differenz zwischen der ausgewiesenen Gesamtsumme und den einzelnen Teilansätzen? Kommt es im weiteren Verlauf des Haushaltsverfahrens noch zu Kürzungen bei den Teilansätzen und falls ja, welche Bereiche wären konkret betroffen und wie werden diese Entscheidungen begründet? - Bitte die Projekte sowie die Höhe der Fördermittel für jeder dieser Maßnahmen in diesem Titel auflisten sowie auflisten, ob die Mittel auch für die Jahre 2026 und 2027 gesichert sind. - Zu Nr. 3: Warum wird das Schulabschlussprogramm im Rahmen der Ausbildungsoffensive Pflegeberufe massiv gekürzt und 2027 vollständig eingestellt? Welche Gründe liegen dieser Entscheidung zugrunde? Welche Auswirkungen hat die geplante Kürzung des Schulabschlussprogramms auf die Zielgruppe – vor allem Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund? Gibt es alternative Maßnahmen, um diese Menschen weiterhin in die Pflegeausbildung zu integrieren? - Zu Nr. 6: Welche Projekte im Bereich der präventiven Pflegeangebote werden in 2025 gekürzt und wie hoch sind die jeweiligen Kürzungen für jedes dieser Projekte? Wie wird sich die Kürzung der Mittel im Bereich der präventiven Pflegeangebote auf die Anzahl der durchgeführten Maßnahmen, wie z.B. Hausbesuche oder Gesundheitsförderung, auswirken? Wie viele Menschen profitieren aktuell von den vorpflegerischen Lotsen- und Brückenangeboten sowie den Berliner Hausbesuchen und welche konkreten Einsparungen oder Verlagerungen sind durch die Kürzungen zu erwarten?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 96 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 101 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					- Zu Nr. 8: Sind mit den neuen Haushaltsmitteln von 5.28 Millionen Euro für die Pflegestützpunkte auch zusätzliche Pflegestützpunkte in Berlin geplant oder eine Erweiterung der bestehenden Strukturen? Wenn ja, welche konkreten Ziele sollen damit erreicht werden? - Zu Nr. 4 und 9: Welche Maßnahmen wurden hierdurch in den Jahren 2024/2025 finanziert (bitte auch Ist-Summen für 2024/25 angeben)?		
c)	148	0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	- In welchem Umfang wurde für die in diesem Titel finanzierten Projekte jeweils eine Tarifvorsorge für die Abbildung der Tarifentwicklung für die Jahre 2026 und 2027 getroffen? - Bitte alle im Titel über alle TA hinweg geförderten Projekte auflisten und jeweils die Ansätze für 2026 und 2027 ausweisen sowie die in 2025 beantragten und gewährten Mittel. Wie lautet das Ist der Einzelmaßnahmen für 2024 sowie das vorläufige Ist für 2025? Bitte zudem die aus dem IGP übertragenden Projekte kennzeichnen. - Falls das Projekt Interkulturelle Brückenbauer:innen in der Pflege nicht enthalten sein sollte, bitte ausweisen, wo es etatisiert ist. - Bitte um Darstellung, welche Verschiebungen sich im Titel zwischen den einzelnen TA im Vergleich zum Haushalt 2024/2026 ergeben haben? - Wie begründen sich die Kürzungen im TA 2 „Strukturen und Maßnahmen zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung und welche Projekte werden in welchem Umfang gekürzt? - Ist durch die Kürzung in TA 6 „Präventive Angebote in der Pflege“ mit Angebotseinschränkungen bei den Berliner Hausbesuchen zu rechnen und auf welcher Berechnungsgrundlage erfolgte sie? - Bitte erläutern, was mit den Aufwuchs im TA 8 „Pflegestützpunkte“ konkret geplant ist?	Die Linke	Bericht Nr. 96 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 101 a) - d)</i>
d)	148	0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	- Bitte um Auflistung aller Dienstleister (Fördermittelempfänger) unter Angabe der entsprechenden Maßnahmen bzw. Nummern sowie der Ansätze-/Ist-Werte für 2024/25 und Ansätze im DHH 2026/27. - Was ist der aktuelle Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen? - Wie oft fanden Erfolgskontrollen im Hinblick auf Wirkung und	AfD	Bericht Nr. 96 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 101 a) - d)</i>

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					Zielerreichung der Maßnahmen dieses Titels statt? Welche der Maßnahmen wurden bisher auf ihre Wirksamkeit und die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen geprüft? (Mit welchem Ergebnis, sofern zutreffend?) Bitte um Erläuterungen. <u>Zu Nr. 2</u>, Strukturen und Maßnahmen zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung Bitte um Erläuterungen zum aktuellen Stand der Maßnahmen und Strukturen. – Warum sinken die Ansätze? – Wie stellt sich die Palliativ- und Hospizversorgung in Berlin aktuell dar und wie soll diese bedarfsgerecht weiterentwickelt und sichergestellt werden? – Welche bedarfsbezogenen Entwicklungen sind zu erwarten und wie wird diesen im DHH 2026/27 entgegnet? – Wurden bestehende Programme evaluiert? Wie werden die bestehenden Angebote in Anspruch genommen? 4. <u>Zu Nr. 4</u>, Präventive Angebote in der Pflege, bitte um Bericht über Inanspruchnahme und Stand der Umsetzung. Wie wird sichergestellt, dass die für vorpflegerische Lotsen- und Brückenangebote veranschlagten Mittel zweckgebunden zur präventiven Verzögerung von Pflegebedürftigkeit eingesetzt werden und wie stellt sich dies nachweislich – qualitativ/quantitativ – dar? 5. <u>Zu Nr. 8</u>, Pflegestützpunkte Bitte um Darstellung des aktuellen Stands, der Mittelverwendung in 2024/25 sowie Angaben zur Zielerreichung und Anzahl der Begünstigten sofern ermittelbar. Was ist die Kalkulationsgrundlage der steigenden Ansätze im DHH 2026/27? 6. Bitte um nähere Erläuterungen zu den im DHH 2024/25 neu aufgenommenen Vorhaben (Nr. 10). Was genau ist in Berlin geplant?		
ÄA	148	0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 14.590.000 Ansatz 2027: 14.984.000		

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					VE 2026: 2.157.000 VE 2027: 2.157.000		
Änderungsanträge							
CDU/SPD				GRÜNE	LINKE	AfD	
<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>				<u>Änderungsantrag Nr. 10</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 9</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>	
2026: +/- 0 2027: +/- 0				2026: + 2.000.000 2027: + 2.000.000	2026: + 1.518.000 2027: + 1.515.000	2026: + 550.000 2027: + 550.000	
<i>a) Begründung</i> Verstärkung TA 2 und 9 mit Gegenfinanzierung TA 4 b) Anpassung der Tabelle (S.148) TA 2: Strukturen und Maßnahmen zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung 2026: 830.770 2027: 833.800 TA 4: Digitalisierung in der Altenhilfe und Pflege 2026: 500.000 2027: 500.000 TA 9: Beratungs- und Versorgungsstrukturen in der Pflege und Altenhilfe 2026: 2.155.000 2027: 2.207.000				<i>a) Begründung</i> TA 2: Rücknahme der Senkung des Titels, um die Hospiz- und Palliativversorgung zu stärken TA 5: Anpassung an mehr Bedarfe in der alternden Gesellschaft. TA 6 Rücknahme der Senkung des Titels, um Präventive Angebote in der Pflege zu stärken und den Bedarfen gerecht zu werden. TA 9 Deckt einen hohen Bedarf ab, um Pflegenotfälle auch durch neue Instrumente wie Akutversorgung mit einem Pflegenottelefon gerecht zu	<i>a) Begründung</i> Rücknahme der Kürzungen in TA 2 und TA 6. b) TA 2 „Strukturen und Maßnahmen zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung“ Ansatz 2026: 939.000 Ansatz 2027: 939.000 TA 6 „Präventive Angebote in der Pflege“ Ansatz 2026: 3.810.000 Ansatz 2027: 3.810.000 <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich abgelehnt mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD	<i>a) Begründung</i> TA 2, Hospiz- und Palliativversorgung Die Bedarfe in der Hospiz- und Palliativversorgung steigen stetig durch den demografischen Wandel. Eine Absenkung ist fachlich nicht zu vertreten. Der Ansatz soll stabilisiert werden, ohne Mehrkosten (über das Niveau von 2025 hinaus) zu verursachen. b) TA 2 2026: +200.000 / 2027: +200.000 (Die Maßnahme wird durch Einsparungen im Titel 0920/ Kapitel 68406 gegenfinanziert.) c)	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE				werden. TA 10 Für die Finanzierung von Modellprojekten, die Community Health Nurses in Berlin breiter verankert. b) Anpassung der Tabelle TA 2: 2026: 1.030.770 € 2027: 1.033.795 € TA 5: 2026: 285.000 € 2027: 285.000 € TA 6 2026: 3.900.00 € 2027: 3.900.00 € TA 9 2026: 2.205.000 € 2027: 2.257.000 € TA 10 2026: 200.000 € 2027: 200.000 €		Die Mittel sind ausschließlich für die Absicherung der Strukturen der Hospiz- und Palliativversorgung einzusetzen. a) Begründung TA 6, Präventive Angebote in der Pflege Die Nachfrage nach Berliner Hausbesuchen (BHB) übersteigt die bisherigen Planansätze deutlich. Um das bestehende Versorgungsniveau zu sichern und Angebotsengpässe zu vermeiden, ist eine moderate Mittelanpassung erforderlich und gerechtfertigt. Das Angebot stärkt die Schnittstellen zwischen Prävention, pflegerischer Versorgung und kommunaler Daseinsvorsorge und wirkt zudem kostenstabilisierend durch Verringerung vermeidbarer Krankenhausaufenthalte sowie verzögerter Pflegeeintritte. b) TA 6 2026: +200.000/ 2027: +300.000 (Die Maßnahme wird durch Einsparungen im Titel 0920/ Kapitel 68406 gegenfinanziert.) c) Die zusätzlichen Mittel sind zweckgebunden für BHB und präventive Pflegeangebote einzusetzen.	
				<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD		a) Begründung TA 8, Pflegestützpunkte	

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
							Die vorgesehenen Mittel steigen durch Tarif- und Sachkosten, ohne dass eine qualitative Erweiterung vorgesehen ist. Es soll sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Mittel auch zur Weiterentwicklung digitaler Beratungsangebote eingesetzt werden. b) TA 8 2026: +/- 0/ 2027: +/-0 c) Der Mittelaufwuchs (DHH 2026/27) ist vorrangig für die qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Pflegestützpunkte einzusetzen (z. B. digitale Beratungsangebote, Vernetzung). a) Begründung TA 10, Modellprojekte § 123 SGB XI Mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Kofinanzierung von Modellvorhaben nach § 123 SGB XI können Bundesmittel eingeworben werden, ohne den Landeshaushalt unverhältnismäßig zu belasten. b) TA 10 2026: +150.000 / 2027: +200.000 (Die Maßnahme wird durch Einsparungen im Titel 0920/ Kapitel 68406 gegenfinanziert.) c)

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						Die zusätzlichen Mittel sind ausschließlich zur Kofinanzierung von Modellvorhaben nach § 123 SGB XI zu verwenden. Die Inanspruchnahme setzt voraus, dass Bundesmittel bereitgestellt werden. Die Mittel sind übertragbar. Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD	
102.	a)	151	0930	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Wie stellt sich das IST für 2025 dar? Wie begründet sich der Ansatz für 2026?	CDU, SPD Bericht Nr. 97 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 102 a) - d)</i>
	b)	151	0930	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	- Welche freien Träger*innen erhalten aktuell Zuschüsse zur Finanzierung der Schulplätze im Rahmen der Pflegefachassistentenausbildung, Wie viele Plätze werden finanziert und wie hoch sind die jeweiligen Zuschüsse für 2025? - Wie werden sich diese Kürzungen auf die Anzahl der geförderten Schulplätze auswirken?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 97 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 102 a) - d)</i>
	c)	151	0930	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Wie viele Schulplätze wurden im Rahmen des Titels in den Jahren 2024 und 2025 finanziert und wie viele sind in den Jahren 2026 und 2027 geplant?	Die Linke Bericht Nr. 97 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 102 a) - d)</i>
	d)	151	0930	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Bitte um Erläuterungen zum aktuellen Stand (Zahl der Schüler, entstandene Kosten u. a.) unter Angabe und Erl. der Mittelverwendung im DHH 2024/25 sowie damit verbunden Erläuterungen zur Kalkulationsgrundlage der Ansätze im DHH 2026/27. Wie wird haushaltsseitig sichergestellt, dass die veranschlagten Mittel für die schulische Finanzierung der Pflegefachassistenten-Ausbildung gemäß § 23 i. V. m. § 44 LHO zweckentsprechend eingesetzt und im Verhältnis zur tatsächlichen Ausbildungsnachfrage wirtschaftlich ver-	AfD Bericht Nr. 97 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 102 a) - d)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
						wendet werden?		
ÄA		151	0930	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung	Ansatz 2026: 9.123.000 Ansatz 2027: 9.768.000		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
					<u>Änderungsantrag Nr. 11</u> 2026: - 1.000.000 2027: - 1.000.000 a) Begründung Gegenfinanzierung durch Anpassung an das IST und die realistischen Ausbildungsplätze. b) Anpassung der Tabelle 2026: 8.123.000 € 2027: 8.768.000 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und LINKE gegen GRÜNE bei Enthaltung AfD			
103.	a)	151	0930	68450	Förderung der Berufsausbildung	- Wie viele Ausbildungsplätze werden bei wie vielen Trägern geschaffen? Wie begründen sich die Mittelkürzungen und wie viele Ausbildungsplätze werden dadurch geschaffen? Bitte um Auflistung aller Pflegeschulen und der Anzahl der Plätze. - Zu Nr. 1: Warum starke Schwankungen zwischen 2025, 2026, 2027? Wie entwickeln sich die Kosten, wenn die Kapazitäten des Berliner Campus BBG nicht weiter ausgebaut werden?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 98 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 103 a) - c)

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis	
	b)	151	0930	68450	Förderung der Berufsausbildung	Warum gehen die Mittel für die Refinanzierung der Mietkosten der Pflegeschulen in 2026 zurück? Wie hoch fällt das Ist für 2024 aus und wie ist der aktuelle Stand beim Ist 2025?	Die Linke	Bericht Nr. 98 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 103 a) - c)	
	c)	151	0930	68450	Förderung der Berufsausbildung	Bitte um Erläuterungen zur Mittelverwendung (Ansatz/Ist) im DHH 2024/25. Was ist das Ist in 2025? Wie hoch ist die Anzahl der förderfähigen Pflegeschulen?	AfD	Bericht Nr. 98 Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 103 a) - c)	
ÄA		151	0930	68450	Förderung der Berufsausbildung	Ansatz 2026: 3.406.000 Ansatz 2027: 3.728.000			
Änderungsanträge									
CDU/SPD					GRÜNE		LINKE		AfD
<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>					<u>Änderungsantrag Nr. 12</u>				
2026: +/- 0 2027: - 100.000					2026: - 1.000.000 2027: - 1.000.000				
a) Begründung Gegenfinanzierung					a) Begründung Gegenfinanzierung durch Anpassung an das IST und die realistischen Ausbildungsplätze.				
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>angenommen</u> mit CDU und SPD gegen LINKE und AfD bei Enthaltung GRÜNE					b) Anpassung der Tabelle 2026: 2.406.000 € 2027: 2.728.000 €				
					<u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD,				

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
LINKE und AfD gegen GRÜNE							
Einzelplan 27, Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke							
104.	a)	–	2709	–	–	In welcher Höhe werden die PEP-Mittel fortgeschrieben? Welche Summe erhält jeder Bezirk jeweils in 2026 und 2027 in seiner Globalsumme als PEP-Mittel?	CDU, SPD Bericht Nr. 99 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 104 a) - b)</i>
	b)					Ergänzung im Rahmen der Beratung: In welchem Umfang werden die PEP-Mittel für die kommenden Jahre im DHH 2026/2027 fort geschrieben? Wie hoch fallen die vorgesehe- nen PEP-Anteile in den Globalsummen der einzelnen Bezirke für die Jahre 2026 und 2027 aus? U.E. fehlen die in den letzten Jahren zur Ver- fügung gestellten 2 Mio Verstärkungsmittel, die unter den 12 Bezirken und dem Berliner Krisendienst aufgeteilt wurden. Wo sind diese abge- bildet? Hiervon wurde auch aufsuchende psych. Arbeit für Bedarfe in Flüchtlingseinrichtungen finanziert. Wie soll das in Zukunft geschehen?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 99 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 104 a) - b)</i>
105.	a)	318	2709	97114 (neu)	Pauschale Mehrausga- ben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG	• Welches konkrete fachliche Regelungsinstrument ist für die Opera- tionalisierung des Altenhilfestrukturgesetzes vorgesehen und nach welchen Kriterien wurde es ausgewählt? • Wie gestaltet sich der Zeitplan für die Umsetzung des Altenhilfest- rukturgesetzes, und welche Regelungen sind hinsichtlich der Finan- zierung vorgesehen? • Gibt es für die Bezirke verbindliche Regelungen, wie die Haus- haltungsmittel zu veranschlagen sind? Falls ja, wie sind diese konkret ausgestaltet?	Bündnis 90/Die Grünen Bericht Nr. 100 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 105 a) - b)</i>
	b)	318	2709	97114 (neu)	Pauschale Mehrausga- ben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG	Wie lautet der aktuelle Zeit-Maßnahmenplan zur Erarbeitung und Um- setzung des Altenhilfestrukturgesetzes? Auf welcher Berechnungs- grundlage erfolgt die Veranschlagung in 2027?	Die Linke Bericht Nr. 100 <i>Gemeinsamer Bericht zur lfd. Nr. 105 a) - b)</i>

Lfd. Nr.		Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
ÄA		NEU	2709	97110 (NEU)	Verstärkungsmittel	Ansatz 2026: - Ansatz 2027: -		
Änderungsanträge								
CDU/SPD					GRÜNE	LINKE	AfD	
					<u>Änderungsantrag Nr. 13</u> 2026: + 500.000 2027: + 578.500 <i>a) Begründung</i> PEP-Mittel der Bezirke sollen verstärkt werden, um auf das Niveau der PEP-Mittel von 2021 zu kommen. Unter anderem soll die psychosoziale Versorgung für traumatisierte Geflüchtete aus Kriegsgebieten ausgebaut werden. <i>b) Neufassung einer Erläuterung:</i> Zentrale Vorsorge für die Stärkung der PEP-Mittel für die Bezirke. Verteilung erfolgt nach den PEP-Mitteln auf die Bezirke. Die Verstärkungsmittel können von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zum Kapitel 2709 Titel 97110 umgesetzt werden. Die Mittel bei Kapitel 2729 Titel 97110 können als Ausgleich für notwendige			

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag		Fraktion	Ergebnis
				Basiskorrekturen der Globalsummenzuweisung der Bezirke für höhere Ausgaben dienen (verbindliche Erläuterung). Anpassung der Tabelle 2026: +500.000 € 2027: +578.500 € <u>Abstimmungsergebnis:</u> Mehrheitlich <u>abgelehnt</u> mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE bei Enthaltung LINKE				
Einzelplan 29, Kapitel 2980 – Sondervermögen des Bundes (insb. MG09 neu)								
106.			über- greifend	über- greifend		Warum hat der Senat das Programm Green Hospital, das im Haushalt 2025/2026 ins Klimasondervermögen geschoben werden sollte, nicht in das für Klimaaufgaben vorgesehene Sondervermögen des Bundes aufgenommen?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 101
107.		422	2980	70300	Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für die Bezirke	Was genau wird in den Bezirken damit finanziert?	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 102
108.		441	2980	89189	KMV, Sanierung Haus 8	Bitte erläutern Sie den aktuellen Stand und den Zeitplan für die Umsetzung.	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 103
109.		441 ff.	2980	89135 (neu) 89235 (neu) 89439 (neu)	Zuschüsse für Investitionen aus dem Transformationsfonds an Vivantes, Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger und Charité	- Hat der Senat bereits fristgerecht bis zum 30. September 2025 Anträge auf Auszahlung von Fördermitteln aus dem Transformationsfonds für das Jahr 2026 beim Bundesamt für Soziale Sicherung eingereicht? Wenn ja, für welche Vorhaben wurden die Mittel beantragt? Falls die Anträge noch nicht eingereicht wurden, welche Vorhaben sind derzeit in Planung? - Wie entscheidet der Senat in Berlin, nach welchen Kriterien die Fördermittel aus dem Transformationsfonds verteilt werden? Wel-	Bündnis 90/Die Grünen	Bericht Nr. 104

Lfd. Nr.	Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag / Änderungsantrag	Fraktion	Ergebnis
					che spezifische Kriterien für die Mittelverteilung nach §12b KHG hat der Senat für Berlin festgelegt? • Wie viele Mittel aus dem Transformationsfonds wird der Senat für 2026/2027 abrufen? Bis zu welcher Summe kann der Senat für 2026/2027 beim Bund Mittel abrufen? Welche Mittel bleiben ungenutzt und was sind die Gründe dafür? • Welches Ziel verfolgt der Senat hinsichtlich der Mittelverwendung aus dem Transformationsfonds für die Jahre 2028/2029? Wie viel Mittel sind bereits konkret für diese Jahre geplant und welche Vorhaben werden voraussichtlich gefördert? Wie viel der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Transformationsfonds plant der Senat ab 2028 ff abzufordern? • Welche Gründe und welche Folgen hat die Verschiebung von Teilen der Finanzierung des Landes in das Kapitel zu Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes? Wird hierdurch ein Teil der Kofinanzierung des Zukunftsplans gedeckt? Wenn ja: Welche Position nimmt der Bund dazu ein, dass das Land einen Eigenanteil eines gemeinsamen Vorhabens aus Schulden des Bundes finanziert? Wie bewertet der Senat das eigene Vorgehen an dieser Stelle finanzpolitisch? Geht der Senat von einer über diesen DHH hinausreichenden notwendigen Finanzierung von Investitionsmaßnahmen des MfN über „Sondervermögen“ aus?		
